Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

6. März 1978
6. Jg. Nr. 10

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

25000 bis 30000 gegen imperialistisches Atomprojekt in Almelo

25000 bis 30000 haben in Almelo in den Niederlanden gegen die von einem westdeutsch-britisch-niederländischen Konsortium betriebene Ultrazentrifuge zur Urananreicherung demonstriert. Vor allem die westdeuschen Imperialisten haben als treibende Kraft hinter diesem abenteuerlichen Projekt gestanden, das für die Anwohner des betreffenden Gebietes eine schwere Gefährdung bedeutet. Das angrereicherte Uran aus Almelo ist zur Hälfte für die von der KWU an Brasilien gelieferten Atomkraftwerke bestimmt und soll den westdeutschen Imperialisten außer zusätzlichem Profit Zugang zu den brasilianischen Natururanvorkommen verschaffen. Allerdings hat Brasilien nicht den von den Supermächten vorgelegten erpresserischen Atomsperrvertrag unterzeichnet und sich damit die Möglichkeit offengehalten, sich vom imperialistischen Atommonopol zu lösen. Die niederländischen Initiativen, die zur Demonstration aufgerufen haben, wendeten sich außer gegen die Expansion der Imperialisten auch gegen diese fortschrittliche Haltung Brasiliens, wodurch der Erfolg der Demonstration geschmälert wurde.

Andalusien: Landbesetzungen, Landarbeiterdemonstrationen

Geführt von den Landarbeitergewerkschaften haben mehrere Tausend Landarbeiter in den Provinzhauptstädten von Andalusien zwei Tage lang demonstriert. Danach haben sie mehrere Landgüter besetzt. Sie fordern eine Agrarreform, die den Großgrundbesitz enteignet und das Land denen gibt, die es bebauen. Trotz schwerer Polizeiangriffe gelangen mehrere Besetzungen. Die von den Revisionisten der PCE und den Sozialdemokraten der PSOE geführten Gewerkschaften hatten eine üble Hetze gegen die angekündigten Landbesetzungen entfacht, da sie den nationalen Wirtschaftsaufbau schädigten. Einige Hundert Großgrundbesitzerfamilien und kapitalistische Konzerne, die über die Hälfte des nationalen Territoriums von Spanien als Privateigentum besitzen, bebauen das Land nur dort, wo ihnen das Profit abwirft. Riesige Landstriche liegen ganz brach und Hunderttausende landlose Bauern und Landarbeiter sind ohne Arbeit (in Andalusien offiziell 24%). Ohne Agrarrevolution kann der Kampf um Demokratie und Republik ebensowenig eine feste Grundlage bekommen wie der Kampf gegen die imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung des Landes.

Streiks bei der staatlichen Sozialversicherung in Frankreich

Seit dem 31. Januar streiken die Sachbearbeiter und technischen Bediensteten mehrerer großer Amtsstellen der staatlichen Sozialversicherung in Paris und Lyon. Sie fordern eine höhere Gehaltseinstufung und zusätzlich eine einheitliche Lohnerhöhung von 250 Francs (etwa 100 DM) für alle. Ausgangspunkt des Streiks war eine am 1. Januar in Kraft getretene neue Kindergeldregelung, die keine der versprochenen Verbesserungen bringt, dafür aber die polizeimäßige Erfassung aller möglichen Angaben über die antragstellenden Familien. Für die Angestellten bedeutet das eine schwere zusätzliche Arbeitsbelastung. Die staatlichen Arbeitgeber haben bisher alle Forderungen abgelehnt und wollen nur einige der Angestellten höherstufen. Die Angestellten halten seither mehrere Ämter besetzt, um sich mit den antragstellenden Familien zusammenzuschließen.

US-Imperialisten fürchten Fortsetzung des Bergarbeiterstreiks

Am Feitag, 3. März, begann die Abstimmung der amerikanischen Bergarbeiter über den zwischen den Kohlekapitalisten und der Gewerkschaftsführung ausgehandelten Tarifvertrag. Sie dauert bis Sonntag. Schon am Freitag um 10 Uhr meldet AFN Frankfurt: „Schlechte Nachrichten für die Kohleminenbesitzer und die Gewerkschaftsführung." Die Bergarbeiter in Kentucky lehnen den Vertrag ab. In Madison haben sie eine Kopie des Abkommens öffentlich verbrannt; auf Streikversammlungen in Ohio, Illinois stimmten sie gegen das Abkommen. Erste Abstimmungsergebnisse am Samstag: Zwei Gewerkschaftslokale lehnen den Vertrag mit 2/3 Mehrheit ab. Statt Beendigung des Bergarbeiterstreiks muß die US-Bourgeoisie mit einer Ausdehnung auf die Eisenbahn- und Transportarbeiter rechnen. US-Labour-Sekretär Marshall am Donnerstag: „Wir sind vorbereitet, schon am Montag etwas zu tun." Er kündigt „umgehend ein Gesuch für eine ‚Back-to-Work'-Gerichtsverfügung nach dem Taft-Hardley-Gesetz" und die vorübergehende Beschlagnahmung der Minen durch die Regierung zur Zerschlagung des Streiks an.

Verschleiß billiger Arbeitskraft – Raub der Reichtümer der unterdrückten Völker – zwei Seiten derselben Medaille

Imperialisten planen unverschämte Manöver für die UNCTAD in Genf

Der Kommentar im ZDF am 1. März forderte die Arbeiter auf, angesichts der schwierigen Lage auf dem Devisenmarkt mit dem abgerutschten Dollar auf Lohnerhöhungen zu verzichten. Sie seien gerade jetzt gefährlich. Durch die Dollarabwertung wird der Warenexport teurer, der Kapitalexport und der Rohstoffimport aber billiger. Beim Öl entspricht die Verbilligung exakt dem Abwertungsgrad des Dollars, da der Ölpreis noch an den Dollar gebunden ist. Die OPEC-Länder wollen deshalb auch den Ölpreis vom Dollar lösen. Billige Dollars passen den BRD-Imperialisten ins Konzept. Sie ziehen sie an Land, um sich in fremde Länder, auch in die USA selber, einzukaufen und um billig an die Rohstoffe der Länder der Dritten Welt heranzukommen. Die Verteuerung ihrer eigenen Waren auf dem Weltmarkt wollen sie durch Lohnsenkungen wettmachen. Davon hängt der Erfolg des ganzen Kurses ab. Darauf konzentrieren sie sich jetzt.

Ihre Konkurrenzposition zu verbessern, das ist auch die Absicht der US-Imperialisten. Die Dollarabwertung verbilligt ihre Rohstoffeinfuhren, insbesondere das Öl, und macht gleichzeitig die OPEC-Länder abhängig von Einkäufen in den USA. Kaufen sie nicht in den USA ein, sondern z.B. in der BRD, verlieren sie durch die Abwertung gleich zweimal, weil die westdeutschen Waren um den gleichen Satz teurer geworden sind wie das Öl billiger.

Seit der 6. Sondertagung der Vereinten Nationen 1974 erheben die Länder der Dritten Welt unter Führung der schon 1964 gebildeten Gruppe der 77 (heute 110 Länder) die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, deren zentraler Kern die Forderung nach einem „integrierten Rohstoffprogramm" ist. Auf der UNCTAD-Konferenz in Nairobi 1976 und auf 2 weiteren Konferenzen 1977 haben sie diese Forderung immer beharrlicher erhoben und verschiedene Spaltungsmanöver der imperialistischen Staaten durchkreuzt. Im einzelnen bedeutet das integrierte Rohstoffprogramm die Schaffung einer Reihe von Ausgleichslagern, deren Finanzierung über einen *gemeinsamen* Fonds und eine Ausgleichsfinanzierung zur Stabilisierung der Preise. Auf der Liste der UNCTAD für dieses Programm stehen Kakao, Kaffee, Kupfer, Baumwolle, Hartfasern, Jute, Gummi, Zucker, Tee, Zinn, Bananen, Bauxit und Aluminium, Eisenerz, Mangan, Rindfleisch, Phosphate, tropische Hölzer sowie Pflanzenöl und Ölsaaten.

Die Imperialisten fürchten diese Zusammenschlüsse wie die Pest, da nun jedes ihrer Manöver auf der politischen Weltbühne gegen eine gemeinsame Front der Länder der Dritten Welt verhandelt werden muß. Die Halunkereien und Gaunereien, mit denen sie die selbständige Entwicklung der Länder der Dritten Welt über extreme Schwankungen der Rohstoffpreise verhindert haben, werden grell beleuchtet. Das ist der Kern ihrer Ablehnung, die sie hinter „sachlichen Argumenten" verstecken. So wenden sie sich gegen die Forderung der Länder der Dritten Welt, „erst Geld dann Abkommen", also erst die Finanzierung des Fonds sicherzustellen, dann die genauere Festlegung, wie mit dem Fonds verfahren werden soll. Die Imperialisten sind hell empört darüber, daß sie erst zahlen sollen in diesen Fonds und dann eventuell nicht mehr kontrollieren können, was die Rohstoffländer mit ihm machen. Diese wollen die Mittel des Fonds zur Finanzierung der Ausgleichslager und die „Finanzierung anderer Tätigkeiten" nutzen, den Fonds also praktisch als Bank für die Finanzierung von Entwicklungsvorhaben in den Ländern der Dritten Welt einsetzen, eine Bank, in der auf Grund der Abstimmungsverhältnisse die Imperialisten nicht mehr das Sagen hätten wie jetzt noch bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Länder der Dritten Welt würden dann auch bestimmen, wer die Verfügungsgewalt über die geplanten Ausgleichslager haben soll. Diese sollen als „Puffer" dienen: Bei sinkenden Rohstoffpreisen würde der Fonds die

(Fortsetzung Seite 2)

Erfolgreicher Verlauf des V. Nationalen Volkskongresses in der Volksrepublik China

Der chinesische Ministerpräsident Hua Guo-feng konnte vor den Delegierten des gegenwärtig tagenden V. Nationalen Volkskongresses feststellen, daß mit der Vertiefung der Kritik an der „Viererbande" die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, um China noch in diesem Jahrhundert „zu einem mächtigen sozialistischen Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik aufzubauen". Dazu müßten die Diktatur des Proletariats weiter gestärkt, die Demokratie des Volkes in vollem Maße entfaltet, die große Einheit der Nationalitäten verstärkt, die revolutionäre Einheitsfront aufgebaut und die positiven Faktoren auf allen Gebieten vollkommen freigesetzt werden. Auf S. 2 veröffentlichen wir die Grußbotschaft des ZK des KBW.

Die Demagogen der CDU/CSU suchen den Anschluß

„Mehr Eigentum für alle ... Partnerschaft im Betrieb" – Soziale Demagogie, vor allem gegen die Lohnkämpfe

„Wir werden die Arbeitslosigkeit beseitigen. Das verspricht der Generalsekretär der CDU H. Geißler am 25. Februar 1978. Er spricht auf einer Veranstaltung der Sozialausschüsse (CDA) seiner Partei, die just parallel in Zeit und Ort (Salzgitter) zu einer Betriebsräteversammlung geladen hatte, wie auch die SPD über ihre AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) am selben Wochenende zu einer SPD-Betriebsräteversammlung geladen hatte in Hannover.

Auf der einen Versammlung von 500 waren neben der Spitze der Partei Kohl, alle vertreten, die in der „neuen sozialen Frage" was zu sagen haben, wie Albrecht, Blüm, Geißler. Auf der andren von 3500 traten neben Schmidt und Vetter Rhode, Ravens und Egon Franke auf. Für den Bundeskanzler sind dies die „typischen Sozialdemokraten" – Leute, die von jung auf in den Gewerkschaften und in der Partei mitgemacht haben und sich vom kleinen Mann zum Minister heraufgearbeitet haben. Schmidt rief die Betriebsräte dann in diesem Zusammenhang dazu auf, „in jedem Verein, in jedem Betrieb zu verbreiten, daß die SPD die ‚Partei des kleinen Mannes' ist".

Gemessen an dem Charakter der noch recht frischen Regierungsumbildung, ziemlich unverfroren und kaltschnäuzig, die Sache mit der SPD-Karriere der kleinen Männer, was soll der ‚kleine Mann' zum Beispiel davon halten, daß Schmidt jetzt die letzten Minister mit Gewerkschaftserfahrung aus der Regierung geschaßt hat?

Albrecht hat schon seinen Grund, wenn er auf ‚seiner' Betriebsräteversammlung ein paar Kilometer weg zur selben Zeit sagt: „Die SPD sei nicht mehr in der Lage, eine Trendwende herbeizuführen. Sie habe das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes verspielt."

Die christlichen Gewerkschaften fordern zum Beispiel für die Metalltarifverhandlungen ebenfalls 8% mehr Lohn. „Von den 8% sollen jedoch 2 Prozent als Investivlohn mit einer entsprechenden Verzinsung in den Unternehmen bleiben, um die Investitionstätigkeit in den Betrieben weiter zu stärken, um damit Arbeitsplätze zu sichern." Deutsche Gewerkschaftszeitung (DGZ).

Wie sich die Arbeiterfamilie derweil reproduzieren soll, wird nicht verhandelt, vielmehr findet man eine weitere Erklärung: „Durch die monatlichen Rücklagen von 2 Prozent erwirbt der einzelne Arbeitnehmer regelrecht Anteile des Unternehmens, in dem er beschäftigt ist. Er wird im Laufe der Jahre Mitbesitzer und würde an der jährlichen Dividenden-Ausschüttung beteiligt werden."

Das erinnert sicher viele Arbeiter an die berühmt-berüchtigten VW-Aktien, mit denen Hitler die Automobilindustrie kriegsfähig machte, die Anteile sollten damals auch in dem Besitz – eines Volkswagens nämlich – resultieren; auf dieses Resultat könnten heute sicher noch viele warten. Wie das dann letztendlich ausgegangen ist, weiß ein jeder.

Jetzt will Kohl sich mit Vetter treffen, um mit ihm den Ausbau der betrieblichen Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu erörtern. Das ließ Kohl dem Vetter mitteilen durch den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Eigentum" der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

Auch reichlich vom hohen Roß herunter gegenüber dem Vorsitzenden des DGB, nachdem zudem die SPD-Regierungsfraktion die diesbezüglichen Pläne schon abgelehnt hatte. Aber auch daß Kohl sich das leisten kann, hat seinen Grund. Zwar haben Schmidt und Vetter auf der besagten Konferenz vor den Betriebsräten keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Mitbestimmung in den Betrieben für einen Angelpunkt ihrer Politik halten.

Wovon sie aber nicht sprachen, daß nicht sie die Pluspunkte in den laufenden Aufsichtsratswahlen sammeln nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz, sondern die Vertreter der christlichen Gewerkschaftsverbände, und zwar in einer Reihe wichtiger Konzerne wie BASF, Daimler, IBM. Die Christdemokraten arbeiten an der Zersetzung der Einheitsgewerkschaft.

In dem Wettlauf, dem Finanzkapital zu gefallen und als diejenigen zu erscheinen, die es am besten verstehen, die Kosten für sie zu senken, die Lohnkosten, die Rentenkosten, die Krankenkosten, die Arbeitslosenkosten, die Ausbildungskosten usw., hat die SPD-Regierung begonnen, die CDU von rechts zu überholen. Das bleibt nicht ohne Widerspruch in der SPD und auch nicht ohne Folgen für den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterbewegung; er schwindet.

Viele, die jetzt aus Protest die christlichen Vertreter gewählt haben, darunter auch sicher eine Reihe von Betriebs- und Vertrauensleuten in der SPD, lassen sich vor allem jetzt in den Lohnkämpfen in die Aktionseinheit für die Seite der Arbeiterklasse gewinnen. Die klassenbewußten Arbeiter sollen an der Herstellung dieser Aktionseinheit schmieden mit dem Ziel, die Einheitsgewerkschaften zum funktionierenden Instrument des Klassenkampfes zu machen.

Verschleiß billiger Arbeitskraft – Raub der Reichtümer der unterdrückten Völker – zwei Seiten derselben Medaille

(Fortsetzung von Seite 1)

Rohstoffe zu einem garantierten Mindestpreis aufkaufen, bei über einen festgesetzten Höchstwert steigenden Preisen Rohstoffe aus dem Fonds abgeben. Die Widerstandskraft eines solchen Fonds hinge wesentlich von seiner Größe ab, um Spekulationen abwehren zu können. Naturgemäß wollen die Imperialisten ihn deshalb so klein wie möglich halten.

Für die jetzt stattfindende Konferenz der UNCTAD in Genf (6. bis 10. März) bereiten die Imperialisten ein taktisches Manöver vor. Sie wollen das Thema wechseln und vom Schuldenerlaß reden. Eine gute Spalteridee, meint das „Handelsblatt", sie hätte schon viel früher kommen sollen. Von den 214 Milliarden Dollar Schulden, die die Entwicklungsländer 1976 hatten – bei der BRD im Juli 1977 allein 75,7 Milliarden Dollar – möchten die USA, BRD, Großbritannien und Japan „nach harten Verhandlungen" für 19 Länder 1 Milliarde Pfund löschen. Das bedeutet für die 4 größten westlichen imperialistischen Räuber den Verlust von 55 Millionen Pfund Zinsen im Jahr. Ein Klacks gegen den Vorteil, den sie hätten, wenn sie das integrierte Rohstoffprogramm vom Tisch bekommen würden oder zumindest an den Rand drängen könnten. Die Länder der Dritten Welt fordern generellen Schuldenerlaß, speziell von den Sozialimperialisten und RGW-Ländern eine „Verbesserung der Zahlungsbedingungen" und Abschaffung der Zwangskäufe in den RGW-Ländern.

Die Hartnäckigkeit der Länder der Dritten Welt erklärt sich aus den vielfältigen historischen Erfahrungen, die sie mit den Imperialisten gemacht haben. Beim Zinn gab es schon 1931 ein Abkommen und seit 1938 ein Ausgleichslager, verbunden mit einer Höchst- und Mindestpreisregelung. Die Zinnspekulation ist von den US-Imperialisten mit den Reserven betrieben worden, die sie sich angelegt hatten. Hämisch bemerken sie zu den Versuchen der zinnexportierenden Länder, angesichts des seit Anfang dieses Jahres von 2500 DM je 100 kg auf 2300 DM gesunkenen Preises die Interventionsspannen für den Fonds zu erhöhen: „Höhere Zinnspannen des Zinnabkommens würden zwangsläufig das Sicherheitsnetz der spekulativen Seiltänzer höher hängen."

Der Kupferpreis ist seit 1958 erstmals wieder unter 250 DM pro 100 kg gefallen. Die Reserven der westlichen Imperialisten betragen rund 2 Millionen Tonnen, das entspricht dem Dreifachen des jährlichen Bedarfs der westdeutschen Imperialisten. Der von der CIPEC (Zusammenschluß kupferexportierender Länder: Chile, Peru, Sambia, Zaire) geforderte Fonds wurde „wegen zu hoher Kosten" von den US-Imperialisten abgelehnt. 2400 Kupferarbeitern in den USA, vor der Sowjetunion der größte Kupferproduzent der Welt, wurde mit Entlassungen gedroht, auf die Kupferproduzenten der Dritten Welt gehetzt und sie für den niedrigen Kupferpreis, den gerade die US-Imperialisten gewollt und herbeigeführt haben, verantwortlich gemacht. Die CIPEC-Länder wurden zur Verringerung ihrer Produktion um 15% aufgefordert, was diese ablehnen mußten, weil sie auf die Deviseneinnahmen aus dem Verkauf des Kupfers angewiesen sind. Chile ist zu einer weitgehenden Liberalisierung des Kapitalimports und damit zum Verlassen des Andenpakts gezwungen worden. Zaire ist so verschuldet, daß es seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Beim Kaffee, dem Hauptausfuhrprodukt von Brasilien, Kolumbien und einer Reihe afrikanischer Staaten (Elfenbeinküste, Uganda, Äthiopien, Kamerun), ist es den imperialistischen Spekulanten gelungen, den Preis seit 1977 mehr als zu halbieren. Hauptmethode dabei waren der Lagerabbau, so daß in den USA jetzt nur noch Reserven für 2 bis 3 Wochen bestehen, und die Entwicklung neuer Verpackungsmethoden, um den Kaffee nach dem Rösten länger lagern zu können. Die Kaffeeproduzenten haben bisher zunächst einmal mit Lieferstopp reagiert, werden aber verkaufen müssen, da Kaffee nur begrenzt haltbar ist.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlichte zur Stützung der GATT- und UNCTAD-Verhandlungen in seinem Wochenbericht vom 9.2.1978 eine Aufstellung über den „exportinduzierten Importbedarf an ausgewählten Rohstoffen", um die Exportabhängigkeit des westdeutschen Imperialismus zu beweisen.

Danach werden rund 40% des Zinns, Bleis, Zinks, Kupfers und Aluminiums importiert, zu Maschinen und anderen Waren verarbeitet und wieder auf dem Weltmarkt losgeschlagen, mit Profit versteht sich. Um einen Extraprofit zu erzielen, müssen die BRD-Imperialisten die Löhne der westdeutschen Arbeiterklasse weiter drücken und noch billiger an die Rohstoffe der Länder der Dritten Welt herankommen. Lohnerhöhungen wären der Strich durch ihre Kalkulation, ebenso wie es Preiserhöhungen bei den Rohstoffen wären. Das macht die BRD-Imperialisten zu unversöhnlichen Feinden der Arbeiterklasse *und* der Völker der Dritten Welt. Und genau das verbindet die Kämpfe der Völker der Dritten Welt mit den Kämpfen der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen. Beide kämpfen um ihre Existenz. Der Imperialismus aber lebt vom Verschleiß billiger Arbeitskraft und vom Raub des Reichtums der Dritten Welt.

Grußtelegramm an den V. Nationalen Volkskongreß der VR China

Kommunistischer Bund
Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Sekretär

An den Vorsitzenden
des Zentralkomitees
Genosse Hua Guo-feng

An das Zentralkomitee der
KP Chinas

An den V. Nationalen Volkskongreß
der Volksrepublik China

Mit großer Freude haben wir von der Einberufung und Eröffnung der ersten Sitzung des V. Nationalen Volkskongresses gehört, des höchsten Organs der proletarischen Staatsmacht in der Volksrepublik China. Wir grüßen den V. Nationalen Volkskongreß und wünschen seinen Arbeiten einen vollen Erfolg. Wir grüßen die chinesische Arbeiterklasse und das chinesische Volk, das jetzt unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas und seines Zentralkomitees mit dem Genossen Hua Guo-feng an der Spitze zu einem neuen langen Marsch aufbricht, um den Aufbau des Sozialismus fortzusetzen und ein starkes, modernes sozialistisches China aufzubauen.

Obwohl das chinesische Volk mit dem Tod des Genossen Mao Tsetung seinen großen Führer verloren hat, obwohl es die großen proletarischen Revolutionäre, die Genossen Tschou En-lai und Tschu Teh, verloren hat, ist es ihm gelungen, alle Angriffe auf die Diktatur des Proletariats zurückzuschlagen und die Diktatur des Proletariats zu festigen. Das chinesische Volk hat den Klassenkampf als Hauptkettenglied ergriffen und nach dem Sturz der „Viererbande" die Kritik an ihrer konterrevolutionären Ideologie und Politik vorangetrieben, auf alle Gebiete ausgedehnt und vertieft. So ist es dem chinesischen Volk gelungen, in den großen Bewegungen „Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai", „Lernt in der Industrie von Datjing" große Fortschritte zu machen und bereits im ersten Jahr nach der Zerschlagung der „Viererbande" sichtbare Erfolge zu erzielen. Mit großer Freude sehen wir, wie es dem chinesischen Volk gelingt, die materielle Basis der Diktatur des Proletariats zu festigen und die Volksrepublik China als Bollwerk der proletarischen Weltrevolution gegenüber allen Angriffen des Imperialismus zu verteidigen. Wir wissen, daß das chinesische Volk einen schweren und komplizierten Kampf führt. Treu der revolutionären Linie der KPCh und des Vorsitzenden Mao, geführt durch die KPCh und das Zentralkomitee der KPCh mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze wird das chinesische Volk seinen Siegen in den bisherigen großen revolutionären Kämpfen einen neuen großen Sieg hinzufügen. Die revolutionäre Entschlossenheit und Energie des chinesischen Volkes erfüllt uns mit großer Zuversicht.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
Kommunistischer Bund
Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Sekretär

Für die Imperialisten ist die druckvolle Beschleunigung der Energieprogramme unumgänglich

„Öl aus Kohle" und 30 Kernkraftwerke auf Helgoland

Die imperialistische Konkurrenz auf dem Energiesektor verschärft sich rasant. Rohstoffe und Energiequellen sind für die Funktionsfähigkeit der Industrie unumgänglich. Ihr billiger, uneingeschränkter Zugriff ist für die imperialistischen Monopole, für den Ausbau ihrer strategischen Positionen von erheblicher Tragweite, geht es doch um die Sicherstellung der gesamten Profitproduktion.

Mit einem enormen Propagandaaufwand versuchen die US-Imperialisten gegenwärtig die 160000 streikenden Bergarbeiter für die Annahme des in der letzten Woche ausgehandelten Tarifvertrages zu drängen. Eine große Zahl der Bergleute, vor allem in den zahlreichen Zechen im Gebiet der Appalachen, hat sich aber gegen die Annahme des Vertrages ausgesprochen. Der mit nunmehr 87 Tagen längste und härteste Streik in der Geschichte des US-Kohlenbergbaus ist für die US-Monopole besonders schmerzlich, da die gegenwärtigen Expansionspläne die imperialistische Bourgeoisie zu energischen Anstrengungen im Kampf um eine umfassende Rohstoffversorgung zwingen.

Die Imperialisten arbeiten allenthalben an Programmen zur Sicherung der Energieversorgung. Dazu gehören neben „anhaltender Verbesserung bei der Energieeinsparung und effizienterer Energienutzung" die erhöhte Ausbeutung der im Energiesektor beschäftigten Arbeitskraft. Die Planungsleitung der Continental Oil Company in Stamford (USA) schlägt dafür u.a. einen „höheren Beitrag von Kohle zur Energieversorgung" vor.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie ist innerhalb der EG „Spitzenreiter" auf dem Energiesektor. Die druckvolle Beschleunigung, die die westdeutschen Imperialisten in der Energieversorgung für nötig erachten, ist als ein Vorbote des imperialistischen Krieges zu betrachten und ist für die Exportoffensive auf dem Waren- und Kapitalmarkt unumgänglich. Die BRD-Imperialisten versuchen unter brutaler Ausnutzung ihrer europäischen „Partner" eine ausreichende Energieversorgung zu gewährleisten. Dabei haben sie die „guten" Verbindungen der alten europäischen Kolonialräuber zu deren ehemaligen Kolonien ebenso im Auge wie die Resourcen im unmittelbaren Machtbereich ihrer imperialistischen Nachbarn. Diese Interessenlage führt unweigerlich zu verstärkten Spannungen.

„Die Verabschiedung von Maßnahmen, durch die die Gemeinschaft allen oder einigen Mitgliedsstaaten bei der Verfolgung der Ziele helfen könnte, stößt auf beachtliche Schwierigkeiten – so *stark* ist die *Versuchung*, die aus der Entwicklung des Weltenergiemarktes entstandenen Schwierigkeiten auf nationaler Ebene zu regeln." (EG-Dokumentation R/1959/77)

Die westdeutschen Monopole sind mit dieser Lage nicht einverstanden. Grundlegend ist für sie ihre Hegemonialstellung in Europa weiter auszubauen. Ihr Energieversorgungsprogramm sieht als „vordringlichste Aufgabe" a) das „Zurückdrängen des Ölanteils an der Energieversorgung zugunsten heimischer und relativ *sicherer* Energieträger", b) den Zwang zu „sparsamem und rationellem Umgang mit Energie", c) Verbesserung der Infrastrukturen und d) die Schaffung *günstiger* Investitionsbedingungen vor.

Einen „empfindlichen Rückgang um 24,9% erfuhr zum Jahresbeginn 1978 die Erdölproduktion Venezuelas", teilen die Nachrichten für Außenhandel am 1.3. dieses Jahres mit. Die venezolanische Erdölindustrie erklärte dazu, „daß der Produktionsrückgang eine Folge von Vermarktungsmanipulationen der Industrieländer sei".

In allen Energieprogrammen ist praktisch die Kernenergie als die wichtigste Alternative zum Öl aus den OPEC-Ländern angesehen worden. Inzwischen hat sich aber gezeigt, daß eine „planmäßige Realisierung dieser ehrgeizigen Zielsetzungen für den Zubau von Kernkraftwerken" nicht mehr möglich ist. Die Kämpfe der Arbeiterklasse und Bauern gegen das imperialistische Energieprogramm hat der Expansionspolitik der Finanzbourgeoisie einige empfindliche Schläge versetzt. In höchster Beunruhigung stellte die schon zitierte EG-Kommission fest:

„Der seit einem Jahr eingetretene Rückstand in der Durchführung der Kernenergieprogramme, der teilweise auf eine Zurückhaltung der öffentlichen Meinung zurückgeht, spiegelt zweifellos zum Teil den geringen Zuwachs des Strombedarfs wider."

In der EG dürften nicht einmal 58% des ursprünglich bis 1985 für notwendig erachteten Kernenergieprogramms realisiert werden. Wegen dieser „Verzögerung" bei der Realisierung des Kernenergieprogramms kann der größte Teil des zusätzlichen Energiebedarfs nur durch eine stärkere Heranziehung von Öl, Gas und Kohle gedeckt werden. Wenn die „Abhängigkeit von Ölimporten aus den OPEC-Ländern vermindert werden soll, wie dies mehrfach beschlossen, muß verstärkt auf die reichlich vorhandenen Kohlereserven zurückgegriffen werden.

Die Kohle ist einer der wesentlichen Primärenergieträger. Sie ist außerdem reichlich vorhanden. Gegenwärtig fördern die beiden Supermächte zusammen 46,9% des Kohleaufkommens der Welt. Weitere 15% werden in Polen, der BRD und Großbritannien abgebaut. Die Steinkohlevorräte der Welt (etwa 637 Milliarden Tonnen) sollen von den Imperialisten stärker als bisher zur Energieversorgung herangezogen werden. Ebenso wie die deutsche Reichsbourgeoisie verspricht sich die westdeutsche Bourgeoisie viel von der Kohle als Träger eines „Autarkisierungsprogramms", vor allem weil die Kohle praktisch das Erdöl vollständig ersetzen kann. Die internationalen Ölkonzerne haben sich inzwischen der Kohle zugewendet. So ist der entführte französische Baron an der Energieausbeutung in Australien beteiligt, die British Petroleum Co. hat in Australien ein Kohleprojekt übernommen und die Dutch Shell in Indonesien.

Die Versorgung mit Steinkohle und Braunkohle kann jedoch ohne erhebliche Investitionen in Vortriebs- und Abbauverfahren, neue Zechen, Landtransporte, Verladeanlagen nicht wesentlich erweitert werden. Das erfordert den Einsatz beachtlicher Kapitalien. Die Planungen der Bourgeoisie sehen ein Gesamtvolumen für Rationalisierungsmaßnahmen und Leistungssteigerung im Kohlenbergbau von etwa 2,065 Milliarden DM vor. Derartig ausgestattet will die Bourgeoisie eine immense Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeitskraft durchsetzen.

„Auch der Zubau und der Betrieb von Steinkohlenkraftwerken ist unter Beschäftigungsgesichtspunkten von großer Bedeutung. (...) Der einmalige Beschäftigungseffekt beim Bau von Steinkohlen- und Kernkraftwerken (ist) etwa gleich groß." (Studienausschuß des westdeutschen Kohlenbergbaus)

Es ist sicher, daß die Bourgeoisie die Energiefrage in Zukunft verstärkt aufwerfen wird, gilt es doch sowohl die Expansion des Kapitals zu sichern, als auch das Kapital und seine Profite zu sichern: Am 2. März meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", daß die fehlende Energie für die BRD durch den Bau von *dreißig* Kernkraftwerken auf *Helgoland* gedeckt werden könnte. „Die Bewohner der Insel müßten aber im Falle eines Kernkraftwerksparks auf den Fremdenverkehr verzichten. (...) Durch eine großzügige Entschädigung an die derzeitigen Einwohner müßte der Widerstand der Bevölkerung verringert werden. Trotzdem wird es ohne direkte staatliche Eingriffe nicht gehen." Die Profitgier des Kapitals kennt keine Grenzen. – (Z-Red.)

Sonderschulen – verhaßt und bekämpft

Schon immer waren die Sonderschulen verhaßte Einrichtungen. Die bürgerlichen Politiker geben sich reichlich Mühe, diese Einrichtungen als Hilfe für die Kinder anzupreisen und propagieren ihre Anstrengungen, sie auszubauen.

In Hamburg gibt es neben den Sonderschulen noch sogenannte Kleinklassen für lese- und rechtschreibschwache Kinder oder für verhaltensgestörte Kinder. Sie befinden sich an den normalen Schulen. In diese Richtung wird der ganze Sonderschulbereich entwickelt. An jeder Schule werden diese Sonderklassen eingerichtet, so daß das Abschieben auf die Sonderschulen reibungsloser vor sich gehen kann. Genau so leicht wie das Abstufen in die B- und C-Kurse in den Gesamtschulen.

Der Form nach ist alles freiwillig und geschieht nichts ohne die Einwilligung der Eltern. Erstens müssen sie unterschreiben, daß sie mit der Testung einverstanden sind, zweitens, daß sie gegebenenfalls mit der Einweisung in die Sonderschule einverstanden sind. Verweigern sie dies, folgen Hausbesuche, Aufforderung zum Besuch beim Schulleiter.

Das Kind kann „probeweise" zur Beobachtung für eine Woche auf die Sonderschule versetzt werden. Danach liegen dann genügend Gutachten vor, damit die Schulbehörde im juristischen Verfahren die Einweisung auf die Sonderschule auch gegen den Willen der Eltern durchsetzen kann.

Der Widerstand gegen die Sonderschulen ist groß. Eine Mutter von vier Kindern hat uns berichtet, wie die Schulbehörde ihren zweiten Sohn in die Sonderschule gezwungen hat:

Er hatte den Einschulungstest nicht bestanden und war für ein Jahr zurückgestellt worden. Nach einem halben Jahr wurde ich mit meinem Sohn zur Schulbehörde bestellt, und mein Sohn wurde einer zweistündigen psychologischen Untersuchung unterzogen. Ich durfte nicht dabei sein. Nach vier Wochen erhielt ich ein Schreiben, daß mein Sohn zu langsam begreife und das es für ihn besser sei, wenn er gleich auf die Sonderschule käme, weil er in der normalen Volksschule nicht mitkäme im Unterricht.

Ich war von Anfang an dagegen, weil ich weiß, daß die Kinder auf der Sonderschule nichts lernen und nur stumpfsinnige Übungen machen. Deshalb habe ich meinen Sohn auch an der normalen Volksschule angemeldet. Aber dort haben sie ihn nicht aufgenommen, weil die auch ein Schreiben von der Schulbehörde erhalten hatten, daß er auf die Sonderschule müsse.

Als ich trotzdem nicht eingewilligt habe, hat einfach das Jugendamt das Kind umgemeldet. Ich war damals gerade geschieden und hab Sozialhilfe erhalten. Das Sorgerecht für die Kinder war mir erst später zugesprochen worden, und deshalb war das Jugendamt sozusagen zuständig für meine Kinder.

Beim Jugendamt habe ich mich dann beschwert. Bis zum Abteilungsleiter bin ich gegangen. Erst haben sie versucht mir einzureden, wie gut das wäre und welche Hilfe für meinen Sohn, wenn ihm entsprechend seiner Neigung geholfen würde usw. Aber als sie gemerkt haben, daß da nichts zu machen war und ich auf jeden Fall dagegen war, haben sie mich behandelt, als wär ich zu dumm, um das zu verstehen, und sie haben Druck ausgeübt.

Das seien die Gesetze, daß lernbehinderte und lernschwache Kinder in die Sonderschule kommen. Sie haben mir gedroht, wenn ich nicht einverstanden wäre, dann würden sie mir meinen Sohn wegnehmen und ihn in ein Heim stecken. Das wollte ich noch weniger und dann hab ich aufgegeben.

Als er dann auf der Sonderschule war, hat die Lehrerin gesagt, daß sie überhaupt nicht verstehe, wieso das Kind auf der Sonderschule sei, aber das sei nicht rückgängig zu machen.

Jetzt ist er 13 Jahre alt, und er wird keinen Beruf kriegen, das ist klar. Er wird in der Fabrik arbeiten gehen für harte Hilfsarbeit oder Akkord, wenn er überhaupt Arbeit kriegt.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 10/78: 32000

Die US-Monopole richten die Dollar-Waffe gegen die OPEC

Imperialistischer Handelskrieg ist immer auch Währungskrieg

Über den anhaltenden Sturz des Dollars kann kein amtliches Dementi mehr hinwegtäuschen; interessant geworden ist eher die Frage, bis zu welcher „magischen Grenze" er fallen wird. Auf 2 DM war sie noch vor kurzem angesetzt worden. Am 24.2.78 wurde der amtliche Dollarkurs mit 1,98 DM angegeben. Im „Spiegel" äußert Wirtschaftsminister Lambsdorff zwei Ängste, die ihn bewegen: 1978 zweimal 1,50 DM bezahlen zu müssen, für einen Liter Benzin und für einen Dollar.

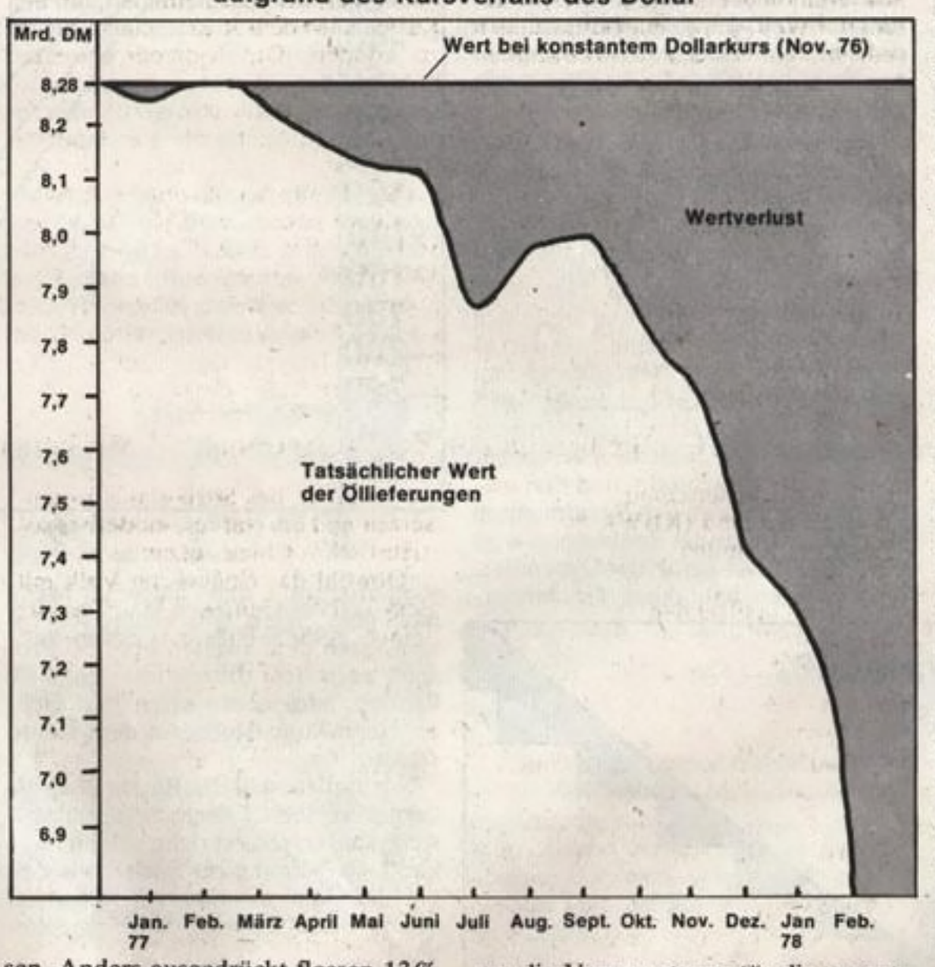
Mit Magie ist da wenig zu machen, genausowenig wie die Ursachen des Dollarsturzes etwas mit Magie und geheimnisvollen Kräften zu tun haben. Der Weltmarkt funktioniert auf Grundlage der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Warenproduktion. Sein Zweck ist die Realisierung von Höchstprofit, den die imperialistischen Monopole aus der Auspressung der Arbeitskraft von Millionenmassen Proletariern ziehen. Da sie die Waren losschlagen müssen, um den Höchstprofit tatsächlich in „bare Münze" zu verwandeln, der dann als Kapital erneut in die Aussaugung lebendiger Arbeit „investiert" werden kann, versuchen die Monopole in erbittertem Konkurrenzkampf, eine möglichst umfassende Vorherrschaft auf möglichst vielen Bereichen des Weltmarktes zu erringen, und wer den Geldverkehr beherrscht, hat bereits einen entscheidenden Vorsprung gegenüber den anderen imperialistischen Konkurrenten. Die zentrale Bank für den internationalen Geldverkehr, der Internationale Währungsfonds (IWF) steht unter der Kontrolle der US-Imperialisten, und der Dollar wird von ihnen als Waffe eingesetzt, um die Schuldknechtschaft der Länder der Dritten Welt und kleinerer imperialistischer Staaten voranzutreiben. Da der Dollar selbst nicht mehr auf einen fixen Goldwert bezogen wird, können die US-Imperialisten jetzt Dollarscheine drucken, ohne zum Rücktausch in Gold verpflichtet zu sein. Infolge dieser Gangstermethoden sind die Weltwährungsreserven 1977 stark angewachsen, die Dollarbestände allein um etwa 50 Mrd.

Länder, die ihre Zahlungsbilanz ausgleichen müssen, weil sie mehr an Waren bezogen als selbst geliefert haben, oder Zinsen an ausländische Kreditwucherer überweisen oder Profitrückführungen erdulden müssen, können vom Internationalen Währungsfonds Dollar-Kredite beziehen, wenn sie dafür eigene Währung einzahlen. Der Kredit ist natürlich mit Zinszahlungen verbunden, die die US-Imperialisten über die Konten des IWF kassieren.

Der Sturz des Dollars, der auf der Ansammlung riesiger Dollarmassen in den Zahlungskanälen der ganzen Welt beruht und von den US-Imperialisten betrieben wird, dieser Wertverfall ist vor allem gegen die OPEC-Staaten gerichtet, deren Öl sie sich billig aneignen wollen. Jene haben in den letzten Jahren durch Erhöhungen des Ölpreises dem Raubbau der Imperialisten an ihrem Rohstoffreichtum gewisse Schranken gesetzt. Diese Maßnahme hatte zu einer relativen wirtschaftlichen Stärkung dieser Länder geführt. So hat Saudi-Arabien seit 1974 keine Kredite mehr beim IWF aufnehmen müssen. Inzwischen jedoch haben die US-Imperialisten erreicht, daß die Devisenreserven der OPEC allein 1977 von 8,5 Mrd. Dollar (erstes Halbjahr) auf 0,4 Mrd. Dollar (drittes Quartal) geschrumpft sind. Nach dem Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich haben sich die OPEC-Länder bereits wieder mit 2,2 Milliarden Dollar verschulden müssen.

1977 haben die US-Monopolbourgeois für 31,4 Milliarden Dollar Waren aus anderen Ländern importiert, für die sie keine Waren exportiert haben. Sie sind Schuldner. Sie gedenken aber keineswegs, diese Schulden zu begleichen. In der Höhe dieses Handelsbilanzdefizits haben sie gedruckte Dollars weggegeben, die jetzt die Devisenreserven in anderen Ländern bilden. Ein Großteil dieser Dollars ist an die OPEC-Staaten gegangen; für die 1977 täglich in die USA eingeführten 9,2 Millionen Barrel Erdöl. Nun haben diese Dollars aber gegenüber allen anderen nationalen Währungen in ihrem Wert verloren. Wollen die OPEC-Länder verhindern, daß sie diesen Wertverlust in materiell weniger Waren hinnehmen müssen, so sind sie gezwungen, mit den Dollars auf dem Markt einzukaufen, wo sie zwar die Inflation mitbezahlen müssen, nicht aber den Kursverfall. Das aber würde eintreten, wenn sie z.B. mit diesen Dollars auf dem westdeutschen Markt kaufen. Hierin liegt der Grund, warum die Exporte der USA in die OPEC-Länder in den letzten 5 Jahren um 270% gestiegen sind, 1977 sind sie auf 12,8% des Gesamtimports der OPEC angewachsen. Anders ausgedrückt flossen 13% der gesamten Ölexporteinnahmen der OPEC als warenkaufende Dollars in die USA zurück.

Entwicklung des Wertverfalls der Öllieferungen aufgrund des Kursverfalls des Dollar



Allein der Kursverfall des Dollars von Dezember 1976 bis Februar 1978 hat die OPEC-Länder 5,65 Mrd. Dollar oder 18,8 Mio. Barrel Erdöl gekostet; dieser Betrag entspricht dem Wertverlust der Öllieferungen der OPEC in die USA. Das untenstehende Schaubild zeigt, wie die Spanne zwischen dem nominellen Wert der Öllieferungen und dem tatsächlichen Wert immer weiter auseinanderklafft, entsprechend dem zunehmenden Verfall des Dollars.

Über den Sturz des Dollars spekulieren die US-Finanzbourgeois darauf, die OPEC-Länder auf den US-Warenmarkt zu zwingen, die US-Exporte in die OPEC sprunghaft zu steigern, um die Voraussetzung für die erneute drastische Verschuldung und Abhängigkeit dieser Länder zu schaffen, den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft in diesen Ländern zu verhindern und den Warenexport durch den Kapitalexport zu vervollständigen.

Als der venezolanische Präsident Perez vor der letzten OPEC-Tagung im Dezember 1977 erklärte, die OPEC wolle Überschüsse aus dem Verkauf des Erdöls zur wirtschaftlichen Unterstützung der nicht-erdölproduzierenden Länder der Dritten Welt einsetzen, war das für die US-Imperialisten ein Warnsignal. Bisher haben sie es nicht erreicht, über Spaltung die OPEC zu zerschlagen, die Konkurrenz in dem Kartell durchzusetzen und den Preis für das Öl zu drücken.

Wenn auch die Kredite auf Dollarbasis vergeben werden, verringert sich die Verschuldung kreditnehmender Länder bei Entwertung des Dollars nicht. Im Gegenteil, für die Kreditdollars erhalten die Schuldner-Länder auf anderen Märkten als dem US-Markt ebenfalls weniger Waren, müssen demnach den Kredit aufstocken und die Zinszahlungen erhöhen. Über die Funktion des Dollars als „Weltgeld" schmarotzen sie in sämtlichen internationalen Handelsbeziehungen herum.

Die US-Finanzbourgeoisie ist ein internationaler Parasit geworden, der wie ein Kropf an den Ländern der Dritten Welt hängt. Über Änderungen an diesem Währungssystem, das die US-Imperialisten nutzen in ihrem Konkurrenzkampf mit der sozialimperialistischen Supermacht um die Neuaufteilung der Welt, können die Länder der Dritten Welt niemals tatsächliche wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen. Das geht nur durch die Revolution, durch den Befreiungskampf der Völker für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

Ihre Versuche werden deshalb nur unverschämter, hinterhältiger und perfider. Da die imperialistische Unterwerfung der Länder der Dritten Welt ihre materielle Grundlage hat in deren Schuldknechtschaft und wirtschaftlicher Abhängigkeit, sind die Imperialisten äußerst interessiert daran, den Dollar als Waffe gegen sie wirksam werden zu lassen.

Wenn die OPEC-Länder aber im Sommer die Bindung des Erdöls an den Dollar als Verrechnungseinheit abschaffen und an die Stelle eine Verrechnung auf Grundlage von verschiedenen Währungen setzen wollen, so können sie darüber gegenüber dem US-Imperialismus einen relativen Spielraum durchsetzen, die Konkurrenz zwischen den Imperialisten ausnutzen und den hinterhältigsten Tricks Einhalt gebieten. – (Z-Red.)

Die Sozialimperialisten ziehen mit – mindestens fünf offizielle Rubelabwertungen seit Juni 1977

Die sozialimperialistische Macht bereitet eine Offensive im Warenexport insbesondere auf den europäischen Markt vor. Deshalb ist sie am gegenwärtigen Währungskrieg beteiligt. Wie das in kurzem Zeitraum aussieht, zeigt die Entwicklung des Rubels seit August 1976, insbesondere seit Juni 1977, dem Monat, wo der Dollarverfall richtig begonnen hat:

	Aug. 76	Juli 77	Jan. 78
100 Dollar	75,60 Rbl	74,20 Rbl	70,60 Rbl
100 DM	29,25 Rbl	31,52 Rbl	32,90 Rbl

Seit Juli 1977 wurde mit wenigen Ausnahmen monatlich durch die russische Staatsbank das Austauschverhältnis von Rubel zu DM bzw. US-Dollar in Richtung Abwertung bzw. Aufwertung festgesetzt.

Was die Geschäfte mit dem Konkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft, dem USA-Imperialismus, angeht, bedeutet diese Maßnahme, daß die Einfuhr der Sowjetunion billiger wird. Das ist für die sozialimperialistische Macht günstig, denn sie hat ein riesiges Defizit in der Handels- und Zahlungsbilanz gegenüber den USA und ist insbesondere auf deren Getreidelieferungen angewiesen. Die Moskau Narodny Bank hat veröffentlicht, daß in den ersten zehn Monaten 1976 der sowjetisch-amerikanische Handel sich insgesamt auf 2,14 Mrd. Dollar belief. Davon entfielen auf die USA als Exporteur 1,9 Mrd. Dollar. Die USA kauften lediglich für 183 Mill. Dollar bei der Sowjetunion ein. Vom US-Export entfielen anteilig 1,3 Mrd. Dollar auf die Lieferung von Agrarerzeugnissen – Weizen, Sojabohnen usw. Insofern ist diese fortgesetzte Neufestsetzung des Rubels im Verhältnis zum US-Dollar günstig für die Sozialimperialisten. Daß gleichzeitig ihre Ausfuhr in die USA teurer wird, ist angesichts dieser Handelsbilanz vorerst nicht ihre größte Sorge.

Die Sowjetunion will sich im Kampf um Marktanteile und Eroberung von Marktpositionen auf Europa, Westeuropa, konzentrieren. Hier wird durch die veränderte Austauschrelation des Rubels ihre Einfuhr teurer, die Ausfuhr der Sozialimperialisten billiger. Für das laufende Planjahrfünft (1976–1980) haben die Sozialimperialisten wie der von ihnen beherrschte Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) eine Drosselung des Imports festgelegt und gleichzeitig Steigerung des Außenhandelsvolumens um 30 bis 35%.

Unmittelbar hat das damit zu tun, daß sich in letzter Zeit die Großbanken der westlichen imperialistischen Länder verstärkt zur Verschuldung der sozialimperialistischen Macht geäußert haben. Amerongen vom Deutschen Industrie- und Handelstag stellte 1977 fest:

„Nicht so sehr die Höhe der Verschuldung beunruhigt Handel und Banken in der westlichen Welt. Es ist vor allem die Geschwindigkeit, mit der die Verschuldung zugenommen hat. Auf Grund dieser Entwicklung drängen die westlichen Kreditgeber verständlicherweise ihre östlichen Kreditnehmer auf mehr Informationen über ihre Kreditwünsche".

Insofern ist die angekündigte und bereits begonnene Importdrosselung durch die Sozialimperialisten so freiwillig nicht. Hinzu kommt: zwar ist unbestreitbar und richtig, daß die sozialimperialistische Macht keineswegs vorhat, jemals all diese Schulden abzutragen, sondern sich darauf rüstet, ihre Schuldner im imperialistischen Krieg zu kassieren. Das steht aber nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß die Staatsbourgeoisie in der Sowjetunion jetzt den Höchstprofit kassieren will. Der Wechsel auf die Zukunft hat noch keinen Kapitalisten am Leben erhalten, d.h. ihm Profit beschert. Bei der Sowjetunion gehen über 20% ihres Exporterlöses für die Schuldentilgung drauf.

Die Rubelmanipulationen im Austausch zum US-Dollar und den westeuropäischen Währungen sind deutlicher Ausdruck dafür, daß die sozialimperialistische Macht entschlossen ist, ihrerseits den Kampf um Marktanteile insbesondere in Europa und hier wiederum in Westeuropa zu verschärfen.

Bislang war der sowjetische Export derart zusammengesetzt, daß industrielle Fertiggüter bestenfalls 5 % des sowjetischen Exports ausmachten, der Löwenanteil auf Rohstoffe, Energie, Eisen, Nichteisen, Edelmetalle entfällt. Bezüglich des Exports von Maschinen, Autos etc. sind zumeist die sowjetischen Waren den Waren der westeuropäischen Konkurrenten haushoch unterlegen. Aufgrund des Rückstands in der Produktivkraft der Arbeit der sozialimperialistischen Wirtschaft sind sie erstens spottschlecht und zweitens konkurrenzlos teuer. In die RGW-Länder können sie exportieren und finden Abnehmer – die Länder sind militärisch besetzt. Die westlichen Konkurrenten konnten nur lächeln:

„Sich auf den anspruchsvollen westlichen Märkten für industrielle Fertigprodukte durchzusetzen, ist freilich ein mühsames Geschäft." (Berliner Bank)

Allerdings stellt ein Wiener Finanzbourgeois die Einleitung einer „bedingungslosen Exportoffensive" fest.

Mit dem Zehnten Planjahrfünft 1976 – 1980 haben die russischen Sozialimperialisten ausdrücklich den Kampf um direkte Marktpositionen aufgenommen. Beispiel: „In den westlichen Industrieländern wurden (durch die Sowjetunion) 1976 insgesamt 100000 PKW abgesetzt (plus 43%). Die Bundesrepublik Deutschland war das größte Käuferland (16000 Stück – plus 64%)."

Die genannte Zusammensetzung ihres Exports ist in diesem Versuch zur Exportoffensive größtes Hindernis und muß geändert werden. Ohne daß die sozialimperialistische Macht in der Produktion von Maschinen, industriellen Fertiggütern bis zu PKW usw. vorankommt, ist nicht daran zu denken, daß sie den westlichen imperialistischen Mächten gegenüber als Mitkonkurrent auf dem Markt auftreten kann, sich behaupten kann. Entsprechend wurde dies auf dem 25. Parteitag im Rechenschaftsbericht Breschnews festgelegt. Das ist der nächste Anlauf, nachdem schon mehrere gescheitert sind.

Eingeleitet worden war dies Ende der sechziger Jahre, wo aufgrund der Festigung der strategischen Basis der Supermacht durch Verschärfung der Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse und brutaler Unterwerfung der RGW-Länder unter die imperialistische „internationale Arbeitsteilung" die imperialistische Expansion und Aggression zielstrebig aufgenommen wurde.

Allerdings, der Anteil von Maschinen etc. relativ auf den Gesamtexport konnte dennoch nicht gesteigert werden, sondern blieb die Jahre hindurch wesentlich stagnant. Der zweite Anlauf zur Exportsteigerung wurde in den Jahren 1973 – 1975 angesetzt. Die Hoffnung von Breschnew und Kossygin war, als Supermacht mit der anderen Supermacht, den USA, auch hier ins Geschäft zu kommen. Die US-Imperialisten ließen sie abblitzen, konkret: verweigerten ihnen die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel. Seitdem sind die sozialimperialistischen Politiker am Zetern.

In denselben Zeitraum fallen die zunehmenden Kompensationsgeschäfte, über die die Sozialimperialisten sich für die Zukunft gleichfalls das Festsetzen in den Märkten der Konkurrenten erhoffen.

Der Warenexport stellt sich in dieser Phase so dar: bei den USA abgeblitzt, konzentriert sich die Sowjetunion auf Nord- und Westeuropa. Ein Viertel der industriellen Fertiggüter geht nach Finnland. Sodann nach Großbritannien, in die BRD, nach Italien, Österreich und Frankreich. Nach England vor allem Autos, Kameras und Uhren, in die BRD Schiffe, nach Italien Werkzeugmaschinen und nach Frankreich landwirtschaftliche und Transportmaschinen. Es wird ein Verkaufs- und Reparaturnetz aufgebaut, insbesondere für Autos und Traktoren. Etwa 150 Händlerstationen werden in Großbritannien für Satra (Automobile) gewonnen, etwa 130 in Frankreich für Traktoren, ebenso in Norwegen Schweden und Finnland. Wenn sch[illegible] nicht direkt in die USA, dann w[illegible]stens Kanada als Vorposten: dort wurde die Belarus Equipment of Canada für Traktoren gegründet.

In den Jahren bis 1980 soll der Durchbruch erreicht werden. Die Mittel dazu: erstens ungeheure Steigerung der Ausbeutung der sowjetischen Arbeiter. Borisow, Vorsitzender des Präsidiums der Handels- und Industriekammer der UdSSR, Moskau, erklärt, daß für den laufenden Fünfjahresplan eine solche Steigerung der „Arbeitsproduktivität" vorgesehen ist, die der „Arbeitseinsparung von 26 Millionen Arbeitskräften" entspricht. Zweitens durch Errichtung von Fabriken, die ausschließlich für den Export hochwertige Waren liefern sollen. Drittens durch staatliche Zuschüsse und Prämien für die Exportbetriebe. Viertens durch Dumpingpreise, so daß die sowjetischen Waren zwischen dreißig und fünfzig Prozent unter den Weltmarktpreisen liegen. Nicht zu reden von der entsprechenden Ausbeutung der Arbeiter in den RGW-Ländern und Ausplünderung dieser Länder, die in Zulieferbetriebe verwandelt werden.

In der gegenwärtigen Verschärfung des Handelskrieges ziehen die Sozialimperialisten also mit. Die Einleitung ihrer Warenexportoffensive, die auf den durch Überproduktion gekennzeichneten kapitalistischen Weltmarkt trifft, führt zur weiteren Verschärfung der Widersprüche zwischen den Imperialisten. – (Z-Red.)

Preissteigerungsrate und Tariflaufzeit

Der kapitalistische Arbeitsmarkt enthält tausenderlei Betrugsmanöver

Nachdem es den Seehafenarbeitern, gestützt auf die Solidarität der gesamten Arbeiterbewegung, gelungen war, einen 7-Prozent-Abschluß unter Dach und Fach zu bringen, kam man bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu der Ansicht, daß etwas geschehen müsse. Klose, Kluncker, Merten brachten im Tarifvertrag der Seehafenarbeiter eine Klausel unter, die besagt, daß dieser Vertrag ein Sonderfall sei und anderswo billiger abgeschlossen werden müßte. Diese hauptsächlich ideologische Schmutzerei hatte erhebliche Auswirkungen. Sie war direkt gegen die Stahlarbeiter gerichtet, die zu diesem Zeitpunkt bereits die vierzehnte Woche zu den alten Löhnen nach ausgelaufenem Tarif weiterarbeiteten.

Die Kapitalisten schätzen es überaus, nach Ablauf des Vertrages zu alten Löhnen weiterarbeiten zu lassen. Sie können auf diese Weise sowohl beim Verkauf einen Extra-Schnitt machen als sie auch in der glücklichen Lage sind, die Arbeiter, sei es im Werke oder sei es beim Kunden, Läger aufbauen zu lassen, die hernach zu einem ziemlich langen Streik nötigen. Gewerkschaften, die zulassen, daß monatelang zu alten Löhnen weitergearbeitet wird, empfehlen dem Henker, das Seil zu drehen. – Einen beachtlichen Nebenprofit wirft die Methode „zu alten Löhnen weiterarbeiten lassen" auch noch ab. Wie die Erfahrung im Seehafen und im Stahlwerk gezeigt hat, neigen die Kapitalisten dazu, für die verstrichene Zeit sodann nicht etwa den neuen Tarif nachzurechnen, sondern „Abschlagszahlungen" vorzunehmen, die sie für alle Arbeiter „gleich" gestalten. Sowieso sind diese Zahlungen ungleich, da sie durch die Abzüge ganz verschiedene Nettoerträge auf die verschiedenen Löhne ergeben, aber vor allem sind diese Zahlungen *ungleich*, weil die ganzen Zuschläge, die ganzen Überstunden *nicht* veranschlagt werden. Abschlagszahlungen sind überhaupt *nicht* das gleiche wie etwa Festgeldforderungen, nicht wirtschaftlich. Denn bei Festgeldforderungen und Festgeldabschlüssen kommen selbstverständlich die Zuschläge, die Überstunden, die Schichten usw. *in Rechnung*, weil sie auf Basis des tariflichen Grundlohns zustandekommen. Bei Abschlagszahlungen *nicht*. – Es zwingt also den Arbeiter der *alte* und also *niedrigere Lohn* gerade in jenem Zeitraum zu vermehrter Überstundenarbeit, wo er diese Überstunden *nicht* gezahlt erhalten wird. Und *außerdem* wird er noch genötigt, die Läger zu schaffen, und zwar *billigst*, gegen die er hernach anzustreiken hat. Es ist deshalb ein altes Prinzip der Arbeiterbewegung: „Kein Vertrag, keine Arbeit".

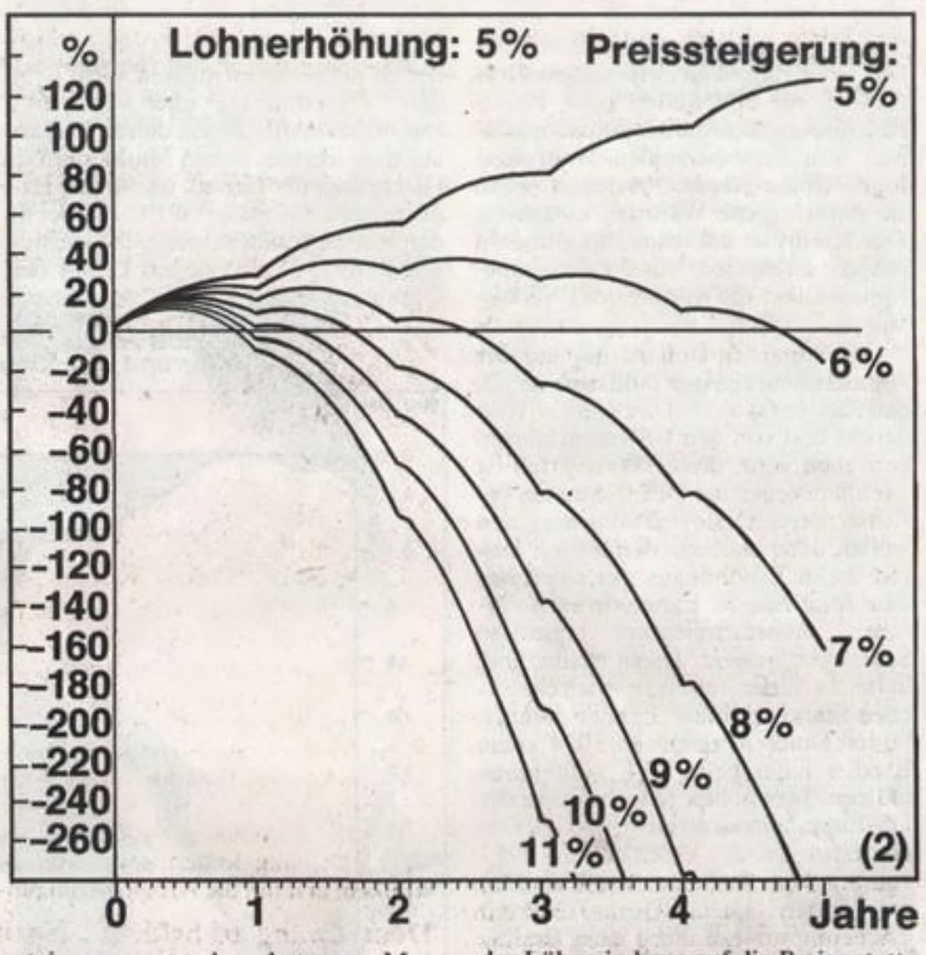
In der metallverarbeitenden Industrie wird jetzt schon der *dritte Monat zu alten Löhnen* gearbeitet! Zwar ist jetzt vom Hauptvorstand der IG Metall für Nordrhein-Westfalen und Nordbaden-Nordwürttemberg die Urabstimmung beschlossen. Aber ob und wann die Sozialdemokratie den Streik und damit den Kampf für einen passablen Abschluß freigibt, muß erst noch ausgemacht werden.

Abschlüsse von z.B. 4 Prozent werden gegenwärtig von den Kapitalisten sehr gerne unter Verweis auf die niedrige Preissteigerungsrate als ganz gut und eher zu hoch als zu niedrig, eher eine Lohnerhöhung als eine Lohnsenkung hingestellt. Angeblich soll die Preissteigerungsrate gegenwärtig 3,4 Prozent betragen. Diese Preissteigerungsrate ist das Werk des Bundesministers für Wirtschaft und der ihm untergeordneten Beamten. Wir wissen auch, wie man solche Preissteigerungsraten gewinnt. Man muß die Steigerung für den Luxuskonsum der Kapitalisten, die tatsächlich niedrig ist, mit den Preissteigerungen für notwendige Lebensmittel irgendwie zusammenhäckseln, dann kann man zu solchen Zahlen kommen, ohne daß der Bleistift bricht (siehe Seite 16). Dies wäre die „anständige" Form der Fälschung, aber wahrscheinlich ist die offizielle Statistik auch noch direkt getürkt.

Die Beziehung von der Preissteigerungsrate zum Lohnstandard ist nicht einfach. Während die Preise fließend steigen, steigen die Löhne ruckweise, mit einer Laufzeit z.B. von zwölf Monaten. In bezug auf die Kaufkraft, die der abgeschlossene Lohn auf dem Warenmarkt hat, führt das zu ganz merkwürdigen Bewegungen.

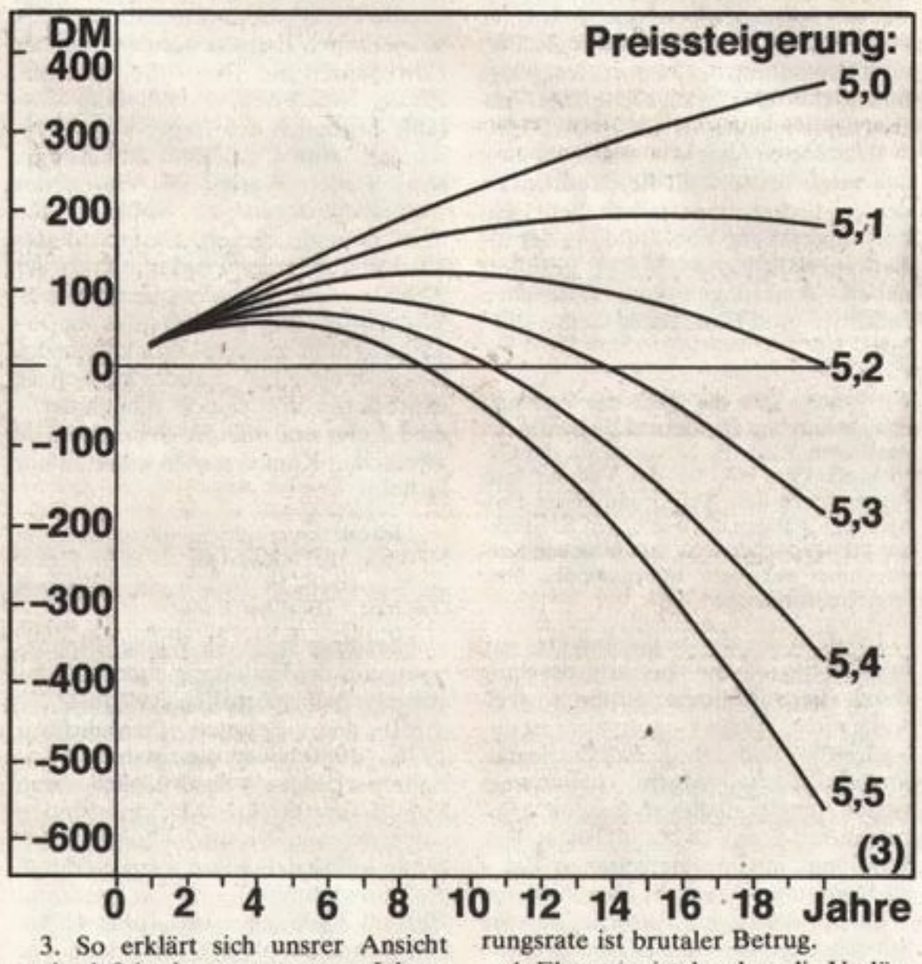
1. Wir nehmen an, die Lohnerhöhung betrage über einige Jahre hinweg jedesmal 5 Prozent auf 12 Monate. Die tatsächliche Preissteigerungsrate liege bei 6 Prozent. Wir nehmen weiter an, ein Mensch verdiene im Dezember 1975 1000 DM brutto und stelle sich auf den Standpunkt: Schlechter darf es nicht mehr werden. Bekommt er nun Januar 1976 eine Tariferhöhung von 5 Prozent, so wird seine Haushaltslage tatsächlich *besser*, und zwar *erheblich, obgleich* der Abschluß schon den mathematischen Keim der Verarmung in sich birgt. Denn der Januarlohn liegt um 5 Prozent *höher* als der Dezemberlohn gelegen hat. Aber die Januarpreise liegen *nicht* um 5 Prozent höher; da die Preissteigerungsrate aufs Jahr 1,06 gleich 6 Prozent betragen soll, liegen, wenn die Steigerung regelmäßig erfolgt, die Januarpreise, die im Dezember auf 1000 DM standen, jetzt auf 1004,90 DM, also kaum höher, und unser Mann hat einen Überschuß, weil er ja 1050 DM, also 50 DM Lohnerhöhung für 4,90 DM Preiserhöhung, hat. Allerdings steht schon fest, daß er im kommenden Dezember zwar Preise von 1060 DM wird zahlen müssen, aber nach wie vor bloß 1050 DM kriegen wird. Wird also der letzte Monat zum alten Lohn als *Bezugspunkt* genommen – das tun Millionen und das ist ja auch klar, denn dieser Monat stellt immer den Tiefpunkt der bisherigen Entwicklung dar, unter den man nicht fallen will –, dann erhält man, daß sozusagen beliebig niedrige Lohnerhöhungen auf eine beliebig hohe Preissteigerungsrate noch für geraume Zeit Lockerung ergeben. Damit bereits im ersten Monat des neuen Tarifs in bezug auf den Vormonat zum alten Tarif ein *Verlust* fühlbar wird, muß die Lohnerhöhung niedriger sein als die zwölfte Wurzel aus der Preissteigerungsrate. Bei einer Preissteigerungsrate von z.B. 20 Prozent, also 1,2 pro Jahr, würde für den ersten Monat eine Lohnerhöhung von 1,531 Prozent ausreichen, um den Kaufkraftverlust in diesem Monat zu decken, allerdings geht es dann zügig bergab. Dies ist das System, nach welchem in bezug auf den Ausgleich der Preissteigerungsrate völlig unzureichende Tarifabschlüsse durchgedrückt werden können,und dennoch tritt eine erhebliche Entspannung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterhaushalts ein, wenn solche Lohnraubabschlüsse durchgedrückt sind. Die Rache kommt mit der Zeit.

2. Damit man sich von dieser Betrügerei eine gewisse Vorstellung machen kann, gehen wir jetzt davon aus, daß unser Mann beschlossen hat, sich mehr Sachen als wie im Dezember 1975 nicht zu kaufen. Was ihm also bei fünfprozentiger Lohnsteigerung übrig bleibt, das legt er auf ein Konto, und jeden Monat rechnet er nach, wieviel Prozent seines jetzigen Monatslohns er inzwischen auf seinem Konto hat. *Wenn, ja wenn* die Erhöhung des Lohns tatsächlich den Preissteigerungsratenrahmen hat, also 5 Prozent Lohnerhöhung gegen 5 Prozent Preissteigerungsrate, dann hat unser Mann nach dem ersten Jahr knapp 30 Prozent, nach dem zweiten über 50 Prozent, nach dem dritten fast genau 80 Prozent, nach dem vierten Jahr mehr als einen Monatslohn auf dem Konto stehen.



Wir finden, daß das Bände über die vorgekommene Fälschung der Preissteigerungsraten spricht; denn *wer* kauft sich schon *mehr* Sachen als z.B. vor drei Jahren, und wem sind denn solche Beträge zwanglos übriggeblieben?

Lagen aber die tatsächlichen Preissteigerungsraten über den Lohnsteigerungsraten, z.B. 1,05, 1,06 oder 1,07 oder 1,08 oder 1,09 oder 1,10 oder 1,11, so *füllt* sich in allen diesen Fällen *zuerst* das „Überschußkonto" erheblich auf, um *sodann* nach 56, 30, 20, 14, 11 oder 10 Monaten je beschleunigt sich in ein Debit zu verwandeln, ein progressiv wachsender Verlust entsteht, der bei einer Lohnsteigerung von 5 Prozent und einer Preissteigerung von 10 Pronzent sich nach einem halben Jahre noch als zehnprozentiger Überschuß bezogen auf einen Monatslohn schöntut, um nach einem Jahr mit bescheidenen 4 Prozent Verlust aufzukreuzen; wenn aber das gleiche Spiel wiederholt wird, so sind nach dem nächsten Jahr bereits 60 Prozent eines Monatslohns an Verlust zu spüren. Um diese auszugleichen, müßte man allein schon 60 : 12 gleich 5 Prozent Lohnerhöhung fordern und hätte davon nichts als die Möglichkeit, ein zinsfreies Darlehen, das keiner gibt, zu tilgen.

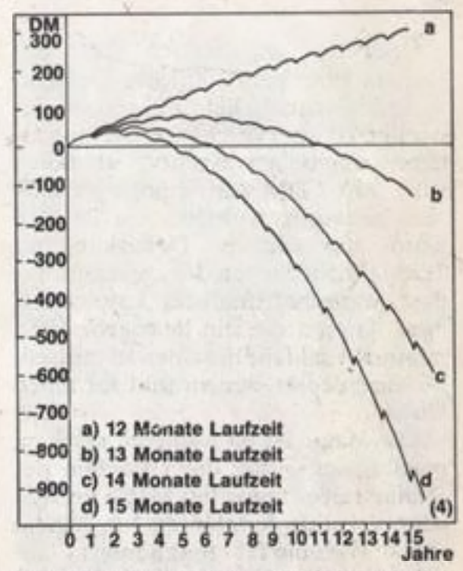


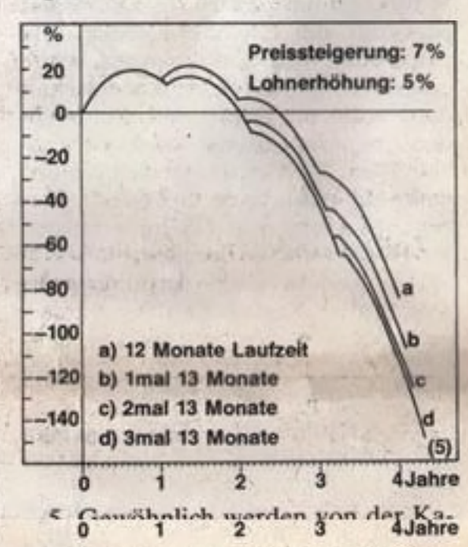
3. So erklärt sich unsrer Ansicht nach, daß in den vergangenen Jahren andauernd Lohnabschlüsse getätigt wurden, die angeblich über der Preissteigerungsrate lagen, ja sogar noch einen Zuschlag für Produktivitätsfortschritt enthielten, man sich aber von diesem Produktivitätsfortschritt keinerlei Sachen kaufen konnte. In Wirklichkeit hat überhaupt kein Wachstum der Löhne in bzug auf die Preise stattgefunden, sondern der notwendige Ausgleich in bezug auf die Teuerungsrate wurde mit einem gutklingenden Namen behängt und sodann noch nicht mal realisiert. Ökonomische Prozesse, wie sie bei solcher doch ziemlich krassen Verfälschung der Preissteigerungsrate entstehen, setzen sich gewaltsam durch, wenngleich den Arbeitern der Kampf erschwert ist durch Behauptungen, eine Beteiligung am Produktivitätsfortschritt sei, was in Wahrheit noch nicht einmal die Teuerung ausgleicht.

Damit man aber versteht, warum die langfristige Fälschung der Teuerungsrate um einige wenige Zehntelprozente eine Sache ist, die wohl verlohnt, eine Masse gut bezahlter Ministerialer auf die Schleichwege zu jagen, die folgende Rechnung, die über lange Jahre hinweg gerechnet ist. Sie ergibt, daß selbst das Drücken der Löhne um nur 0,1, 0,2, 0,3, 0,4, 0,5 Prozent auf lange Sicht erhebliche Erfolge verheißt: Bei Fälschung um lediglich 0,5 Prozent, in unserem Beispiel das Extrem, geht das Überschußkonto bereits nach etwas mehr als 8 Jahren in die Miesen, um z.B. nach weiteren 5 Jahren bereits ein Minus von immerhin einem 1,5fachen Monatslohn aufzuweisen. Dies, so meinen wir, ist ein großer Lohn für eine „kleine" Schweinerei.

Zu diesen üblen Verhüllungen kommen selbstverständlich noch weitere Möglichkeiten zum Betrug, elegantere, wenn man so will, denn die dauernde Fälschung der Preissteigerungsrate ist brutaler Betrug.

4. Eleganter ist da schon die Verlängerung der Laufzeit der Tarife. Die Bewegung der Monatslöhne ist, wie oben sichtbar, treppenförmig ansteigend, während die Bewegung der Preise gleitend ist. Ob die Löhne die Preise decken oder nicht, hängt, leicht vorstellbar, nicht nur von der Höhe der Treppenstufen ab, sondern genauso von ihrer Länge. Diese Länge wird bei Verlängerung der Laufzeit gestreckt. Damit läßt sich *allerhand* erzielen. Wir haben wiederum unsere Rechnung mit dem „Überschußkonto" vorgenommen. Wir gehen in allen Beispielen davon aus, daß die jährliche Preissteigerungsrate 1,05 oder 5 Prozent sei, die Lohnerhöhung auch 1,05 oder 5 Prozent. Es ergibt sich: Bei 12monatiger Laufzeit der Lohnerhöhung wie vorhin eine schwache Steigerung. Bei Verlängerung der Laufzeiten auf 13 Monate gerät das Konto nach 11 Jahren in die Miesen, bei 14monatiger Laufzeit nach sechseinhalb Jahren, bei 15monatiger Laufzeit sogar bereits nach viereinhalb Jahren. Der Absturz läßt hier auf sich warten, ist jedoch jählings und wuchtig. Durch die Verlängerung der Laufzeiten werden die Lohnstandards sozusagen von hinten her gekeult.





5. Gewöhnlich werden von der Kapitalistenklasse beide Methoden – Verlängerung der Laufzeiten und Fälschung der Preissteigerungsrate – angewendet. Um einen oberflächlichen Eindruck zu vermitteln, unterstellen wir einen Überhang der Preissteigerungsrate über die Lohnerhöhung von 1.07, also 7 Prozent, zu 1,05, also 5 Prozent. Bei 12monatigen Laufzeiten beträgt der Verlust nach 40 Monaten rund 35 Prozent eines Monatslohns. Wurde das erste Jahr auf 13 Monate (dann wieder mit 12 weiter) abgeschlossen, so beträgt der Verlust nach 40 Monaten rund 50 Prozent, wurde zweimal mit 13 Monaten abgeschlossen, 60 Prozent. Äusserst rentierlich also für die Kapitalisten ist die Mischung beider Betrugsverfahren. Und es gibt das ja. Im öffentlichen Dienst wurde zweimal hintereinander auf 13 Monate abgeschlossen. Es ist schwer zu sagen, welchen Verlust das nun genau bedeutet. Die verschiedenen Betrugsfaktoren vermischen sich zu einem widerwärtigen Ganzen, und die Rechnungen, die wir durchgeführt haben, sind in den Zahlenannahmen idealisiert, so daß man zwar sehen kann, was gelaufen ist und wie, aber nicht genau erschließen kann, wieviel nun eigentlich verschütt gegangen ist; außer daß es viel war. Sicher ist bloß: Selbst wenn man jetzt die Laufzeit verkürzen würde, z.B. auf zehn Monate, und selbst wenn man für diese 10 Monate 7 Prozent durchsetzen würde, wäre ein solcher Abschluß gegenüber Abschlüssen, die in den vergangenen zwei Jahren auf 12 Monate in nominal gleicher Höhe getätigt worden sind, erheblich weniger wert. Denn für den Januar und Februar wird ja der alte Lohn weitergezahlt. Damit man also für das *Jahr* 1978 auf 7 Prozent kommt, müsste man eine Forderung aufstellen, die in zehn Monaten 7 Prozent des Jahreslohns erbringt. Kurzum, man müßte 8,4 Prozent abschließen, nur um gleich zu stehen. Oder: Ein Abschluß von 7 Prozent, selbst *wenn* er nur zehn Monate Laufzeit hätte, wäre allerhöchstens mit 5,8 Prozent ungefähr zu bewerten. Bei einer Laufzeit von abermals 13 Monaten kommt das unter 5 Prozent zu stellen. – (Z-Red.)

„Warum sollen wir zweimal streiken, einmal für die Arbeitsbedingungen, dann für Lohn?"

Lage der Druckarbeiter solange unentschieden, wie nicht der Lohnkampf als das Grundlegende im Kampf gegen Intensivierung und Lohndrückerei ergriffen wird

Seit Dienstag vergangener Woche streiken die Arbeiter der Betriebe Süddeutscher Verlag und Münchner Buchgewerbehaus, Dierichs in Kassel, Rheinische Post, Düsseldorf, Girardet in Wuppertal. Die Urabstimmung wurde von Warnstreiks in 25 Betrieben begleitet: Bauer, Utesch, Gruner und Jahr und dem Harz-Kurier in Norddeutschland.

Nach der Aussperrung aller Münchner Druckarbeiter und der befristeten Aussperrung in der Nacht von Donnerstag auf Freitag in weiteren Betrieben, zu denen die drei Druckkapitalistenverbände aufgefordert hatten, ist am Freitag die Urabstimmung in allen Springer-Betrieben, im hannoverschen Druckzentrum Madsack, beim Bauer-Verlag in Hamburg und bei Gruner und Jahr erfolgreich durchgeführt worden. Die Kapitalisten planen jetzt die bundesweite Aussperrung.

Der Streik der Druckarbeiter findet Unterstützung: Die GEW Gießen und Hannover, die Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen, Bezirk Main-Taunus, die IGM-Vertreterversammlung in Hannover verabschiedeten Solidaritätsresolutionen und sammelten Geld zur Unterstützung der Streikenden. In Westberlin schreiben sieben Lehrlinge einer Druckerklasse der Gutenbergschule unter anderem: „Streik ist also völlig unausweichlich. Unsere Forderungen müssen durchgesetzt werden: Keine Entlassungen! Facharbeiterlohn an den neuen Geräten! Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich für alle! Eine ausreichende Lohnerhöhung dieses Jahr! Die Druckkapitalisten sind noch ziemlich vorlaut, obwohl der Streik ihnen schon zugesetzt hat ... Wir meinen, um unsere Forderungen anzuerkennen, können sie es von der IG Druck auch noch dicker bekommen."

Über den Streik beim Axel-Springer-Verlag in Westberlin wird berichtet: „Den ganzen Tag über sind Arbeiter aus anderen Branchen, Schüler und Studenten bei den Steikposten vorbeigekommen. Die Arbeiter der nahegelegenen Bundesdruckerei übergaben Geld einer Spendensammlung und brachten Schrippen und warme Getränke."

Der Streik trifft die Kapitalisten empfindlich, auch wenn Binkowski, der Präsident des Zeitungsverleger-Verbands, erklärt: „Die Arbeitgeber würden sich auch durch die Serie neuer Streiks nicht zu neuen Verhandlungen zwingen lassen" (Hannoversche Allgemeine, 1.3.78). Sie setzen aber darauf, daß die Kräfte der Druckarbeiter verschlissen werden und verstärken die Spaltung, um so zu ihrem Schlichter – das „Hamburger Abendblatt" nennt Minister Ehrenberg – zu kommen. Diese Gefahr der Spaltung existiert. Bei Gruner und Jahr in Hamburg haben sich gerade 76,14% für Streik ausgesprochen. Schon am Streik am Montag hatten sich die Gruner und Jahr Arbeiter aus Hamburg nicht beteiligt, was die Kapitalisten mit 250 DM für jeden honorierten. In Westberlin ist am Freitagabend die Hälfte der Drukker in den Betrieb gegangen. Grundlage dieser Spaltung ist die Führung des Kampfes durch die Sozialdemokraten der Druck und Papier. Sie haben in der Sonderausgabe Nr. 2/78 der „Druck und Papier" erneut erklärt: „Diesmal geht es nicht um Löhne und Gehälter, sondern um Arbeitsplätze und Beruf" und „‚Konzentration der Kräfte' ist das Gebot der Stunde. Das bedeutet, in den nächsten Tagen und Wochen steht sicherlich die Tarifauseinandersetzung über die neue Technik im Vordergrund." Wie soll sich da die Einheit herstellen lassen?

Die Druckerarbeiter bei Fromm in Osnabrück haben sich gefragt: „Geht es bei den Warnstreiks nur um die Tarifierung der neuen Technik oder auch um den Lohn?" Sie sind für die Verbindung, weil sie dann auch in die Kampffront einbezogen sind und weil sie es unsinnig finden, zwei Mal zu streiken, erst um die Arbeitsbedingungen und dann um den Lohn, das erschwert die Durchsetzbarkeit der Forderungen. Neun von zwölf Arbeitern des Zippeldrucks in Westberlin haben den streikenden Springer-Arbeitern eine Solidaritätsadresse überbracht, in der es heißt: „In der Tarifrunde können und müssen wir unsere Kampfkraft konzentrieren, wenn wir die Forderung von 7,5% durchsetzen wollen, was bitter notwendig ist". – (N-Red.)

Zulieferindustrie Papierherstellung: Zweite Lohnverhandlung ohne Angebot der Kapitalisten

Branche	Beschäftigte	Umsatz (Mio. DM)	Produktion in t
Papier und Pappeherstellung	60000	7080	5288
Druckfarben	4500	–	1072
Druckfarben	4500	–	1072
Druckerei- und Papiermaschinen	38000	3086	–

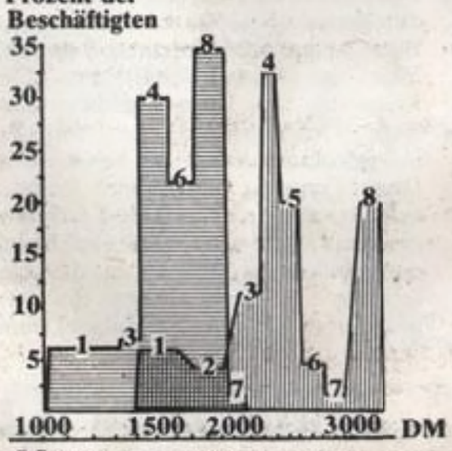
(Quelle: Der Polygraf, Fachzeitschrift für die Druckindustrie, 2/77, Referentenmaterial der IG Druck und Papier, Nr. 59/75, Statistisches Jahrbuch 1977; Zahlen für 1975)

Über den Streik der Druckarbeiter im Kampf um mehr Lohn und die Durchsetzung der Mindestlohnerhöhung von 140 DM 1976 schreibt das „Handelsblatt" am 1.3.1978: „Die Zeitungsverleger erlitten während der Streiktage nach eigenen Schätzungen Einnahmeverluste zwischen 50 und 60 Mill. DM. Die Werbewirtschaft veranschlagte ihre Verluste auf 200 Mill. DM für jeden Streiktag, die Papierindustrie ihre täglichen Umsatzverluste auf 10 Mill. DM."

Die Druckindustrie ist eng mit anderen Zweigen der Industrie verflochten (außer den in der Tabelle aufgeführten ist die Verbindung zu den Filmmaterialien herstellenden Betrieben wie Agfa mit über 30000 Beschäftigten noch zu nennen), wie sie umgekehrt besonders abhängig ist von der „Konjunktur", man denke nur an das Anzeigengeschäft der Zeitungs- und Zeitschriften-Kapitalisten.

Die Abhängigkeiten der Kapitalisten untereinander können die Arbeiter für sich nutzen. In der Papier- und Pappeindustrie haben die Kapitalisten in den ersten beiden Verhandlungen über die Lohnforderung der IG Druck und Papier von 7,5% kein Angebot gemacht. Die Löhne in diesem Zweig sind wahre Hungerlöhne: Die Durchschnittslöhne liegen zwischen 5 und 6 DM, nur durch Schichtarbeitszulagen kommen die Arbeiter im Schnitt auf 8 DM. In der Metallindustrie wollen die Arbeiter streiken, um ihre Forderung durchzusetzen. Konzentrieren sich die Druckarbeiter auf den Lohnkampf und den Kampf für den Sieben-Stundentag, dann können sie der Unterstützung der anderen Arbeiter sicher sein, wie sie damit auch deren Kampf stärken.

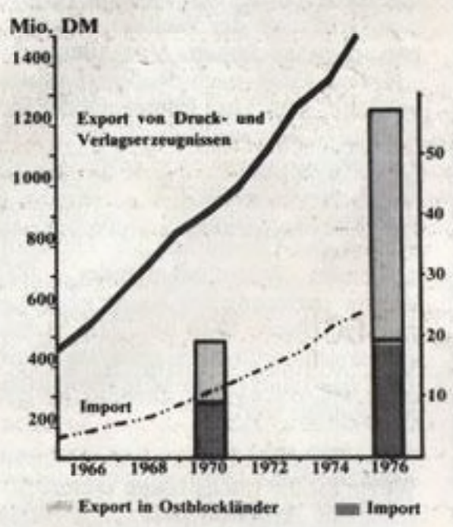
Dem Zwang zu Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit durch den Lohnkampf Schranken setzen



Die Absicht der Druckkapitalisten ist es, mit Einführung der neuen Technik die Lohnsumme zu verringern, hauptsächlich über das Wegdrücken des Maschinensetzerlohns und durch Verringerung der Arbeiter, die den Ecklohn (Setzer z.B.) bekommen. Man soll nicht meinen, daß dadurch die Spreizung der Löhne eingeschränkt wird. Die Mercator-Kapitalisten haben innerhalb des letzten halben Jahres 20 Pfennig mehr in der Stunde an weniger als 10% der Arbeiter gezahlt.

Ergebnis der sozialdemokratischen Lohnpolitik ist, daß die Arbeiter in der Druckindustrie aufgrund des niedrigen Tariflohns auf die Zulagen für Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit angewiesen sind. Dieser Zwang wird durch jeden niedrigen Lohnabschluß verstärkt. Die Druckkapitalisten werden für jeden Zehbreit an Zugeständnissen in der Frage des Tarifvertrags für die neue Technik von den Gewerkschaftssozialdemokraten ein Abrücken von der schon viel zu niedrigen 7,5%-Lohnforderung als Dank erhalten.

Neue Märkte erschließen – Waren- und Kapitalexport der Druckkapitalisten



„Außenhandel gewinnt an Gewicht", stellen die Druckkapitalisten in „Polygraph" 24/77 fest: Von 0,73 Prozent am Gesamtumsatz ist der Warenexport umsatzmäßig auf 11,2 Prozent von 1965 bis 1975 angewachsen. Im ersten Quartal 1977 lag der Export um 21% höher als 1976. „Interessant" finden die Polygraph-Schreiber den Warenexport in die Ostblockländer, wenn auch der Anteil am Gesamtexport erst 3,2% ausmacht – dort sind neue Märkte zu erschließen.

Ist der Warenexport durch die Erzeugnisse der Druckindustrie selbst beschränkt, dann gilt das nicht für den Kapitalexport: Zum Beispiel hat sich Gruner & Jahr mit 95 Prozent in eine spanische Gesellschaft eingekauft. Burda ist u.a. mit 50% an einer amerikanischen Tiefdruckerei (Umsatz 1975/76: 25.3 Mio. US-Dollar) beteiligt.

Tarif- und Gebührenerhöhungen bei Post und Bahn

„Jede Leistung hat ihren Preis", heißt es in einem Informationsblatt der Deutschen Bundespost. Gemäß diesem Wahlspruch hat Postminister Gscheidle in der vergangenen Woche verkündet, daß ein einfacher Brief zum 1.8.1978 nicht mehr 0,50 DM, sondern 0,60 DM, eine Postkarte 0,50 DM statt bisher 0,40 DM kosten wird. Auch die Gebühr für Päckchen erhöht sich von 2 DM auf 2,30 DM, die von Paketen, das billigste, von jetzt 3,10 DM auf 3,40 DM. Die Kapitalisten können die Ware als Postgut verschicken und sind von der Gebührenerhöhung nicht betroffen. Der alte Preis bleibt weiter bestehen und liegt wie bisher bei 2,50 DM für das billigste Paket. Bedingung für die Postgutversendung ist vorherige Antragstellung und eine Mindestauslieferung von 40 Paketen wöchentlich, wovon einzig die Kapitalisten, insbesondere die großen Versandhauskapitalisten, profitieren.

Die Gebühren- und Versandbestimmungen der Bundespost sind ausnahmslos Mittel niederträchtiger Geldschneidereien, mit deren Hilfe der Staatsapparat die Ausplünderung der besitzlosen Massen verschleiern will. Günstige Tarife gibt es dagegen für die Kapitalisten, was man zum Beispiel an den Tarifen für Massendrucksachen sehen kann.

Die Bedingungen für den Versand von Massendrucksachen sind, daß mindestens 1000 Sendungen gleichzeitig ausgeliefert werden, von denen je 10 auf einen Postleitbereich (Übereinstimmung der ersten drei Ziffern der Postleitzahl) fallen, oder aber mindestens 100 Sendungen mit gleicher Postleitzahl.

Das ist ein eigens insbesondere für die großen Versandhauskapitalisten eingerichtetes Verfahren. Leute wie Neckermann sitzen im Verwaltungsrat der Post, von wo aus die Gebühren festgelegt und erhöht werden. Für den Versand eines Katalogs müssen die Versandhauskapitalisten je Stück zwischen 1,10 DM und 1,30 DM bezahlen. Gäbe es den Tarif der Massendrucksache nicht, müßten die Kataloge als Brief oder Päckchen verschickt werden. Die Gebühren für Massendrucksachen werden ebenfalls nicht erhöht. Die letzte Erhöhung war 1974 von 0,15 auf 0,20 DM für Standardmassendrucksachen, davor sind die Gebühren das letzte Mal ungefähr vor 10 Jahren erhöht worden.

„Die Bundesbahn verspricht sich von den Fahrpreiserhöhungen Mehreinnahmen von 164 Mio. DM im Jahr 1978"

Ab 1. März hat die Bundesbahn die Preise um durchschnittlich 5,3% erhöht, wobei die Tarife im Nahverkehr im Durchschnitt um 9,5% erhöht werden. Noch keine neun Monate liegt die letzte Erhöhung zurück, die 5,2% ausmachte. Die Erhöhung trifft besonders den Berufs- und Schülerverkehr, also die werktätigen Massen, die mit 164 Mio. vom Lohn bezahlen sollen. Die Erhöhungen betragen im einzelnen:

	Bisher (DM)	ab 1.3.78 (DM)
Wochenkarte über die Entfernung von 15 km	14,50	15,50
Monatskarte über die Entfernung von 15 km	51,00	55,00
Wochenkarte für Schüler	10,50	11,00
Monatskarte für Schüler	37,00	39,00

Die Preise für den Fernverkehr werden nach der letzten Tariferhöhung von drei Jahren um 4,2% erhöht. Steigt der Preis für eine Strecke von 92 km, was zum Beispiel die Strecke Stuttgart–Karlsruhe ist, von 12,00 auf 13,00 DM, nimmt der Preis für eine Strecke von 820 km, was die Strecke Hamburg–München ist, von 101 DM auf 104 DM verhältnismäßig gering zu. Der Häufigkeit nach werden diese langen Strecken von Kapitalisten für den Geschäftsverkehr untereinander benutzt. Dafür hat die Bundesbahn ab 1.3.78 auch Tarifänderungen vorgesehen. Der Zuschlag für die 1. Klasse wird von 60% auf 57% *gesenkt*. Wer mehr als 201 km mit der Bahn fährt und einen Sonntag am Zielort bleibt, dem wird ein Preisnachlaß von 15% (bisher 12,5%) gewährt.

Die Bourgeoisie besitzt die Frechheit und versucht die Ausplünderung der Volksmassen über die Gebühren- und Tariferhöhungen gleich doppelt gegen die Arbeiter in Anwendung zu bringen. „Ein Prozent mehr oder weniger Lohnerhöhung schlägt bei der Bahn mit 151 Mio. DM, also mit dem, was die Tariferhöhung bringt, zu Buche", schreibt die Springerzeitung „Welt". Es wird nützlich sein, im Lohnkampf gegen den staatlichen Dienstherrn diese Rechnung nicht zu vergessen. – (Z-Red.)

Lehrer schicken Telegramm am 1. Verhandlungstag

Hamburg. 23 Lehrer vom Gymnasium Stellingen haben auf Vorschlag der GEW-Betriebsgruppe ein Telegramm an die GEW-Tarifverhandlungskommission zur Weitergabe an den staatlichen Dienstherrn geschickt, in dem sie die gewerkschaftlichen Forderungen bekräftigen und feststellen, daß ein Regierungsangebot unter 7% nicht akzeptabel ist. Sie fordern: Keine Kürzung der Anwärterbezüge. Der Text des Telegramms hängt am Brett der GEW aus.

Telegramm an Verhandlungskommission gesendet

Göttingen. 22 Angestellte der Abteilung Kinder- und Jugendpsychiatrie und der medizinisch-technischen Abteilung der psychiatrischen Universitätsklinik senden folgendes Telegramm an die Verhandlungskommission des Bundes, der Länder und Gemeinden: „Wir haben am 17.11.77 per Brief unsere 220-DM-Festgeldforderung erhoben und begründet. Wir sind nicht bereit, ein Angebot unter 7% hinzunehmen. Die Hafenarbeiter haben uns gezeigt, wie wir uns wehren können."

Kein Abschluß unter dem der Hafenarbeiter!

Heidelberg. 18 Schwestern, Pfleger und MTAs der Universitätsklinik (Chirurgie) schickten Maihofer ein Telegramm nach Stuttgart: „Wir wollen Angebot nicht unter 7%! Am besten machen Sie Angebot in Festgeld! Unter Abschluß der Hafenarbeiter gehen wir keinesfalls! Nichts unter 7%!" Ebenfalls ein Telegramm schickten Beschäftigte der Psychiatrie.

Brief gegen Lohnkürzung

Düsseldorf. In der Universitätsklinik in Düsseldorf haben 13 Schwestern der Intensivstation für herzkranke Kinder einen Brief an die Verwaltung des Krankenhauses geschrieben. Sie schildern darin ihre schwere Arbeit und fordern, daß diejenigen Schwestern der Station, die nach dem 1. September 1977 in der Klinik angefangen haben, ebenfalls den Intensivzuschlag, der ca. 200 DM monatlich ausmacht, erhalten. Dieser Zuschlag war ab 1.9.77 gestrichen worden.

1. Verhandlungstag: Nachbarschaftsheim Mittelhof in Zehlendorf, Kindertagesstätte

ÖTV-Mitgliederversammlung unterstützt PJ-Studenten

Duisburg. Die ÖTV-Mitgliederversammlung der Städtischen Kliniken Duisburg, an der ca. 35 Mitglieder teilnahmen, hat am 14.2. eine Resolution beschlossen, in der der Hauptvorstand der ÖTV aufgefordert wird, die Satzung dahingehend zu ändern, daß die Medizinstudenten im Praktischen Jahr Mitglieder der ÖTV werden können. Dieser Antrag soll auch auf der nächsten ÖTV-Gesundheitstagung eingebracht werden. In einem weiteren Antrag wurde die Forderung der Medizinstudenten nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag im PJ unterstützt und der Hauptvorstand aufgefordert, sich dafür einzusetzen.

5,2% Tariferhöhung im Verkehrsgewerbe

Frankfurt. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste und die Kapitalisten des privaten Transport- und Verkehrsgewerbes in Hessen schlossen am 1.3. für die 14000 Beschäftigten in diesem Bereich einen Lohn- und Tarifvertrag über 5,2% ab. Die ÖTV hatte ursprünglich 8% gefordert.

ÖTV-Mitglieder schreiben an Druckarbeiter

Kassel. 5 ÖTV-Mitglieder vom Stadtkrankenhaus Kassel haben einen Brief an die Streikleitung der Arbeiter der Firma Druck und Verlag geschickt. „Wir Bediensteten am Stadtkrankenhaus unterstützen Eure Forderung gegen die geplanten Entlassungen und Lohnsenkungen. Der von Euch eingeleitete Streik ist die einzig richtige Antwort an die Arbeitgeber und der einwöchige Streik der Hafenarbeiter für mehr Lohn hat gut gezeigt, wie man aus einem 3,5%-Angebot einen 7%-Abschluß machen kann, wenn man sich zusammenschließt gegen den Dienstherrn. Am Stadtkrankenhaus ist in letzter Zeit die Arbeitshetze drastisch gestiegen. 3 Pflegepersonen in einer Schicht für 35 bis 40 Patienten sind keine Seltenheit. Jetzt sollen zusätzlich über 100 Planstellen geestrichen werden. Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung des hessischen Sozialministers hat das festgelegt, mehr Arbeit bei weniger Lohn, das ist das Ziel im öffentlichen Dienst wie bei Euch. Wir haben uns auf Mitgliederversammlungen der ÖTV gegen die Einsparungsmaßnahmen ausgesprochen und führen jetzt den Kampf gegen die Stellenplanstreichungen und für mehr Lohn. Unterstützen wir uns gegenseitig in unseren Kämpfen, werden die Arbeitgeber ihre Pläne nicht durchsetzen können." In verschiedenen Stationen werden jetzt weitere Unterschriften unter den Brief gesammelt.

F & S fest in Händen der BRD-Imperialisten

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, daß der britische Metallkonzern Guest, Keen & Nettlefolds (GKN) die Fichtel & Sachs AG nicht kaufen darf. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" notiert: „Berlin und Bonn zufrieden, England enttäuscht".

„England enttäuscht" ist eine schwache Beschreibung des Ärgers der britischen Finanzbourgeoisie. Die Expansionspläne von GKN – kontrolliert von der Barclay's Bank – haben strategische Bedeutung. „Gemessen an jedem Maßstab außerhalb der USA ... ist er ein wichtiger multinationaler Konzern, eine der wenigen britischen Gesellschaften, die das mit Grund von sich behaupten können", schreibt die „Times". Trotzdem eine „besonders britische" Gesellschaft. Ein bedeutendes Schlachtschiff also in den Kämpfen um Waren- und Kapitalexport.

Die Pläne der britischen Finanzbourgeoisie mit diesem Monopol sind groß, wie GKN's oberster Ausbeuter Heath, gleichzeitig Mitglied des Barclay's-Verwaltungsrats, im Geschäftsbericht für 1976 erklärt:

„Die Bedeutung der Sachs AG für unsere europäischen ... Interessen ist beträchtlich, weil wir unsere Position festigen müssen als bedeutender Teile-Zulieferer in Europa und von dieser Basis aus für den Rest der Welt."

„Heute Britannien, morgen Europa, übermorgen die ganze Welt", besingt dieser Frühlingsvogel die neu erwachten Gelüste des vergreisten britischen Imperialismus nach verstärkter Expansion. Die britischen Imperialisten haben schwere Einbrüche in den Lohnstandard erzielen und die Verelendung der Arbeiterklasse zügig vorantreiben können – das zahlt sich aus für sie in Kapital, das profitabel und dabei strategisch mit dem Blick auf den „Rest der Welt" angelegt werden soll. Kein Wunder, daß die Presse die Reaktion bei GKN auf das Urteil als „bitterly disappointed", zutiefst enttäuscht, bezeichnet.

Und dabei hatten die britischen Imperialisten lockende Angebote gemacht: Die Fusion könnte „Sachs helfen, seine Überseeaktivitäten auszudehnen". (Financial Times) Immerhin verkauft GKN ein Drittel seiner Waren in Übersee. Die Fusion „würde die Konkurrenzposition der EG-Industrie auf einem Weltmarkt stärken, der mehr und mehr von US- und japanischen Gruppen beherrscht wird".

Aber die westdeutschen Imperialisten spielen die gleiche Melodie auf die Weltherrschaft wie die britischen. Das ist der Grund, warum sie das Vorhutschiff einer neuen Kapitalinvasionsflotte abgeschossen haben. „Stärkere EG-Industrie, da sind wir unbedingt dafür, nur müsssen wir sie kommandieren", das ist die Politik der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Das findet sich auch in der Urteilsbegründung. Fichtel & Sachs haben bereits ein Monopol, das Fusionsverbot konnte also nicht mit „weiterer Monopolisierung" begründet werden. Es wurde schließlich konstruiert, daß die „marktbeherrschende Stellung von Sachs dadurch verstärkt worden wäre, daß der britische Konzern über eine hohe Finanzkraft verfügt". (FAZ)

Die „Finanzkraft" ist das Entscheidende. Fichtel & Sachs sowie GKN produzieren Automobilteile. Der Konkurrenzkampf auf dem Automobilmarkt ist heftig und bedeutender Bestandteil des imperialistischen Handelskrieges. Da die Kontrolle über bedeutende Teile der Zulieferindustrie in die Hände „finanzstarker" Konkurrenten verkaufen? Ja, hätten sie weniger „Finanzkraft", hätte man bei dem Dreh vielleicht GKN in den Griff kriegen können.

Die „Frankfurter Allgemeine" beschreibt die Gefahren der Konkurrenz im Hause. „Insofern ist die nun höchstrichterliche Entscheidung durchaus zu begrüßen. Zudem muß man davon ausgehen, daß GKN nicht nur über hohe Finanzkraft, sondern als Anlagenbauer, ‚Engineering-Gruppe' und Technologieproduzent auch über ein hohes Potential an technischem Wissen verfügt. Was für Fusionen sollen denn untersagt werden, wenn nicht solche wie diese?"

Die britischen Imperialisten geben sich damit nicht geschlagen. Die „Financial Times", die das Urteil als „Bouquet aus Stacheldraht" empfindet, rüstet auf. Zunächst moralisch. In den Artikel wird ein Kasten mit Daten über sechs europäische Fusionen seit 1964 eingerückt, eine davon mit britischer, vier mit westdeutscher Beteiligung. Solchermaßen auf ihre ungerechte Behandlung hingewiesen, wird der britischen Bourgeoisie folgende Linie vorgeschlagen:

„Wenn die europäische Industrie sich stärken will für den Wettbewerb mit der Weltkonkurrenz, dann muß das wachsende Netz von nationalen und EG-Fusionskontrollen selbst vernünftiger gemacht werden."

Unter der Fahne der „europäischen Stärke" wollen die britischen Imperialisten gegen die „nationale Borniertheit" der stärkeren westdeutschen Konkurrenten sammeln. Die Widersprüche zwischen den Imperialisten Westeuropas nehmen sprunghaft zu. – (Z-Red.)

Ausplünderung der Bauern unter dem Schlachtruf der Gleichheit

Steuerkommission legt Gutachten vor / 2 Milliarden für die Finanzierung der Expansion

„Die Katz ist aus dem Sack", kommentiert das hannoversche Wochenblatt „Land und Garten" die Veröffentlichung des Professoren-Gutachtens zur Einkommensbesteuerung in der Landwirtschaft. Und das „Handelsblatt" präzisiert: „Die steuerliche Idylle der Landwirte wird ein Ende nehmen ... Bauern werden bald zur Kasse gebeten." (17.2.) Was die Finanzbourgeoisie hier triumphierend, die Landpresse eher zurückhaltend kommentiert, ist die Kriegserklärung der Finanzbourgeoisie an die kleinen und mittleren Bauern.

2 Milliarden DM mehr an Einkommenssteuer sollen aus den Bauern herausgepreßt werden. Dies sind nach „vorsichtiger Schätzung" der acht Professoren die Einkommenssteuervorteile, in deren Genuß die Bauern gelangen. Ungerechtfertigt. Denn: „Der § 13a verstoße gegen fundamentale Prinzipien der Einkommensbesteuerung, insbesondere gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung." (Handelsblatt) Gemeint ist der § 13a des Einkommenssteuergesetzes, der die Besteuerung durch „Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen" regelt, solange der Gewinn 15000 DM/Jahr nicht übersteigt und somit keine Buchführungspflicht besteht. Nach dieser Methode wird der Gewinn ermittelt aus 1/12 des langjährigen Ertragswertes des Hofes zuzüglich Wohnwert und einem Betrag von 4400 DM, der für Arbeitsleistung des Bauern eingesetzt wird; abzüglich Pachtkosten, Zinsen und Sonderausgaben wie z.B. Versicherung.

Am Ertragswert läßt sich drehen, wird er doch nur geschätzt, und wenn dann die Zinsen für Kredite hoch liegen, kann die zu zahlende Steuer relativ gering sein.

Der Vorschlag der Bourgeoisprofessoren: generelle Einführung der Buchführungspflicht für alle Betriebe ab 24000 DM Gewinn, darunter Gewinnermittlung nach einfachen Aufzeichnungen und Einkommen-Überschuß-Rechnung. Ihre Begründung: Die nach § 13a ermittelten Gewinne lägen nur etwa bei einem Viertel der bei Buchführungspflicht ermittelten Summen.

Das Herz ist dem neuen Finanzminister Matthöfer im Leibe gehüpft. Gleich hat er sich in der Agrardebatte des Bundestages zu Wort gemeldet und eine sorgfältige Prüfung des Gutachtens angekündigt. Frech hat er sich zum Anwalt der schon buchführungspflichtigen Bauern aufgeschwungen: innerhalb der Landwirtschaft müsse Steuergerechtigkeit hergestellt werden. Auch die VW-Arbeiter hat er von seiner Fürsorge nicht verschont: 500 Millionen Mark zahlten die Bauern jährlich an Einkommenssteuer. „Das sei weniger als die Beschäftigten des VW-Werks an Lohnsteuer bezahlen müßten". (Weserkurier, 25.2.) Unter dem Schlagwort der „Gleichheit" versucht der Chefplünderer zu spalten und die Arbeiter gegen die Bauern aufzuhetzen. Tiefe Spaltung ist notwendig, will die Bourgeoisie ihren Plan durchsetzen. Seit 50 Jahren erörtert sie Pläne „einer sachgerechten Einbeziehung der landwirtschaftlichen Gewinne in die Einkommensbesteuerung". (Handelsblatt) Über Pläne hinaus gekommen ist sie bis heute nicht. Denn nichts ist den Bauern fremder und verhaßter als der Tribut auf ihrer eigenen Hände Arbeit. Die Geschichte der Bauernbewegungen ist die Geschichte des Kampfes gegen die Ausplünderung durch Feudaladel und Bourgeoisie. Schon mancher Steuereintreiber hat bei diesem Geschäft ein jähes Ende gefunden. Insofern ist überhaupt nicht sicher, daß der Minister mit seinen Manövern erfolgreich ist. Und die VW-Arbeiter haben diese Sorte sozialdemokratischer Gerechtigkeit zur Genüge kennengelernt. Matthöfer als Forschungsminister steht für die verschiedenen Projekte zur Verschärfung der Schweißauspressung, die die Sozialdemokratie unter dem Schlagwort „Humanisierung der Arbeit" versucht an den Mann zu bringen.

Dennoch: Das Finanzkapital treibt seine Agenten. Das Geld wird gebraucht. 2 Milliarden mehr an Steuern sind 2 Milliarden zur Finanzierung des Warenexportes auf die Märkte des RGW und der westlichen imperialistischen Konkurrenten.

Und auch in der Landwirtschaft muß es vorwärts gehen. „Leistungsfähige", große Betriebe, die Anwendung von Lohnarbeit möglich machen, Konzentration des Bodens in wenigen Händen, extensive Bewirtschaftung, Veränderung der Produktionsstruktur in Richtung weniger, profitträchtiger Produkte, höhere Bodenmobilität, das braucht die westdeutsche Bourgeoisie, um den europäischen Agrarmarkt zu beherrschen und die imperialistische Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen. Da hat sie im Moment einige Sorgen. Nachdem sie zwischen 1950 und 1960 900000 selbständige Bauern ruiniert hat, von 1964 bis 1974 nochmals 977000 Bauern der Ausbeutung unterworfen bzw. in die industrielle Reservearmee geschleudert hat, kann sie im Agrarbericht '78 nur einen Rückgang von 0,8% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft vermelden und konstatiert mit „Sorge, die Zunahme der erwerbstätigen landwirtschaftlichen Bevölkerung in strukturschwachen Gebieten". (CDU-MdB Ritz)

Eine dritte Welle des Bauernlegens wird eingeleitet, der Schlag geht vor allem gegen die Mittelbauern. Die Förderschwelle für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen ist auf 25400 DM heraufgesetzt worden, ein Agrarkreditprogramm von 400 Millionen DM bei 6% Zinsen bei der Bundesanstalt für Wiederaufbau eingeleitet, die EG will die Erzeugerpreise dieses Jahr um 2% erhöhen. Nun hat die Bundesregierung das Steuergutachten placiert. Eine Woche bevor ihr Agrarbericht konstatieren mußte, daß das Einkommen der Landwirte in diesem Jahr um 14% gesunken ist, auf 21969 DM pro Arbeitskraft, die Erzeugerpreise im Schnitt um 2% niedriger sind (Getreide 5,3%, Kartoffeln 76%) bei gleichzeitigem Steigen der Betriebsmittelpreise um ca. 6%.

„Landwirt sein lohnt sich wieder", hatte der SPD-Abgeordnete Müller in der Agrardebatte 1977 noch ausgerufen. Die diesjährige Debatte sei müde gewesen, meldet die bürgerliche Presse. Niemand hat sich zum Gutachten der Steuerkommission präzise äußern wollen. Die CDU hat Bedenken angemeldet, ebenso der Bauernverband. Heeremann will eigene Vorschläge vorlegen. Beide sind sie jedoch „grundsätzlich für ausgewogene Besteuerung", also für den Plan. Nur fürchten sie den Kampf der Bauern. Der soll jetzt zerredet werden, leerlaufen. Es wird der Hartnäckigkeit bedürfen bei den Bauern und der Einheit auf einer klaren Forderung. 1500 DM Steuerfreibetrag sind ein wirksames Gegenmittel. – (N-Red)

„Hitlerwelle": Lancierter Einsatz

Eine Buchmarktuntersuchung

Die Buchtitel über Nazigrößen gehen mittlerweile in die 200. Die Finanzbourgeoisie hat die Archive geöffnet und ihre Schreiberlinge ans Werk gesetzt. In verstärktem Maße hat sie damit bereits begonnen, als die westdeutsche Finanzbourgeoisie vielfältigste Maßnahmen ergriff, um in die Schlacht mit der imperialistischen Konkurrenz im Kampf um die Weltherrschaft eingreifen zu können. Als eine der ersten Maßnahmen überarbeitete sie die Standardlexika. Aus einer Untersuchung von Studenten der Bibliothekarlehrinstitute über die „Hitlerwelle" geht hervor: Die Länge der Artikel wurden in den veränderten Auflagen erweitert. Als Beispiel das „Biographische Wörterbuch zur deutschen Geschichte", 1. Auflage (1953), hatte eine Seite; die 2. Auflage (1973) umfaßt nunmehr 8 1/2 Seiten. Untersucht man weiter den „wertenden Schlußsatz" in seiner Veränderung, so lassen die Bourgeois heraus, wie die bürgerliche Geschichtsforschung betrieben werden soll. Als Beispiel hierzu der „Große Brockhaus", Band 5 (1954): „Eine tausendjährige Entwicklung abbrechend, hinterließ der Führer Deutschland als Trümmerstätte." Im Brockhaus Enzyklopädie Band 8 (1969): „Seine Regierungsweise und Befehlsgebung in der Isolation des Führerhauptquartiers wurde zunehmend wirklichkeitsfremd und führte zur Entstehung rivalisierender Klientelen und Machtapparate."

Der 1972 gegründete 'John Jahr Verlag Hamburg, ein Ableger des Zeitungsmonopols Gruner und Jahr (Stern, Brigitte, Eltern), brachte 1974 die Serie „Das III. Reich" mit einem Gesamtumfang von 4272 Seiten und einer Startauflage von 450000 Stück heraus. Einflußreiche Leute der „Öffentlichkeit" melden sich hierin zu Wort, um die Ermahnungen des Herrn Bundespräsidenten Scheel auf dem Historikertag 76 – „Wenn wir die Geschichte unserer Nation vergessen, werden wir auch den Begriff der Nation verlieren (...)" mit Lug und Betrug umzusetzen. Von Fest über Sebastian Haffner bis zu Erwin, dem Balg vom Wüstenfuchs. „Hitlers Herrschaft", heißt es in der Verlagsankündigung, „war ein epochales Ereignis mit weltweiten Folgen. Wäre der ‚Friedenskanzler' Adolf Hitler nach dem Anschluß Österreichs gestorben oder einem Attentat zum Opfer gefallen, er wäre als einer der größten Staatsmänner in die Geschichte eingegangen." Gerhard Stoltenberg erklärt sich einverstanden, „in dem Ziel, den deutschen Leser über diese Zeit genauer ins Bild zu setzen." Die Wochenzeitung „Die Zeit" jubelt zum Erscheinen der Serie: „Das sind Dokumente, die Geschichtslehrer sich wünschen (...)".

Große Anstrengungen unternimmt die Bourgeoisie, den zweiten verlorenen Griff nach der Weltherrschaft untersuchen zu lassen. Vor allem, daß „Hitlers Griff nach Rußland schicksalshaft" war. Und immer wieder Stalingrad – „Der verlorene Sieg". Da die Finanzbourgeoisie nicht gewillt ist, von ihren imperialistischen Abenteuern abzulassen, verlegt sie denn auch die Arbeit des Ökonomen Dr. Ehrhardt, „Minister Wirtschaftswunder", über die Finanzierung der Kriegswirtschaft aus dem Jahre 1943 neu. Die Massen sollen zahlen für die Expansion. Dafür muß das Land in ein Militärzuchthaus verwandelt werden.

Großadmiral Dönitz findet lobende Worte für die faschistische Unterdrükkung der Arbeiterklasse: „Im Januar 1933 hatte die Zahl der deutschen Arbeitslosen mehr als sechs Millionen betragen. Jetzt war die Arbeitslosigkeit beseitigt. Der Klassenkampf, der das Volk zerrissen hatte, war nicht mehr zu spüren. (...) Es war für uns z.B. in den zwanziger Jahren nicht immer angenehm gewesen, in Uniform durch die Werft-Industriebetriebe zu gehen. Unfreundlich und verschlossen trat die Arbeiterschaft damals dem Offizier entgegen. Dies war jetzt völlig anders."

Welche Erziehungsideale die Bourgeoisie propagiert, erfährt man von Wulf Schwarzwälder in seinem Buch über Rudolf Hess, in dem der „Propagandist des Führers" doziert: „Ich habe nichts gegen spartanische Erziehung – im Gegenteil. Die Grenze muß freilich beim Geistig-Seelischen dort liegen, wo der Charakter einen Knacks kriegt, Stolz, Selbstsicherheit, Selbstvertrauen verlorengehen", und Schwarzwälder kommentiert: „Dieser Satz könnte den liberalen Statuten der Odenwaldschule oder der Internate von Salem oder Gordenstown entnommen sein." Wie die Reichen ihre Brut erziehen, interessiert uns hier nicht. Für die Volksmassen sollen diese spartanischen Erziehungsideale bedeuten: „Stolz" beim Arbeitsdiensteinsatz, „Selbstsicherheit" beim Brotkrumensuchen, „Selbstvertrauen" als Kolonialsoldat, eingehüllt im Geistig-Seelischen. „Armut ist der Glanz von innen." (Rilke)

Nicht nur, daß man viel erfährt, daß Hitler wie alle Nazigrößen ein ausgesprochener Tierfreund war, denn Eichmann konnte die Verbrechen gar nicht begangen haben, wo er doch einen überfahrenen Vogel wieder gesund gepflegt hat. Auch in der Kunst kannte sich Hitler aus. So erfährt man von der „großen" Sorge des Strichjungen Johannes Heesters in dessen Autobiographie: „Hitler soll Lehar gestanden haben, daß er ein großer Verehrer von Franz Lehar und dessen Operette ‚Die lustige Witwe' sei. (...) Mein Gott, dachte ich mir, wenn Hitler zur Operette gegangen wäre. Nicht auszudenken!" – (Bezirk Westberlin)

Am Samstag, den 4. März führte der KBW-Bezirksverband Hamburg-Unterelbe einen Aktionstag zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes des Volkes von Zimbabwe auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz in der Hamburger Innenstadt durch. Zwei Wochen zuvor hatte der KBW einen Produktionstag durchgeführt, an dem 200 Menschen teilgenommen hatten. Nützliche Gegenstände wurden hergestellt, die auf einem Basar am letzten Samstag während des Aktionstages verkauft werden sollten. Der bürgerliche Staat hat den Basar in der Innenstadt verboten und massiv Polizei rund um den Gerhard-Hauptmann-Platz aufgefahren, um das Verbot durchzusetzen.

Verhindern konnten sie den Aktionstag nicht. Auf dem Platz und an verschiedenen Stellen der Mönckebergstraße wurde ein fliegender Basar durchgeführt. Die Produkte wurden ausgestellt und das Ziel der Spendensammlung, die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA, propagiert. Insgesamt wurden weit über 3000 DM gesammelt, für eine Decke, die während der zweiten Kundgebung amerikanisch versteigert wurde, wurden 1427 Mark gespendet. Die Produkte, die noch übrig sind, werden in der nächsten Woche in Lüneburg und Uelzen verkauft. Diese Sammlungen werden als Angriff durchgeführt gegen den geplanten Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung in Lüneburg und den Prozeß gegen die Überführung eines Treckers an die ZANU, die beide am 7. März stattfinden sollen.

Der Kampf der Automobilarbeiter richtet sich gegen das imperialistische Expansionsprogramm der Kapitalisten

Ob in der Konkurrenz an der Spitze oder in der Konkurrenz tief abgesackt, die westeuropäischen Automobilkapitalisten sind bereit, zehntausende Automobilarbeiter zu entlassen, ihren Lohn auf einen Elendslohn herunterzudrücken und die Arbeitskraft der noch in Arbeit befindlichen Arbeiter beschleunigt zu ruinieren, um den Konkurrenten endgültig aus dem Feld zu schlagen, oder wieder „Land zu gewinnen".

Einer der „Macher", wie er sich selber nennt, Sir Edwards, Vorstandsvorsitzender des Automobilkonzerns British Leyland, gibt den Kurs an, den die westeuropäischen Automobilkapitalisten einschlagen: „Wer nicht mithalten kann, muß gehen." „Von 135000 Arbeitern des Konzerns sind 12500 zuviel." Edwards sieht im „Fiat 127" und „Renault R 5", im „Volkswagen Golf" und im „Ford Fiesta" die derzeit größte Herausforderung.

Ausgetragen wird diese Konkurrenzschlacht der fünf größten EG-Automobilkonzerne auf dem Rücken der Automobilarbeiter. Wem gelingt es am besten und schnellsten, den Lohn der Automobilarbeiter zu drücken? Wer macht in der Steigerung der Ausbeutung den größten Fortschritt, durch Verlängerung des Arbeitstages bei dessen gleichzeitiger Intensivierung? Wer schafft es, die Schichtarbeit weiter auszudehnen und das Akkordsystem weiter auszufeilen? Wer erreicht die Steigerung des Waren- und Kapitalexports gegen seinen Konkurrenten und schafft es dazu, in dem Inlandsmarkt seines Konkurrenten Fuß zu fassen?

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Automobilindustrie
in Stunden

	Großbritannien	Italien	Frankreich	BRD
1972	42,0	39,2	43,7	42,3
1973	43,0	41,7	43,1	41,8
1974	42,3	40,6	42,3	38,7
1975	40,9	40,9	41,6	41,7
1976	42,4	41,4	41,4	42,2

Quelle: Eurostat, Statistisches Amt der EG

PKW-Jahresproduktion 1977
in Stück auf je 100 Beschäftigte

British Leyland	Fiat	Renault	VW
569	851	1628	1368

„In Westeuropa konnte vor allem die französische Automobilindustrie ihre Produktion steigern ... Großbritannien und Italien verloren demgegenüber an Boden. Der Produktionsanstieg in der Bundesrepublik wurde durch den Anstieg des Wechselkurses der DM und das hohe Lohnkostenniveau auf 7% begrenzt. Immerhin erreichten die deutschen Automobilhersteller 1977 mit 4,1 Millionen Fahrzeugen ihr bisher bestes Produktionsergebnis", vermerkt der Verband der Automobilindustrie (VDA) zur Situation der Automobilindustrie auf einer Pressekonferenz am 31.1.78.

Im vergangenen Jahr haben unter den führenden westeuropäischen Automobilkapitalisten die französischen Automobilkapitalisten mit Renault an der Spitze die größten Fortschritte in der Anwendung der Methoden der Schweißauspressung der Arbeiter erzielt und sich vor die westdeutschen Automobilkonzerne in Führung gesetzt.

Die westeuropäischen Automobilkapitalisten müssen ihre Produktion in großem Umfang weiter rationalisieren und konzentrieren und diese verschärfte Ausbeutung zur Grundlage neuer Expansion auf den europäischen und außereuropäischen Kontinent, insbesondere in die RGW-Länder, machen. „Die Ausfuhr ist das Gebiet, auf dem es noch ein nennenswertes Wachstum geben könnte, wenn auch die Schwierigkeiten, deutsche Wagen ins Ausland zu verkaufen, wegen der hohen Produktionskosten und der ungünstigen Wechselkurse immer größer werden", konstatiert VDA-Präsident von Brunn.

Die Investitionen der westdeutschen Automobilkapitalisten sind 1977 um 50% gestiegen und sollen 1978 nochmals um 40% auf 5,8 Milliarden DM gesteigert werden. 160 Millionen aus Steuergeldern will der Haushaltsausschuß des Bundestages den VW-Kapitalisten zustecken und damit die Grundlagen für eine großangelegte Waren- und Kapitalexportoffensive schaffen. Durch die Verlagerung der Käfer-Produktion nach Mexiko konnte VW die Produktionskosten um 1000 DM je Stück senken.

Edwards, der „Macher" des Automobilkonzerns British Leyland, hält Investitionen von 3,6 Milliarden DM für notwendig, um mit der Serienproduktion eines neuen „Mini", die 1980 beginnen soll, „trotz aller verplemperten Zeit" noch Anschluß zu finden und vor allem erfolgreich mit dem VW „Golf" in Konkurrenz zu treten.

„Umsatz bedeutet Arbeitsplätze, Streik vernichtet beides", so führte sich Edwards bei British Leyland ein und eröffnete das Kampfprogramm der Kapitalisten gegen die Leyland-Arbeiter. Zunächst sollen 12000 Arbeiter, am Ende knapp 40000 Arbeiter entlassen werden. Etwa doppelt so vielen Arbeitern in den Leyland-Zulieferbetrieben droht die Entlassung. Mit diesem Kampfprogramm gegen die Automobilarbeiter finden die Leyland-Kapitalisten in der sozialdemokratischen Labour-Regierung bedingungslose Unterstützung. „Minister des Kabinetts Callaghan vermuten, daß britische Wähler der jahrelangen Querelen und monatelangen Streiks (seit Monaten ruht die Arbeit im British-Leyland-Werk Speke und damit die Produktion des in Amerika erfolgreichen Triumph-Sportwagens TR 7) müde sind und ihre Steuergelder sinnvoller eingesetzt sehen wollen", schreibt der „Spiegel" nicht ohne einen Seitenhieb auf die sich im Lohnkampf befindlichen Arbeiter des VW-Konzerns, an dem der Bund mit 20% beteiligt ist.

Tatsächlich werden in jedem Lohnkampf die Bewegungen unter den Automobilarbeitern von den übrigen Abteilungen der Arbeiterklasse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Jahresumsatzmäßig hat die Automobilindustrie inzwischen das Umsatzvolumen der Maschinenbauindustrie erreicht und ist die führende Industriebranche der westdeutschen Monopolbourgeoisie in der Expansion gegen die imperialistische Konkurrenz. Streiken die Automobilarbeiter, setzen sie von Anfang an die gesamte Kapitalistenklasse auf den Plan, für die jeder Tag, an dem die Maschinen stillstehen, Profitschmälerung und Rückfall gegenüber der imperialistischen Konkurrenz bedeutet. Durch einen Streik der Automobilarbeiter werden wesentliche Industriebranchen der westdeutschen Imperialisten wie die Maschinenbau-, Elektro- und Stahlindustrie unmittelbar betroffen. Das verbessert die Kampfbedingungen für die Arbeiter in diesen Branchen gegen die Kapitalisten und verbessert die Bedingungen für den organisatorischen und politischen Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse. Die Automobilkapitalisten wollen eine neue Welle der Exportoffensive starten und ihre Konkurrenz untereinander in die Konkurrenz der unter ihrem Kommando arbeitenden Arbeiterheere verwandeln. VW-Arbeiter gegen Leyland-Arbeiter, Renault-Arbeiter gegen Fiat-Arbeiter usw. So wollen sie wenigstens ihren Wünschen nach die Konkurrenzschlachten für sich entscheiden. Mit der demagogischen Losung „Produktionssteigerungen sichern Arbeitsplätze" verlangen die Automobilkapitalisten von den Arbeitern die Unterwerfung unter ihr Expansionsprogramm, das für die Arbeiter Lohnsenkungen, Entlassungen und Zerstörung ihrer Arbeitskraft bis zum Tod vorsieht.

Neben der Regierungssozialdemokratie haben die Automobilkapitalisten in der Gewerkschaftssozialdemokratie ihre zuverlässigsten Stützen bei der Durchsetzung ihres Expansionsprogramms. „Aber nur, weil es sicherlich auch die letzte Chance ist, die der Konzern besitzt", sagte ein sozialdemokratischer Betriebsrat zu den Plänen der Leyland-Kapitalisten. So erhoffen die Automobilkapitalisten über die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Unterwerfung der Automobilarbeiter hinzukriegen. Sicher ist, daß die am Dienstag beginnende Urabstimmung der organisierten westdeutschen Metallarbeiter über Streik überwältigende Zustimmung finden wird, was Gegenteiliges bewirken wird. – (Z-Red.)

Die Zahl gibt jeweils die Zulassungszahl 1976 in 1000 an. Großbritannien nur die Jahre 1973-1976. Die Reihenfolge der Konzerne ist in Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Italien jeweils immer VW, Renault, British Leyland, Fiat. (Quelle: Tatsachen und Kennziffern aus der Kraftfahrzeugwirtschaft, VdA)

Ein Streik bei Teves – Folgen für alle europäischen Automobilkonzerne

Gifhorn. Anläßlich der Inbetriebnahme eines neuen Elektroschmelzofens bei der Firma Teves in Gifhorn erklärte der Direktor Bachmann: „Weitere Rationalisierungen seien aufgrund eines durch Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer dramatisch zugespitzten Wettbewerbs notwendig", damit Teves seine vorherrschende Marktposition in Europa halten könne. Teves, das zum amerikanischen ITT-Konzern gehört, liefert Bremsen an alle europäischen Automobilkonzerne, hauptsächlich an VW, Opel, Ford, Renault und Chrysler. Erreicht wurde die „marktbeherrschende Position" durch Entlassung von über 1000 der ca. 3000 Arbeiter im Jahre 1975 und indem die Arbeiter an uralten Maschinen zu Höchstleistungen getrieben wurden. Haupthebel der ITT-Kapitalisten ist dazu ein Prämienlohnsystem. An allen Produktionsanlagen, selbst an den Gabelstaplern, ist eine Art Fahrtenschreiber angebracht, der jeden Stillstand registriert. Auf jede Maschine werden Ausfallzeiten für Werkzeugwechsel etc. berechnet. Wird die Ausfallzeit überschritten, so erhalten die Arbeiter Lohnabzug bis zu 1 DM die Stunde. Die Schutzvorrichtungen an den Maschinen sind völlig unzureichend. Da hauptsächlich Grauguß bearbeitet wird, müssen die Arbeiter den ganzen Tag Staub schlucken. Einen Betriebsarzt gibt es überhaupt nicht. Um die Konkurrenz um ausbeutbare Arbeitskraft im Raum Wolfsburg/Gifhorn einzuschränken, gibt es zwischen dem VW-Konzern und Teves Verträge, wonach kein Arbeiter bei dem einen Betrieb eingestellt wird, der noch vor weniger als 6 Monaten bei dem anderen gearbeitet hat. Diese Maßnahme soll gleichzeitig die Konkurrenz zwischen den Arbeitern schüren, denn die Arbeiter bei Teves werden nach dem viel niedrigeren Metalltarif Niedersachsen bezahlt. Trotzdem ist es den Arbeitern immer wieder gelungen, diese Absicht zu durchbrechen. Als die VW-Arbeiter 1973 eine Teuerungszulage erkämpft hatten, traten kurz darauf die Arbeiter bei Teves in den Streik und konnten sich ebenfalls durchsetzen. Die ITT-Kapitalisten können keine langen Streiks durchhalten, denn sie haben keine Fertigteillager. Die Tagesproduktion wird sofort verladen und per LKW und Bahn verschickt. Das können die Arbeiter auch in diesem Tarifkampf nutzen. Seit Weihnachten müssen die Arbeiter jeden Sonnabend drei Schichten arbeiten. Bei den letzten Verhandlungen über neue Sonderschichten mußte der Teves-Vorstand gegenüber dem Betriebsrat herauslassen, daß auch die Automobilkapitalisten aufgrund des hohen Absatzes kaum Lagerbestände an Bremsen hätten. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Jugendvertrauensleute gegen 4%-Abschluß

Salzgitter. Am 27.2. sprach sich der Jugendvertrauensleutekörper P & S, Werk Salzgitter, gegen die 4% des Stahlabschlusses von Nordrhein-Westfalen aus und für 50 DM, also keine Prozente für die Lehrlinge.

Am letzten Freitag hat der Vorstand von P & S in den Lohnverhandlungen ein erstes Angebot gemacht. 4% Erhöhung ab 1. Mai will er den Arbeitern zahlen. Die Verhandlungen sind auf den 4.3. vertagt.

Tarifverhandlungen gescheitert

Westberlin. Am 1.3. hat der Hauptvorstand der IG Metall beschlossen, die Tarifverhandlungen in Westberlin für gescheitert zu erklären und die Schlichtung zu beantragen. Das will die Ortsverwaltung am 7.3. tun.

Tarifkommission beantragt Scheitern der Verhandlungen

Hamburg. Auf ihrer Sitzung am 1.3. in Hamburg haben die norddeutschen Tarifkommissionen einstimmig beschlossen, bei dem Hauptvorstand der IGM das Scheitern der Verhandlungen zu beantragen. Der Antrag, nicht in die Schlichtung zu gehen, sondern mit Schwerpunktstreiks zu beginnen, wurde nicht gebilligt. Beschlossen wurde für den Nordverbund, in die Schlichtung zu gehen.

Tarifvertrag Sanitärtechnik

Hamburg. Für den Tarifbereich Sanitärtechnik hat die IGM Hamburg folgenden Tarifvertrag abgeschlossen: Ecklohnerhöhung um 0,61 DM auf 11,26 DM. Entsprechende Erhöhung der Gehälter um 5,7%. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 15 DM (1. Lehrjahr).

Warnstreiks bei Ford

Köln. Am 1.3. haben die Arbeiter der Frühschicht in den Abteilungen Fertigmontage, Rohkarosseriebau, Näherei, Kleberei, Lackiererei und Kleinteile gestreikt. Nach Angaben der IGM beteiligten sich 7500 Arbeiter an dem eineinhalbstündigen Streik. Die streikenden Arbeiter richteten an den Personaldirektor Bergemann, der gleichzeitig Präsident des Automobilkapitalistenverbandes ist, die Aufforderung nach einem hohen Angebot.

Am 2.3. sind 2000 bis 3000 Arbeiter bei Ford wiederum für drei Stunden in den Streik getreten, Vertrauensleutekörper und Betriebsrat haben beschlossen, Überstunden zu verweigern. Auf der Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle am 2.3. wurde einstimmig beschlossen, den streikenden Druckarbeitern eine Solidaritätserklärung zu schicken und den Ortsvorstand aufzufordern, Kampfaktionen wie eine öffentliche Kundgebung, Demonstrationen und den Sternmarsch durchzuführen.

Wuppertal: Streiks gegen 3,5%-Angebot

Wuppertal. Am Freitag, den 24.2. streikten insgesamt ca. 5000 Metallarbeiter aus den Betrieben Ackermann, Kugelfischer, Hakoba, Erbstloch, Spät und Happich für eine halbe bis eine Stunde. Bei Happich behaupteten die Kapitalisten, die Belüftung sei defekt, um zu verhindern, daß sich die Arbeitsniederlegung auf alle Abteilungen ausweitete. Montag und Dienstag streikten die Arbeiter der Erbstloch-Aluminium-Wallraf Pressewerke erneut im Werk Velbert Mevigges gegen das 3,5%-Angebot der Metallkapitalisten. Die ca. 1000 Arbeiter legten im ganzen Werk auch in den kleinen Abteilungen und Handwerksbetrieben für eine Stunde die Arbeit nieder.

Zusätzliche Besetzung der Akkordgruppe durchgesetzt

Braunschweig, AEG-Telefunken. Am 28.2. sind 5 Arbeiterinnen von den Kaschiermaschinen zum Betriebsrat gegangen und haben in den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung erreicht, daß erstens eine Arbeiterin mehr in die Akkordgruppe kommt, zweitens die Maschine nicht mehr von der Akkordgruppe, sondern von einem neu vorgesehenen Einrichter eingerichtet wird. Drittens die Akkordabrechnungen den Arbeitern täglich offengelegt werden. Weiter haben die Arbeiter verlangt, daß Buch geführt wird über die tatsächlichen Stillstandszeiten für das Einrichten der Maschinen usw., um eine Erhöhung der Vorgabezeiten für diese Arbeiten zu erreichen. Diese Vorgabezeiten sind den Arbeitern seit Mitte Februar gestrichen worden, was eine Lohnsenkung von ca. 125% auf 100% zur Folge hatte.

Tarifkommission stimmte 4%-Abschluß zu

Osnabrück. Am Donnerstag, dem 23.2., stimmten die 22 Tarifkommissionsmitglieder für Klöckner Osnabrück und Georgsmarienhütte dem 4%-Abschluß ab 1.11.1977 zu. Gegen den Abschluß der 4% stimmten 48,2% der Anwesenden.

schluß der 4% stimmten 48,2% der Anwesenden.

Schlichtungskalender

Hannover. Am 23.2.: Scheitern wird erklärt gemäß § 1.

Vom 24.2. bis einschließlich 27.2. gemeinsame Anrufung der Schlichtungsstelle gemäß § 1 Abs. 4.

Vom 28.2. bis einschließlich 1.3.: einseitige Anrufung durch eine der Tarifvertragsparteien gemäß § 1.

Vom 2.3. bis einschließlich 6.3.: Unterrichtung der Vorsitzenden gemäß § 3 Abs. 1 sowie Benennung der Parteienbeisitzer gemäß § 3 Abs. 2.

Vom 7.3. bis einschließlich 9.3.: Zusammentreten der Schlichtungsstelle gemäß § 3 Abs. 2.

Vom 10.3. bis einsschließlich 15.3.: Einigungsvorschlag gemäß § 6 Abs. 1.

Vom 16.3. bis einschließlich 18.3.: mögliche Verlängerung der Frist zur Vorlage des Einigungsvorschlages gemäß § 6 Abs. 1.

Vom 20.3. bis einschließlich 28.3.: Frist zur Annahme oder Ablehnung des Einigungsvorschlages gemäß § 6 Abs. 2.

Die Mindestfrist des Schlichtungsverfahrens beträgt 21 Werktage, die Höchstfrist des Schlichtungsverfahrens 26 Werktage. Schlichter ist Kurt Kartsch (SPD), ehemaliger Sozialminister in Niedersachsen.

Tarifabschluß im Elektrohandwerk

Hamburg. Im Elektrohandwerk Hamburg wurde von der IGM ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 31.12.78 mit folgenden Punkten gilt: 1. neue Lohngruppenstruktur: 9 Lohngruppen wurden durch die Sozialdemokraten geschaffen. Durch Neugruppierung bekommen die Arbeiter zwischen 0 und 5% mehr. Der Tarifvertrag gilt weiterhin nicht für die Lehrlinge.

Mai-Vorbereitung der IG Metall

Hamburg. Die sozialdemokratische Ortsverwaltung hat Beschlüsse für die Vorbereitung des 1. Mai gefaßt und die Durchführung einer DGB-Maidemonstration beschlossen.

In **Westberlin** hat die Westberliner 11. ordentliche Landesbezirkskonferenz des DGB beschlossen, daß auf der Kundgebung am 1. Mai Betriebsräte, Personalräte, Jugendvertreter und ein DGB-Vertreter reden sollen.

Haack: „Das Mietrecht lockern, die Sozialmieten korrigieren"

Der neue Bauminister will sich bewähren

Nach oben versteht sich. Den Abgang Ravens aus der Ministerrunde in Bonn kommentierte die „FAZ" damit, daß das an der Zeit war und betonte, was das Finanzkapital von dem neuen Mann erwartet: „Ähnlich wie Leber scheidet ein aufrechter Sozialdemokrat von der Bonner Bühne, der in letzter Zeit ohne Fortune (glücklos, Red.) operierte."

Das zielt auf den Fehlschlag mit dem Energiesparprogramm und die längst fälligen, von Ravens aber nicht zustandegebrachten Bereinigungen ausufernder Reformpolitik ab. „Er hat einem beispiellosen Niedergang des gewerblichen Wohnungsbaus ohnmächtig zugesehen und die überhandnehmende Gesetzes- und Verordnungsflut nicht stoppen können. Auf den neuen Hausherrn, Ravens Parlamentarischen Staatssekretär Dieter Haack, warten also eine Fülle von Aufgaben. Seine große Chance: Er kann dem System der freien Preise, abgesichert durch einen sozialen Ausgleich zum Durchbruch verhelfen" (FAZ, 11.2.).

„Die Zeiten, da möglichst viele Wohnungen aus dem Boden gestampft und zu behördlich fixierten Preisen verteilt werden mußten, sind vorbei, eine Wohnungsgesetzgebung, die immer noch vom Leitbild des raffgierigen Hausbesitzers ausgeht, ist überholt" und dafür verantwortlich, „daß heute kein vernünftiger Mensch mehr freifinanzierte Mietwohnungen bauen will", heißt es weiter.

Sicher ist, daß für die Statistik über Wohnraum jedes Loch unter Wohnung firmiert, wie es auch stimmt, daß eine Reihe von Wohnungen leerstehen, aber wie die Bourgeoisie selber zugeben muß, sind sie nicht loszuschlagen, weil die Massen sie nicht zahlen können. Umsomehr schmerzt, daß es für die Massen zuviel Wohnraum gibt, für den die Regelungen über Mietfestsetzung bei „Sozialwohnungen" sowie die brüchigen Bestimmungen des geltenden Mietrechts noch gewisse Schranken bilden für den ungehinderten Zugriff der Hausbesitzer auf die Mieten.

Haack, „versierter Jurist", Mitglied im Verwaltungsausschuß der Rummelsburger Anstalten der Inneren Mission und als Staatssekretär im Bauministerium vertraut mit der Materie, weiß, wie man, gestützt auf christliche Nächstenliebe, den Profitinteressen Gerechtigkeit verschafft.

Das Mietrecht soll „gelockert" werden. So das umständliche Verfahren, daß der Hausbesitzer für Mieterhöhung die Zustimmung des Mieters beantragen muß, was immerhin vier Monate dauern kann, bis er sich damit durchsetzt. Verzögerungen von Räumungsklagen bis zu einem Jahr, selbst bei Mietschulden. Und, wenn der Mieter einen Richter findet, der bestätigt, daß die Kündigung aus der Wohnung eine unzumutbare Härte bedeutet – was selten vorkommt – nochmal Hürden für die Einstreichung von höherem Mietzins, das geht aufs Gemüt, d.h. die Investitionslust für solch risikoreiche Kapitalanlage. Ähnlich verhält es sich bei den Sozialmieten. Bis die Baukosten, finanziert aus Steuergeldern, über die Mieten wieder eingebracht sind und dann noch 10 Jahre, heißt es im Gesetz, muß die Miethöhe nach den Baukosten und den laufenden Kosten berechnet werden – nicht selten kommen da schon qm-Preise von 10 DM und mehr zustande, aber was ist das schon! Haack will diese Mietberechnung „entzerren" und die „einkommensabhängige Wohnwertmiete", von der CDU schon seit Jahren angesteuert, sowie eine „Fehlbelegungsabgabe" einführen, das beseitigt die lästigen Obergrenzen.

Weil er von christlicher Gesinnung ist, verspricht er Ausgleich für die „Armen und Kinderreichen" durch Erhöhung des Wohngeldes. 1,67 Mio. Wohngeldempfänger gibt es bereits. Ihre Zahl zu steigern schafft einen zusätzlichen Hebel zur Schikanierung und Unterdrückung der Massen. Daß solche Maßnahmen nicht ohne Auswirkungen auf den Lohnkampf bleiben, sieht dieser ausgekochte Bourgeois, er will sich für die Ausführung dieser Pläne mit Lambsdorff absprechen, der sich mit allen Mitteln bereits für weitere Lohnsenkungen für das Finanzkapital in die Riemen gelegt hat. – (N-Red.)

Berufsschüler setzen Veranstaltung zum Tarifkampf durch

Hamburg. Auf Beschluß des Schülerrats der Gewerbeschule 16 (Feinwerk, Zeitmeß- und Nachrichtentechnik) findet am Mittwoch, 8.3., um 19 Uhr in der Kantine der Museumsstraße 19 eine Veranstaltung zum Tarifkampf statt. Die Veranstaltung soll sich gegen die 3%-Provokation der Kapitalisten richten und ist als Informations- und Diskussionsveranstaltung geplant, zu der der Schülerrat alle Berufsschüler einlädt.

Die Branchengruppe E-Handwerk der IGM, Jugendvertreter der AEG und Mitglieder des Ortsjugendausschusses der IGM, unterstützen die Veranstaltung. Die Schülerzeitungg „Zange" ruft dazu auf. Sie ist immer noch verboten. Die Schulleitungen mußten die Versammlungen genehmigen.

Baukapitalisten fordern massives Ausplünderungsprogramm

Haack soll es durchsetzen

Manche glauben es vielleicht nicht, aber tatsächlich treffen die noch zersplitterten und gespaltenen Kämpfe der Massen gegen den Bau von Kernkraftwerken, Autobahnen, Müllverbrennungsanlagen etc. die Bourgeoisie schon heute empfindlich. 25 Mrd. DM Verlust annoncierte kürzlich das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft über das ZDF aufgrund der Aktivitäten von Bürgerinitiativen, die Baustopps, -aufschübe und -auflagen erzwängen. Kämpfe entwickeln sich zunehmend mehr, nicht nur gegen den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken, sondern auch gegen verschiedenste Bauvorhaben der Bourgeoisie. In Hamburg, Westberlin, Hannover und anderen Städten wird der Bau von Autobahnen im Kahlschlag durch ganze Stadtviertel seit Jahren bekämpft. Arbeiter und Angestellte, die Kleingärten gepachtet haben, wehren sich, das bißchen Reproduktionsfläche, das sie sich ergattert haben, für den Bau von Fabriken, Straßen, Bürohochhäuser etc. für die Kapitalisten freizugeben. In Bremen hat sich im sogenannten Demonstrativbaugebiet Osterholz-Tenerver eine Initiative gegen die massenfeindliche Siedlungsanlage, als Ghetto bezeichnet, gebildet, die u.a. den Einbau von Lärmschutzanlagen verlangt. Auf der anderen Seite hat schon bald jede größere Stadt ihre Bauruine, Denkmäler für die Verkommenheit und Profitsucht der Kapitalisten, die gewaltige Subventionen aus der Ausplünderung der Volksmassen ziehen und dafür Wohnungen bauen, die die Massen nicht zahlen können und leerstehen, Bürohochhäuser, die niemand haben will und jahrelang vor sich hin verrotten wie bis vor kurzem der Steglitzer Kreisel in Westberlin, wo gebaut und wieder abgerissen wird, weil dieses und jenes vergessen wurde, usw. usf. Solche „Pannen" werden den Baukapitalisten mit Subventionen und Bürgschaften über den Staat bezahlt. Was sie verbittert, sind die Verzögerungen und Auflagen, die ihnen die Massen abringen. Sie fordern, daß das abgestellt wird und ihr „Risiko" durch verschärfte Ausplünderung der Massen über Steuern und Mieten bezahlt wird.

Sie brauchen Kapital für Rationalisierungsinvestitionen.

1974 habe die „schwerste Baukrise der Nachkriegszeit" eingesetzt, von der es gerade zur Zeit erst wieder die ersten Erholungstendenzen gebe, hatte der inzwischen abgesetzte Bundesbauminister Ravens auf der Baumesse Constructa Ende Februar vermeldet. In den letzten drei Jahren wurden über 400000 Arbeiter entlassen, etwa ein Viertel der Gesamtzahl aller Bauarbeiter, das Produktionsvolumen dagegen wurde im letzten Jahr um 5,2% erhöht. Die Kapazitäten waren 1977 nur zu 60% ausgelastet. Massenhaft wurden kleinere und mittlere Kapitale vernichtet und von den großen Baukapitalisten geschluckt (1976 wurden 1436 Konkurse beantragt).

Die großen Baukonzerne haben über verschärfte Ausbeutung, Kapitalexport und Auslandsaufträge ihre Profite weiter gesteigert. „Milliardenrausch im Auslandsbau" heißt es im „Hoch- und Tiefbau" 12/76, der Fachzeitschrift der Bauwirtschaft, und als Beispiele werden angeführt: die Philipp Holzmann AG, der größte westdeutsche Baukonzern mit der Deutschen Bank im Aufsichtsrat, verfügt über einen Stand von Auslandsaufträgen von nahezu 4,5 Mrd. DM und baut u.a. den Handelshafen Damman in Saudi-Arabien aus und ein Hospital in Riad. Hochtief, der zweitgrößte Konzern mit der Commerzbank und den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) im Aufsichtsrat, das wiederum von der Deutschen Bank, der Commerzbank, der Dresdner Bank, der Bank für Gemeinwirtschaft usw. beherrscht wird, baut den internationalen Flughafen Jeddah und den Handelshafen Jubail in Saudi-Arabien, zwei Kernkraftwerke im Iran, ein Stahlwerk in Venezuela, ein Hotel in Johannesburg, eine Wasserversorgungsleitung und eine U-Bahn in Hongkong etc.

Die Baukapitalisten brauchen Kapital für Rationalisierung und Produktionsumwälzung, um die internationale Konkurrenz ausstechen zu können. Schon im „Landesentwicklungsplan Niedersachsen 1985" aus dem Jahre 1973 heißt es, daß eine Ursache der Strukturkrise im Baugewerbe die geringe Produktivitätssteigerung im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen sei. Die Industrialisierung z.B. des Wohnungsbaus sei unumgänglich. So ist der Anteil der „großen Serie" in der Fertigteilproduktion von 1970 bis 1975 von 6,8% auf 9,4% gestiegen.

Auf der Constructa war das große Thema „Energieeinsparung", wovon sich die Baukapitalisten eine Senkung der Investitions- und Betriebskosten bis zu 40% versprechen. Gezeigt wurde u.a. Kalksteinmauerwerk mit Thermohaut, Fertigteile in Bimsbaustoff, die besser isolieren, Fassadenverkleidung mit Kunststoff wie Styropor oder Glasfaser zur Wärmedämmung etc. Umso vergrätzter sind die Baukapitalisten über die glücklose Operation von Ravens, der sich das sogenannte Energiesparprogramm, was eine 25%ige Investitionszulage für energiesparende Baumaßnahmen vorsah, durch Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht verpatzen ließ, der die Zustimmung im Bundesrat verweigerte. Die Bundesregierung hatte sich die nötige Finanzquelle für diese zusätzlichen Subventionen schon aufgetan: die Erhöhung der Mineralölsteuer. Die Länder sollten zusehen, wie sie sich eine weitere Ausplünderungsquelle erschließen. Albrecht bockte gegen die Sozialliberalen. Die Baukapitalisten wüten über die verlorene Zeit, die sie Geld, Kapital, Profit kostet. Sie halten eine Latte von Ausplünderungs- und Unterdrückungsmaßnahmen für erforderlich und dringlich.

Konsum- und Sozialabstriche, stattdessen Investitionen.

Ein Teil der Rationalisierungsprogramme in der Bauindustrie wird über die sogenannten Zukunftsinvestitionsprogramme von Bund und Ländern vorangetrieben, wo sie mit entsprechendem Kapitaleinsatz, minimalen Kosten für die Baukapitalisten über hohe staatliche Investitionen und Zwangsarbeit die Arbeiter – über die ABM-Programme getestet – durchgesetzt werden sollen.

Die Baukapitalisten nehmen, was sie kriegen, höhnen jedoch, dies sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zuwenig Markt und zuviel Staat hemme seit Jahr und Tag die Investitionen. Nicht die private Nachfrage bestimme das Bauangebot, sondern die Investitionsquoten von Bund und Ländern, die zudem laufend zurückgingen (von 1973 bis 1977 von 18,1% auf 12,7% des Staatshaushaltes). Sie fordern: Senkung ihrer Steuern und Erhöhung der indirekten Steuern, Beschleunigung der Baugenehmingungsverfahren und „Entbürokratisierung" (in Schleswig-Holstein sollen 50% der Stellen in den Baubehörden gestrichen werden), Durchsetzung des „Systems der freien Preise" bei den Mieten, Abstellen von Schwarzarbeit, um das Arbeitslosenheer tatsächlich als industrielle Reservearmee voll zur Verfügung zu haben, z.B. für die ABM-Programme in sogenannten Demonstrativbauvorhaben, und schließlich und v.a. solle der Schwerpunkt von der konsumtiven zur produktiven Verwendung des Sozialprodukts verlagert werden; sprich, die Sozialversicherungsgelder sollen z.B. nicht „unproduktiv" von den Arbeitern in Anspruch genommen werden, sondern „produktiv" vom Kapital vernutzt werden, der Lohn nicht „unproduktiv" vom Arbeiter verbraucht, sondern zumindest z.T. als „Vermögensbildung" wieder in den Geldsack der Kapitalisten zurückfließen, usw.

Die Bauarbeiter stehen im Kampf um den Lohn, für mehr Urlaub, 30% mehr Urlaubsgeld, Erhöhung der Kündigungsfristen von sechs auf 12 Tage und Auszahlung von Fahrgeld für Fahrtên zwischen Baunternehmen und Bauplatz. Ihr Kampf und die Kämpfe der Massen gegen die Baupläne der Imperialisten können sich gegenseitig unterstützen. – (N-Red.)

Kriminaltango

DIE WELT - Nr. 50 -

Revue-Star

DW. **Kiel**

Der „kühle Klare aus dem Norden", wie ihn keiner kennt. Als Schirmherr war der schleswig-holsteinische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Gerhard Stoltenberg in die Kieler Ostseehalle zum Galaabend der Sparkassen des Landes gekommen, auf dem die 16. Prämiensparverlosung gefeiert werden sollte.

Der Ministerpräsident mit Stock und Zylinder steppte über die Bühne, hauchte dem Revuestar Freundliches ins Ohr (und ins Mikrophon) und ließ es sich nicht nehmen, ihr bei ihren Chansonvortrag den nötigen Halt zu geben. Schlußpunkt der Sondernummer: Zusammen mit Landesbankdirektor Konsul Gerhard Sobich trug er die Charell von der Bühne.

„Wohngeld", ein Beitrag zur sozialen Sicherheit?

Seit Inkrafttreten des verschärften § 218 versucht der bürgerliche Staat die Arbeiterklasse und das Volk in seine Fänge zu locken. Bei der Pro Familia in Hannover waren 1977 63 Schulklassen, hauptsächlich aus Haupt- und Berufsschulen. Sie wurden von der Pro Familia eingeladen, so die Sozialarbeiterin, damit sie auch gleich wissen, wo die Pro Familia ist, dass man ihnen dort Hilfen bieten könne, und sie feststellen, dass es dort ganz heimelig ist, wissenschaftlich, damit sie ihre „Schwellenangst" überwinden.

Die staatlichen „Hilfen", die in den Überwachungsstellen als ein „Faß ohne Boden" gepriesen werden, bedeuten reine Unterdrückung, denn der Arbeiterklasse und dem Volk soll in die Köpfe gepreßt werden, daß es ihre eigene Schuld ist, daß sie kein Kind großziehen können und als Almosenempfänger völlig unter Staatsaufsicht stehen.

Eine dieser Hilfen ist das Wohngeld. „Gerade in schwierigen Zeiten hat sich das Wohngeld bewährt und einen verläßlichen Beitrag zur sozialen Sicherheit in unsrem Lande geleistet." (Der ehemalige Bundesminister Ravens in „Wohngeld '78") Dieser „Beitrag zur sozialen Sicherheit" stellt sich folgendermaßen dar: Ein 26 Jahre alter Soldat, W 15, der schon länger in seinem Beruf gearbeitet hatte, bekommt für die Zeit, die er bei der Bundeswehr sein muß, kein Wohngeld für die Wohnung, in der er mit seiner Freundin wohnt. Dies mit der Begründung, er brauche ja keine Miete zu zahlen, da er in der Kaserne wohne. Eine Rentnerin in Nienburg bekommt 396,10 DM Rente im Monat. Die Sozialhilfe wurde ihr nach der „Rentenanpassung" gestrichen, da sie 30 DM über den Sozialhilfesatz hinaus bekomme. 108 DM kriegt sie Wohngeld, für eine Ein-Zimmer-Wohnung, die 180 DM plus 20 DM Strom kostet. 100 DM muß sie selber für die Miete aufbringen.

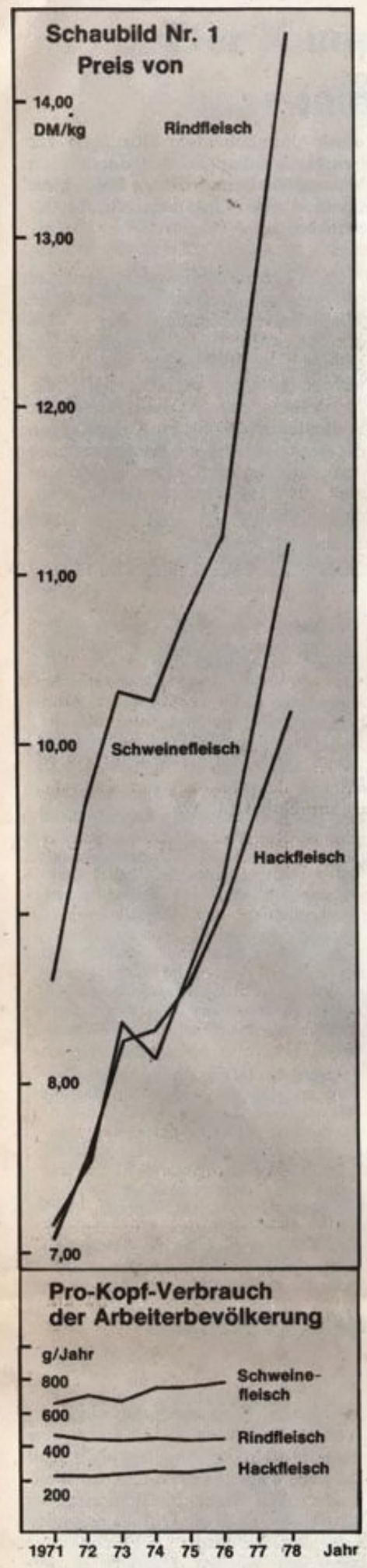
Umfangreiche Anträge und Formulare müssen für einen Wohngeldantrag ausgefüllt werden, Einkommensbescheinigung, Rentenbescheinigung, Mietbescheiningung, Meldebescheinigung u. a. m. müssen rangeschafft werden. Das ist nicht gerade einfach. Bei der Kali-Chemie AG stellt der Prokurist keine Gehaltsbescheinigungen mehr aus, mit der Begründung: „. . . die Leute sollen damit nicht mehr so oft zum Sozialamt laufen!" Auffällig sind die ständigen Fragen nach anderen „Einkommensquellen". So nach Verwandten, Untermietern, eventuellen zusätzlichen Renten usw. Tage und Wochen dauert es, ehe ein solcher Antrag mit allen Bescheinigungen beim Amt für Wohnungswesen eingereicht werden kann. Werden Bescheinigungen nicht pünktlich eingereicht, hat das Wohnungsamt die Möglichkeit, beim Vermieter oder beim Arbeitsamt über den Antragsteller Auskünfte einzuziehen. Das Geld bekommt man dann frühestens nach 2 Monaten. Jedes Jahr muß wieder solch ein Antrag ausgefüllt, die Bescheinigungen eingereicht werden, häufig sogar jedes halbe Jahr. „Haben Sie keine Angst vor den Wohngeldformularen. Die örtlichen Wohngeldstellen helfen Ihnen beim Ausfüllen." (Vorwort in der Wohnfibel der Bundesregierung)

In dieser Unterdrückungsinstitution sieht das dann so aus: „Sie müssen doch irgendwo noch eine Einkommensquelle haben, von so wenig Geld kann man doch gar nicht leben! Haben Sie Verwandte?" So wurde eine Rentnerin im Wohnungsamt Hannover dazu getrieben, zu berichten, daß sie jeden Samstag zum Flohmarkt gehe, um einige alte Sachen zu verkaufen. Nach dem Wohngeldgesetz muß dies als eine regelmäßige „Einkommensquelle" angegeben werden und wird mit angerechnet.

Die „Neue Heimat", die „Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft" und andere Baukapitalisten bieten billige Sozialwohnungen in Neubaugebieten an. Die Mieten für diese Wohnungen steigen in kürzester Zeit rasend schnell an. Familie K. aus Hannover hat 5 Kinder, der Vater bekam 1000 DM Lohn von den VW-Kapitalisten. 1971 mieteten sie eine Sozialwohnung bei der „Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft", 3 Zimmer für 290 DM im Monat. In regelmäßigen Abständen wurde die Miete erhöht, bis 1976 stieg sie bereits auf 530 DM. Diese Baukapitalisten teilen in ihren Mieterhöhungsschreiben mit, daß die Mieterhöhung doch nicht so schlimm sei, da ja ein höheres Wohngeld beantragt werden könne. Das ist eine unverschämte Lüge, da die hohen Mieten bereits die im Wohngeldgesetz festgelegten Miethöchstgrenzen überschreiten. Da Familie K. die hohe Miete nicht mehr aufbringen konnte, wurde sie per Räumungsklage zum Auszug gezwungen. Der bürgerliche Staat bot ihnen als „Hilfe" das Obdachlosenasyl an. Für eine solche Wohnung wie die der Familie K. schreibt das Wohngeldgesetz eine Miethöchstgrenze von 496 DM vor, d.h. der Mietzuschuß berechnet sich auf die 496 DM. Die Miete beträgt aber schon jetzt 530 DM. Eine weitere Erhöhung der Miete würde sich nicht auf ein höheres Wohngeld auswirken. Bei einem Nettolohn von 1000 DM beträgt das Wohngeld für die Familie K. 263 DM, gleich ob eine Miete von 530 DM oder 580 DM bezahlt werden müßte. Dieses Wohngeld ist schon fast eine Ausnahme, durchschnittlich gibt es 50 DM Wohngeldzuschuß.

Ob das Wohngeld nun finanziell Besserung bringt -oder nicht, der bürgerliche Staat schafft sich damit eine Möglichkeit, die Volksmassen auszuhorchen und zu bespitzeln. Die sozialliberale Regierung hat vor, großen Teilen der Arbeiterklasse den Lohn zu senken. Dazu veranstaltete Bundeskanzler Schmidt in Hannover eine SPD-Betriebsrätekonferenz, um die Betriebsräte auf die Regierungslinie einzuschwören, d.h. einen Streik zu verhindern. Massenweise soll die Arbeiterklasse als Almosenempfänger in eine völlig abhängige und rechtlose Lage gegenüber dem bürgerlichen Staat gepreßt werden. Einen ständigen Bittgang sollen die Familien der Arbeiterklasse und des Volkes durch die staatlichen Unterdrückungsinstitutionen tun, damit der bürgerliche Staat sie durch und durch unter seiner Kontrolle hat, das ist der „Beitrag zur sozialen Sicherheit" von der sozialliberalen Regierung. – (Zentraler Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218)

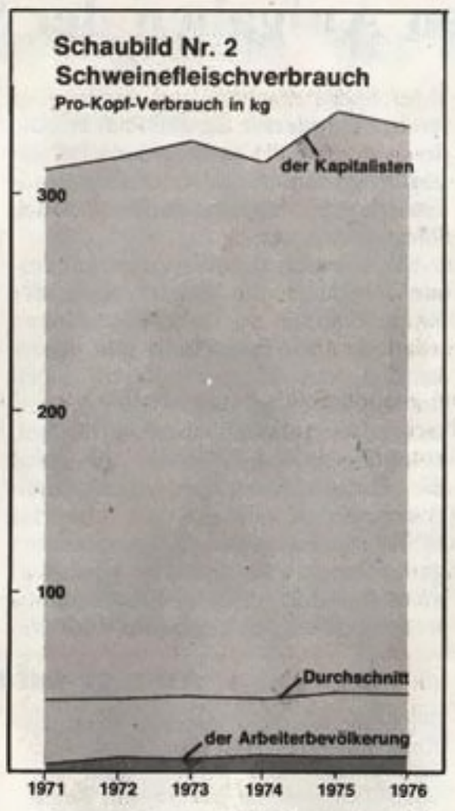
Das Mysterium der Preissteigerungsrate



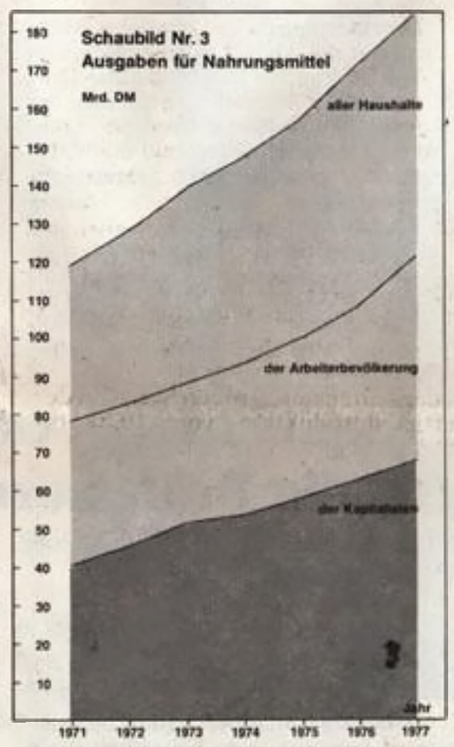
Selten sei sie so niedrig gewesen wie heute: die Preissteigerungsrate, 3,4%. Wir wollen es nicht abstreiten. Die Frage ist bloß, für *wen* und für die Preise *welcher* Waren? Die offizielle Preissteigerungsrate, vom Statistischen Bundesamt erhoben, zaubert die Bourgeoisie aus dem Durchschnitt aller Waren und deren Preise, egal ob Speck oder Holsteiner Katenschinken, ob Fleischwurst oder Rehrücken, ob Jeans oder Maßanzug, Pullover oder Pelz. Wenn es aber keinen Arbeiter gibt, dem Preissteigerungsraten für Waren, die er konsumiert, von 3,4% und darunter bekannt sind, muß es offensichtlich andere Waren auf anderem Markt mit einer solchen Rate geben. Wie käme es sonst zu dem vielgerühmten Durchschnitt? Der Durchschnitt ist kein Betrug, so etwas gibt es; und wenn man die Preissteigerungsraten bei den Waren des Arbeiterhaushaltes von nicht selten 10% und mehr anschaut, ahnt man schon, wie „preisstabil" dieser Markt sein muß. Wir haben in einem Delikatessengeschäft bei einer Verkäuferin nachgefragt. Der Preis für all die Luxuswaren, die die Kapitalisten ihrem empfindlichen Magen und verwöhnten Gaumen gönnen, ist nicht selten gesunken, im wesentlichen aber konstant geblieben. So kosten die Tiefseekrabben, 250 Gramm, soweit die Verkäuferin sich rückerinnert, 12,95 DM, Rehrücken, 1,85 kg, 50,00 DM und Steinpilzköpfe, 200 g, 18,50 DM.

Wie kann aber die zahlenmäßig so kleine Kapitalistenklasse, wenn auch ihre Schlemmereien nicht teurer werden, so auf den Durchschnitt drücken? Es liegt an dem gewaltigen Überkonsum dieser Parasiten. Wir haben den Schweinefleischverbrauch eines Kapitalisten berechnet: Runde 358 kg pro Jahr. Dem stehen *neun* Kilo pro Person und Jahr gegenüber, die auf dem Tisch der Arbeiterfamilie erscheinen. Dem Überkonsum der Kapitalistenklasse entspricht Unterkonsum bei den arbeitenden Massen. Von der Qualität dieses Schweinefleisches ganz abgesehen, denn zwischen Schweinelendchen und Schweinefleisch mit Knochen und Fett besteht offensichtlich ein Unterschied.

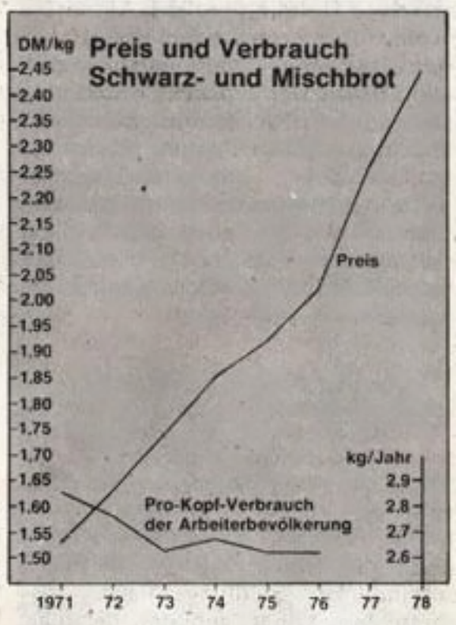
9 Kilogramm Schweinefleisch pro Arbeiter und Jahr machen 25 Gramm pro Tag. 8 Gramm Hackfleisch, 85 Gramm Brot, 0,16 Liter Milch, das sind einige der Tagesrationen, errechnet aus den „Ausgaben ausgewählter privater Haushalte" des Statistischen Bundesamtes, die beweisen, daß die Bourgeoisie die Lebensmittel für die Reproduktion der Arbeitskraft auf das Allernotwendigste herabgedrückt hat, während ihr Konsum keine Grenzen kennt (siehe Schaubild Nr. 2).



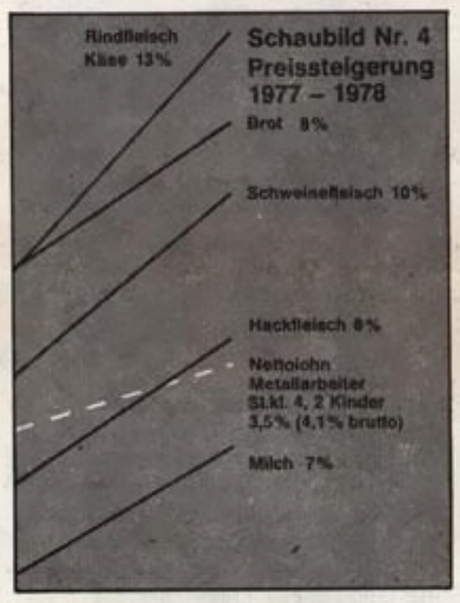
Untersucht man die Ausgaben für diese Lebensmittel, also die Geldseite, so steigen sowohl die Ausgaben der Kapitalisten als auch die Ausgaben der Arbeiterfamilien. Bloß sind die Gründe jeweils ganz verschiedener Natur. Die Ausgaben der Kapitalisten und ihres Anhangs sind gestiegen, weil ihre maßlose Verschwendung schier grenzenlos ist, die Ausgaben der Arbeiterfamilien, weil die von ihnen gekauften Waren um ein Vielfaches teurer geworden sind (siehe Schaubild 3).



Bei all dem ist noch nicht bedacht, daß die Preise für Waren, die die Arbeiter zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft brauchen, auch relativ steigen. Tritt an die Stelle einer Hose zu 78 DM, die nach einjährigem Tragen zerschlissen war, eine Hose zu 59,99 DM, die nach einem halben Jahr hinüber ist, dann ist der Preis dieser Hose um 54% gestiegen, denn 2 dieser Hosen im Jahr kosten 119,98 DM.



Die Auswirkungen dieser Preissteigerung kann man kaum schätzen, und wir haben sie nicht berücksichtigt beim Vergleich der Preissteigerung einiger Waren von 1977 auf 1978 mit der Steigerung des Nettotariflohns um 3,5% (siehe Schaubild 4), was einer Bruttoerhöhung von 4,1% entspräche. Wer behauptet, bei 3,5% Lohnerhöhung könne die Arbeiterklasse ihren Lebensstandard erhalten? – (Z-Red.)



Chemiekapitalisten: „Nullrunde und Vertrauen in das Innovationspotential sichert Zukunft"

Der Sprecher des Chemiekapitalistenverbandes, Seefelder, hat auf dem „traditionellen Dämmerschoppen" die Marschrichtung der westdeutschen Chemiemonopole für die nächsten Jahre entwickelt. Es ist die Marschrichtung gegen die Chemiearbeiter, um die internationale Konkurrenz niederzubügeln. Fazit des heftigen Konkurrenzkampfes 1977 ist laut Seefelder: „Wir stehen mit dem Rücken an der Wand und beginnen Wirkung zu zeigen." Der Grund dafür ist: „Ein mageres Exportplus von nur etwa 2 bis 3% zwingt uns zu kritischer Überprüfung unserer Wettbewerbssituation, zumal die ausländischen Wettbewerber aufgrund ihrer Kosten- und Währungsvorteile ihren Umsatz auf unseren Märkten um 5% steigern konnten. Im internationalen Wettbewerb werden wir immer härter bedrängt, wie wir immer deutlicher zu spüren bekommen. Eine Branche, die im Durchschnitt 40, in vielen wichtigen Bereichen aber 60 und 70% ihrer Produktion auf den Weltmärkten absetzen muß, reagiert naturgemäß sehr empfindlich auf Wettbewerbsveränderungen." Die ausländische Konkurrenz ist angetreten, die drei IG Farben Töchter Hoechst, Bayer und BASF von den drei vorderen Plätzen der Weltchemieindustrie zu verdrängen. So mußten die westdeutschen Chemiemonopole hinnehmen, daß die Konkurrenten 1977 Waren im Wert von 16,716 Mrd. DM auf dem westdeutschen Markt absetzen konnten. Das entspricht einer Steigerung gegenüber 76 von 4,6%.

Diese ungünstige Entwicklung und die niedrige Steigerungsrate im Export hat die Kapitalisten getroffen. Entscheidende Besserung erwarten sie durch Angriff auf den Reallohn der Arbeiter. „Wo liegen die Ursachen?" fragt Seefelder: „Ohne Zweifel zählt der starke Anstieg der Arbeitskosten dazu. In den Lohnkosten sind wir inzwischen internationaler Spitzenreiter. Aber lange werden wir uns diese Rolle nicht leisten können." Auf eine Frage eines Journalisten: „Welches sind nach Ihrer Meinung die geeigneten Maßnahmen, um diesem Dilemma zu entrinnen?" antwortet Seefelder: „Ich habe es bereits in Berlin gesagt: Nullrunde."

Die Chemiekapitalisten wissen genau, daß bloß neuerliche Steigerung des Waren- und Kapitalexports ihre Spitzenstellung in der Weltchemieproduktion sichern kann. Die neuerliche Exportoffensive können sie bloß einleiten, wenn sie ihre Waren nahezu konkurrenzlos auf den Weltmarkt werfen können, denn: „Erhebliche Probleme bereiten uns staatlich gelenkte, bzw. beeinflußte Unternehmen, insbesondere bei Chemiefasern, Kunststoffen und Düngemitteln. Diese Unternehmen operieren in ihrer Preispolitik außerordentlich aggressiv." (Seefelder)

Kurzfristige Auftragserteilungen mit kürzesten Lieferfristen häufen sich. Um diese Aufträge der Konkurrenz wegzuschnappen, müssen Überstunden geschoben werden. Die Kapitalisten haben seit 1974 die Belegschaften um 39294 auf 552000 reduziert und gleichzeitig den Arbeitstag ausgedehnt. 1975 betrug die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden 561 Mio. 1976 schon 565 Mio. Weiterer Abbau der Belegschaften und Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals haben sie angekündigt. So sollen 1978 über 6 Mrd. DM in der inländischen Produktion investiert werden, gegenüber 5,5 Mrd. 1975 und knapp 6 Mrd. 1976. Der Anteil für Rationalisierungen soll gegenüber 1975 von 39% auf 43% gesteigert werden. Betrug der Stromverbrauch 1970 noch 35023 Mio. kWh, so 1976 schon 41707 Mio. kWh.

„Das konjunkturunabhängige Verhalten bei der Absicherung der mittel- und langfristigen technologischen Leistungsfähigkeit ist eine Grundlage für unsere begründete Zuversicht. Das Vertrauen in unser Innovationspotential ist die andere. Unser Erfindergeist war in der Vergangenheit fruchtbar, und es gibt keinen Anlaß, für die Zukunft zu zweifeln." Dazu müssen alle Schranken, die die Arbeiterklasse den Kapitalisten zum Schutz ihrer Arbeitskraft und ihrer Lebensbedingungen gesetzt hat, niedergerissen werden. So beklagen die Kapitalisten die Behinderungen bei Änderung von Anlagen und Neuinvestitionen durch entsprechende Verordnungen, die fallen müssen: „Wir setzen uns daher für eine Abwägung zwischen dem ökologisch Wünschbaren und dem ökonomisch Möglichen bei den relevanten Umweltschutzgesetzen ein." Der Industrielärm sei eindeutig gegenüber dem Verkehrlärm diskriminiert. Das alles habe bei Änderungsinvestitionen von 1,6 Mrd. DM zu Verzögerungen von mehr als den üblichen 6 Monaten geführt, bei Neuinvestitionen von 2,7 Mrd. DM sogar länger als 8 Monate gedauert. Alle Belastungen, die auf die Profitrate drücken, müssen verschwinden, alle Möglichkeiten zur Ansammlung von Kapital genutzt werden. „Wegen des hohen Prozeßdampfbedarfs gewinnt die Chemie fast 80% ihrer Eigenstromerzeugung im Wärmekoppelungsverfahren ... deshalb erwarten wir von der Neuregelung des Energierechts, daß die rechtlichen Behinderungen bei einer Einspeisung von Überschußstrom in das öffentliche Netz durch eine Neuordnung des Wegerechts beseitigt werden." (Seefelder) Von der geplanten Exportoffensive werden die Arbeiter nicht nur die Senkung des Reallohns und verschärfte Ausbeutung, sondern auch weitere Zerstörung ihrer Lebensbedingungen erhalten. Das sozialdemokratische Gefasel von Lebensqualität erhält jetzt den eigentlichen Sinn. Schrankenlose Profitmacherei für einige Monopolisten kommt dabei heraus.

Den zentralen Angriff führen die Kapitalisten auf den Reallohn. Seefelder hat den Sozialdemokraten ein Angebot unterbreitet, wie sie die Arbeiter am Kampf hindern können: „Wir müssen ja nicht das häßliche Wort Nullrunde gebrauchen, sondern sollten modifizieren: Vergessen wir doch einmal überhaupt einen neuen Tarifvertrag und führen wir den alten einfach weiter. Eine kluge Gewerkschaft müßte darüber ernsthaft nachdenken." Die Kapitalisten wollen ihre Exportoffensive auf den Knochen der Arbeiter austragen und sie gegen die anderen Abteilungen des Weltproletariats führen.

Über diese Absicht der Kapitalisten müssen die Sozialdemokraten gezwungen werden nachzudenken. – (Bezirk Westberlin)

Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung

Westberlin. Die Betriebsgruppe der 33. Grundschule der GEW fordert die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung und erwartet, daß ein Vertreter der Patriotischen Front auf der 1.-Mai-Kundgebung des DGB zum bewaffneten Befreiungskampf seines Volkes spricht.

Ergebnisse des Volksbegehrens gegen die Koop-Schule in NRW

3,64 Millionen Menschen (29,9%) haben sich in Nordrhein-Westfalen am Volksbegehren gegen die geplante Kooperative Schule beteiligt. Die NRW-Landesregierung hat das Gesetz daraufhin zurückgezogen. Die bürgerlichen Zeitungsschreiber sind jetzt dabei, das Ergebnis zu interpretieren, weil die Beteiligung sehr unterschiedlich ist, in Bochum z.B. 16,2%, in Bielefeld 23,7%, im Münsterland gut 50%. Das liege an der Treue der Wähler zu ihren Parteien, schreiben sie jetzt, wo die SPD stark sei, sei die Beteiligung am Volksbegehren gering, wo die CDU die meisten Wähler hat, sei sie hoch. Es gibt aber längst keine Treue der Wähler zu den bürgerlichen Parteien mehr, an den Ergebnissen des Kreises Lippe ist das deutlich, dort hat die SPD bisher die Wahlen gewonnen, dennoch liegt die Beteiligung bei 25%, in manchen Orten bei weit über 30%. Tatsächlich gibt es starke Unterschiede zwischen Stadt und Land, je bitterer die Erfahrungen der Volksmassen mit der Zentralisierung des Schulwesens bereits sind, desto höher ist auch die Beteiligung am Volksbegehren, in Haarbrück bei Warburg z.B. über 90%. Der CDU wird das Eisen, das sie angefaßt hat, bereits zu heiß: Ihr Fraktionsvorsitzender im Landtag, Köppler, hat für die weiteren Auseinandersetzungen um das Schulwesen jetzt vor „einer zu starken Inanspruchnahme des Bürgers gewarnt". (Westfalenblatt vom 3.3.78)

BASF: 30 Millionen DM für Kohledruckvergasung

Ludwigshafen. 1927 entwickelten die Chemiker Bergius und Matthais die Verflüssigung der Kohle im Bau Lu 35 in der BASF. Die Anlagen waren für 100000 Tonnen Benzin ausgelegt. Hitler veranlaßte den Ausbau, sonst wären die Flugzeuge, Panzer und Autos „saftlos" gewesen. 12 Hydrieranlagen mit 4 Millionen Jahrestonnen wurden aus dem Boden gestampft. Selbst im Jahr 1943 flossen noch 3 Millionen Tonnen Benzin in die Tanks der Flugzeuge, Panzer und Autos. Jetzt, gestützt auf diese Erfahrungen, plant der Steinkohlenbergbauverein Essen, dem die BASF mit der Kohlenzeche Auguste Victoria angehört, mit Mitteln des Bundes (60 Millionen DM) bis zu 6000 Tonnen Steinkohle in Öl und Benzin umzuwandeln. Im Werk Ludwigshafen investiert die BASF zur Kohledruckvergasung beim Ammoniaklabor 1978 30 Millionen DM.

IG Chemie-Hauptvorstand bietet Kapitalisten Vorgespräche an

Mannheim. Der Hauptvorstand der IG Chemie hat dem Arbeitsring der Chemiekapitalisten angeboten, Vorgespräche zu führen über folgende Punkte: 6 Wochen Urlaub, ein Rationalisierungsschutzabkommen und eine Alterssicherung. (Die Forderung zur Altersschutzsicherung soll beinhalten, daß jeder 115% des Tariflohnes seiner Lohngruppe mindestens behalten soll.) Stimmt der Arbeitsring Chemie zu, darüber zu verhandeln, so sollen die Lohnverhandlungen damit gekoppelt werden und zentral durchgeführt werden. Der Arbeitsring hat bislang abgelehnt. Er hat 0% inoffiziell angeboten und „maximal einen Tag Urlaub".

Lohnforderung Michelin Trier

Trier. Der Vertrauensleutekörper des Trierer Werkes des französischen Reifenkonzerns Michelin hat sich auf seiner Sitzung letzte Woche der Empfehlung des Hauptvorstandes der IG Chemie angeschlossen und 7% gefordert.

Chemie-Belegschaften für Festgeldforderungen

Mannheim. Bei Weyl Mannheim haben 33 Arbeiter an die „Gewerkschaftspost" einen Leserbrief für 200 DM Festgeld und den 7-Stundentag geschrieben. Ab Montag letzter Woche wurde bei Weyl eine Befragung der Arbeiter durch den Vertrauensleutekörper durchgeführt. Bei Weyl und Boehringer sind viele Vertrauensleute für Festgeld und sagen, daß diese Forderung dieses Jahr endlich in den gewerkschaftlichen Gremien und Tarifkommissionen durchgesetzt werden muß.

Am 9.2. war bei Teroson-Heidelberg Vertrauensleutesitzung, auf der über den Stand der Manteltarifverhandlungen und über Aufstellung einer Forderung berichtet und diskutiert wurde. Vertrauensleute sprachen sich dafür aus, in diesem Jahr unbedingt Festgeld zu fordern. Die Sozialdemokraten um den Betirebsratsvorsitzenden Stabwasser streben eine 7,5%-Forderung an. Arbeiter und Angestellte haben einzelne Vertrauensleute aufgefordert, eine schriftliche Umfrage zu machen, auf der die Vertrauensleute schwarz auf weiß auf eine ausreichende Festgeldforderung festgelegt werden. „Ohne vorherige Umfrage sollen die bloß nicht auf den Gedanken kommen zu beschließen."

Die Ergebnisse der 3. o. VDS-Mitgliederversammlung entsprechen nicht den Aufgaben der Studentenbewegung

Vom 22. bis 27. Februar fand in Gießen die dritte ordentliche Mitgliederversammlung des Dachverbandes aller ASten der BRD und Westberlins statt. Gegenstand der Beratung war unvermeidlich, die Lehren aus dem Streik im Winter zu ziehen und Maßnahmen zu beschließen, wie der Kampf der Studentenmassen zu organisieren ist.

Der Streik im Wintersemester hatte der Bourgeoisie Schläge versetzt. Er hat die Kultusminister genötigt, den „Dialog mit den Studenten zu suchen", er hat die SPD genötigt, die VDS als Vertretung der Studentenbewegung anzuerkennen. Er hat aber die Bourgeoisie nicht genötigt, die Forderungen der Studenten zu erfüllen.

Die ASten in Baden-Württemberg wurden zerschlagen, zwar war die große BAFöG-Reform des Ministers Rohde geplatzt, aber das Geld wurde davon auch nicht mehr, und allein in Baden-Württemberg wurden bereits mehrere hundert Studenten auf Grund der Regelstudienzeit aus den Hochschulen geworfen, ohne Examen.

Diese Lage ist nicht erfreulich und Grund genug für eine gründliche Beratung der VDS. Fünf Tage hat die Mitgliederversammlung ja auch gedauert. Lehren wurden gezogen. Nur welche?

Soll man aus der Niederlage den Schluß ziehen, mit der Regierung zu kooperieren, oder soll die Front wiedererrichtet und gefestigt werden? Soll man an den Forderungen festhalten oder sie aufgeben und auf Parlamentsmanöver hoffen?

Die Forderungen des Streiks wurden von der VDS-Mitgliederversammlung nicht bekräftigt, sondern „nicht befaßt". Ein Beschluß zur weiteren Politik der VDS wurde nicht verabschiedet, sondern „nicht befaßt". Was sind das für Lehren aus dem Streik? Es sind bürgerliche, sozialdemokratische Lehren, die auf der VDS-Mitgliederversammlung gezogen wurden. Jeder, der nicht allzu verbohrt ist und zwei Augen zum Sehen hat, mußte feststellen, daß diese Politik der VDS auf der Mitgliederversammlung von den Jungsozialisten in der SPD betrieben wurde. Es ist eine Lehre, die die Reaktion aus dem Streik gezogen hat, daß sie die Studentenbewegung und die VDS zersetzen muß, um die Hartnäckigkeit der Studentenbewegung zu brechen. Die Jusos in der SPD haben diese Lehren gezogen. Sie haben beantragt, die VDS möchten Rohdes „große BAFöG-Reform zu der ihren machen und Kindergeldstreichung und weitere Steuerplünderung der Eltern der Studenten billigen. Sie haben beantragt, die VDS möchten „mit den neuen Hochschulgesetzen leben" und ihre Durchsetzung in Studienreformkommissionen unterstützen. Sie haben schließlich beantragt, die VDS möchten die „Akkumulationsfähigkeit des Kapitals" zu ihrer Sache machen, und das in aller Welt, besonders in der DDR. Kurz, die Jusos in der SPD wollten die VDS auf ein Programm des Sozialchauvinismus festlegen. Und sie sind damit ein Stück vorangekommen.

Sie konnten damit nur vorankommen, solange die Forderungen der Studenten, wie sie im Streik erhoben wurden, nach Bezahlung und Anerkennung der ASten als Vertretungen der Studenten in allen Angelegenheiten herausgehalten wurden. Dabei, beim Heraushalten, hatten die Jusos die Unterstützung der sogenannten Basisgruppen genauso wie die des MSB. Die bürgerlichen Studentenorganisationen waren sich einig, daß es nicht sein darf, daß die Studentenbewegung ihre Kraft gegen die Reaktion entfaltet. Alle einig darüber, daß es die Grundrechte oder die Menschenrechte sein müssen, für die man eintritt. Alle einig schließlich, daß Kapitulation das Gebot der Stunde sei.

Was die Jusos aber den Basisgruppen voraus haben, ist ihre Organisation als Partei der Bourgeoisie. Die VDS haben einen neuen Vorstand. Neu an dem Vorstand ist, daß der Juso-Vertreter darin ausgewechselt wurde. Rausgeflogen ist einer, Hupka, dem jeder nachsagte, er sei ein Schwätzer und Trottel, was auch nie dementiert wurde. Hereingekommen ist einer, Rhein (Hannover), der offen und rechts als „Antirevisionist" das Programm der Regierung vertrat und vertritt, der während des Streiks als AStA-Vorsitzender verkündet hat, er werde „fundamentale Störungen der Lehrveranstaltungen verhindern", um hernach mit dem örtlichen Polizeipräsidenten über Ordnungsrecht zu debattieren.

Es ist den Jusos nicht gelungen, ihre offen reaktionären Absichten auf der Mitgliederversammlung der VDS durchzusetzen. Es ist aber auch nicht gelungen, sie zu schlagen. Geschlagen werden könnnen sie aber durch die Herstellung der Aktionseinheit der Studentenbewegung im Kampf gegen die Reaktion. Daß die Forderung nach dem uneingeschränkten Streikrecht von den VDS erhoben wurde, zeigt, daß es möglich ist. Daß es auch was wird, entscheiden die Studentenmassen an den Hochschulen. – (Z-Red.)

Anträge auf der VDS-MV

Um ihre Absicht durchzusetzen, das Regierungsprogramm zum Programm der Studentenbewegung zu machen, mußte es den Jusos zuerst einmal um die Zersetzung und Aufsplitterung der Basisgruppen gehen. Nach 30stündiger Verzögerung fiel mit den Stimmen der Mehrheit der Jusos und der Revisionisten der Beschluß, dem neugewählten Bremer AStA die Stimmen abzuerkennen. Sie wurden dem abgewählten, vom MSB gestellten AStA übergeben. Sodann legten die Jusos einen Antrag zur „Studentischen Sozialpolitik" vor: „Sozialpolitik (ist) einerseits ein Instrument zur Verbesserung individueller Chancen, auf der anderen Seite hängt von einer ausreichenden materiellen Absicherung von Ausbildung und Studium die Öffnung der Ausbildungseinrichtungen und damit von Qualifikationsmöglichkeiten für Arbeiter ab. Ausbildungsförderung ist somit ein Instrument gesellschaftlicher Emanzipation." Wofür die „Rahmenbedingung" die Erkenntnis sei, „daß unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse der Durchsetzung studentischer Forderungen Grenzen durch die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals gesetzt sind." Zur Festlegung der Studenten auf das Interesse der Bourgeoisie an Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter gehört auch das Programm der Ausplünderung: „Die VDS fordern die Verteilung der Mittel, die heute für die Förderung durch das Einkommensteuergesetz und das Kindergeld aufgewendet werden, nach ausschließlich sozialem Bedarf, d.h. Einbeziehung dieser Mittel in die BAFöG-Förderung." (Antrag wurde nicht befaßt.)

Mit der Verabschiedung der Unterstützung des Russell-Tribunals wurden die VDS auf das Grundgesetz festgelegt:

„Das III. Internationale Russell-Tribunal beschäftigt sich mit dem Problem, ... ob in der Bundesrepublik die im Grundgesetz und in der Internationalen Konvention der Menschenrechte festgelegten Freiheits- und Grundrechte in irgendeiner Hinsicht verletzt werden", und „ein gut vorbereitetes Tribunal (kann) einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der politischen Diskussion leisten." (Antrag Basisgruppen, verabschiedet)

Durchsetzung dieser Linie der Aussöhnung war die Absicht in jeder einzelnen Frage: Antrag auf Einstellung der Ordnungsverfahren gegen die Studenten der Ludwigs-Maximilians-Universität München: „Geahndet werden soll die Wahrnehmung grundgesetzlich garantierter demokratischer Rechte ..." (Antrag AStA Uni München, verabschiedet), und im Hauptantrag der Jusos zu den verfaßten Studentenschaften: „Vorrangige Aufgabe der VDS muß deshalb der Kampf um den Erhalt und die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaften mit politischem Mandat, das heißt mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung, sein ... Die VDS halten am Grundrecht der freien Meinungsäußerung und dem Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit fest." (Nicht befaßt)

Die Festlegung auf das Grundgesetz paart sich mit Chauvinismus und Aussöhnung mit den Expansionsinteressen des BRD-Imperialismus. Antrag der Basisgruppen zum „10. Jahrestag des Einmarsches in die CSSR": „Wir lehnen das Vorgehen der SU ab, ein Land durch *militärische* Intervention unter seinen politischen Druck zu zwingen." (Nicht befaßt) Und zur „Beschränkung der Freiheitsrechte von R. Havemann und R. Bahro in der DDR": „Die westdeutschen Studentenschaften treten prinzipiell für die Erhaltung und den Ausbau von Freiheitsrechten ein – wo immer dies geschieht ... Sollten Briefe (mit Rückantwortkarten) an Robert Havemann wiederholt nicht beantwortet und der Antrag zum Besuch von Rudolf Bahro ignoniert werden, gehen die westdeutschen Studentenschaften den Weg des politischen Protestes zum Innenministerium der DDR." (Antrag der Jusos, nicht befaßt)

Reformisten und Revisionisten wurden gezwungen, ihre Politik der Auslieferung der Studentenbewegung an die Reaktion während des Streiks zu kritisieren: „Die ‚Gewalt-Freiheitserklärung' des VDS-Vorstands an die WRK (Westdeutsche Rektorenkonferenz) leistete einigen Präsidenten Argumentationshilfe. Die 3. o. VDS-MV erklärt sich solidarisch mit dem entschieden geführten Streik der Westberliner Studenten und unterstützt die Betroffenen gegen jegliche Kriminalisierung." (Antrag Basisgruppen, angenommen)

Richtige Forderungen nach „Einstellung aller Straf- und Ordnungsverfahren gegen die demokratische Studentenbewegung", „Weg mit dem Ordnungsrecht" und „Uneingeschränktes Streikrecht" (Antrag FH Kiel, FH Kaiserslautern, Fachhochschule für Bibliothekswesen Stuttgart, Fachschaft Medizin Heidelberg) wurden einstimmig verabschiedet wie auch ein Antrag der Mitgliederversammlung des Studentenwohnheims Collegium Academicum Heidelberg gegen die Räumung und „für volle Selbstverwaltung".

Antrag Axel Ickert, Basisgruppen-Vertreter im VDS-Vorstand: Nichtbefassung aller weiteren Anträge, Wahl des Vorstands ohne politische Festlegung, stattdessen erklären die Vorstandsmitglieder der VDS-MV nach ihrer Wahl, welche Politik sie zu vertreten gedenken. Mit sieben Gegenstimmen angenommen. Nach der Wahl erklärte Juso-Vorstandsmitglied Rhein, er gedenke die Anträge der Jusos in allen Punkten durchzusetzen. –

Kostenlose Forschung für die Kapitalisten, Aneignung unbezahlter Arbeit durch die Professoren

„Ihre Arbeit enthält zwar schon etliche Untersuchungen, aber dies und jenes müßten sie noch erforschen", sprach der Professor und ließ damit durchblicken, daß die Note schlechter ausfällt, wenn der Student nicht seinen Vorstellungen entsprechend weitere Untersuchungen für sein Projekt, seinen Industrieforschungsauftrag oder sein „neutrales Gutachten" erarbeitet. Mittels solcher Drohungen werden die Zeiten der Studien- und Diplomarbeiten verlängert, um die kostenlose Arbeitskraft länger zur Verfügung zu haben. Laut Prüfungsordnung besteht für Studienarbeiten eine Frist von zwei Monaten, für Diplomarbeiten drei Monate. Studenten des Studienganges Werkstoffwissenschaften der TU Westberlin haben 25 Studenten über die tatsächliche Dauer befragt:

Studienarbeiten:

weniger als 4 Monate	1 Student
4 Monate	2 Studenten
6 bis 8 Monate	3 Studenten
12 Monate und länger	3 Studenten

Diplomarbeiten:

6 bis 8 Monate	7 Studenten
9 bis 11 Monate	5 Studenten
12 Monate und länger	4 Studenten

Zwei Jahre an einer Arbeit beschäftigt zu sein, ist keine Seltenheit mehr. Um diese Tatsache zu vertuschen, werden die Studenten gezwungen, ihre Arbeit erst zwei Monate vor Abschluß beim Prüfungsamt anzumelden. Über den Zeitpunkt entscheidet der Professor, wer dennoch früher anmeldet, wird von ihm erpreßt, bis in die Nacht hinein zu arbeiten, um das Soll der Arbeit zu erfüllen.

Die Bourgeoisie läßt an den Instituten der Universitäten und Labors der Fachhochschulen für sich forschen, teils in so konkreter Form, daß Studenten direkt Firmenaufträge bearbeiten. Ihre Handlanger, die Professoren, werden entsprechend geschmiert. Dafür haben sie dann zu sorgen, daß die Arbeiten billig und erfolgreich durchgezogen werden.

Oft haben sie vor ihrer Hochschullehrertätigkeit in diesen Betrieben gearbeitet und stehen in fester Verbindung zu ihnen oder sie hocken in einem der tausenden „Gesellschaften zur Förderung von ...", aus denen Mittel, meist Spenden der Industrie, in das Institut fließen. Wieviel davon in die Taschen der Herrn Professoren fließt läßt sich nicht genau sagen, es wird aber ein beträchtliches Sümmchen sein. Aber auch andere Arbeiten werden in klingende Münze verwandelt oder verhelfen in die nächste Gehaltsstufe. Veröffentlichungen von Examensarbeiten in Fachzeitschriften oder Herausgabe von Büchern aus wissenschaftlichen Arbeiten mehrerer Studentengenerationen.

Wie das im einzelnen vor sich geht, sieht man gut am Institut für Metallforschung, Abteilung Metallphysik der TU Westberlin. An dieser Forschungseinrichtung sind ständig vier Professoren, zwei Assistenten und etwa 12 wissenschaftliche Mitarbeiter, die u.a. mit Geldern der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft), der Dechema und ähnlichen Einrichtungen bezahlt werden; jeweils für ein halbes Jahr, ein oder zwei Jahre. In den Werkstätten arbeiten etwa zehn Arbeiter und Angestellte. In den letzten drei Jahren haben Studienarbeiter und Diplomanden insgesamt für 210 Monate im Institut gearbeitet. Das heißt, daß ständig etwa sechs Diplomanden und Studienarbeiter beschäftigt werden. Diese bekommen keine Bezahlung.

Am Institut werden Untersuchungen an Oberflächen hinsichtlich Korrosion, Verschleiß, Tauglichkeit für mikroelektronische Bauteile und Tauglichkeit für Katalysatoren zur Herstellung chemischer Grundstoffe aus Kohle durchgeführt. Weiter wird ein Diffusionsexperiment für den ersten Flug des Spacechuttle vorbereitet.

Welche Arbeiten müssen die Studenten dabei verrichten? Ein Teil des Instituts ist ziemlich heruntergekommen. Der Apparatepark ist bunt zusammengewürfelt, und die notwendige Wartung der Apparate kann von dem bezahlten Personal nicht vorgenommen werden. Alle Diplomanden haben den größeren Teil ihrer Zeit damit zugebracht, Oberflächenanalysegeräte einzujustieren oder Rechnerprogramme zum Laufen zu bringen. Ziemlich deutlich sieht man das an dem Projekt für das Spacelabunternehmen. In das Spacelabunternehmen sind die Professoren Wever und Frohberg verwickelt, die diese Angelegenheit stolz auf jeder Tagung behandeln. Im Weltraum sollen unter Bedingungen der Schwerelosigkeit die Diffusionsgrößen verschiedener Stoffe in Flüssigkeiten untersucht werden. Dazu ist es notwendig, einen guten, temperaturstabilen und wenig Leistung verbrauchenden Ofen zu konstruieren. Die Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm München leitet das ganze Forschungsprojekt und hat das Recht auf die Patente für alle Neukonstruktionen erworben. Mit der Entwicklung dieses Ofens ist ein Diplomand beauftragt, der jetzt schon fast ein Jahr an dieser Arbeit sitzt, natürlich ohne Bezahlung.

Errechnet man den Lohn, den das Institut hätte zahlen müssen bei Einstellung technisch-wissenschaftlichen Personals anstelle der Diplomanden und legt dabei den Wert dieser Arbeitskraft von 2000 DM zugrunde, so wurden in den letzten drei Jahren 420000 DM Lohngelder einbehalten. Gegen diese unbezahlte Arbeit müssen die Studenten um die Bezahlung und eine entsprechende Regelung in einem Tarifvertrag den Kampf führen. – (N-Red.)

Zwangskasernierung und Entrechtung durch Schließung des Collegium Academicum

Heidelberg. Die Verschärfung des Drucks im Studium wird ergänzt durch Unterdrückung, durch Kasernierung in den Wohnheimen des Studentenwerkes. Die materielle Lage zwingt viele Studenten in die Wohnheime. Die Wohnheimplätze reichen nicht entfernt für die 20000 Studenten. Im Rahmen des Programms „Studentisches Wohnen" sorgt das Studentenwerk für die Zwangsansiedlung von Studenten in den kleinen Orten der näheren und ferneren Umgebung, wo das Studentenwerk Wohnungen mietet.

In der Heidelberger Altstadt ist das selbstverwaltete Studentenwohnheim und Versammlungslokal Collegium Academicum seit dem 28. Februar 1978 gekündigt und soll geräumt werden. 130 Studenten sollen auf die Straße gesetzt bzw. in Stadtrandghettos vertrieben werden. Die Bourgeoisie will durch die Schließung der Studentenbewegung wie der gesamten demokratischen Bewegung ein wichtiges Zentrum und einen Ort der Beratung nehmen und gleichzeitig in der Universität ein weitgehendes Veranstaltungsverbot durchsetzen. In der Nacht des 28.2. wurde eine Demonstration mit 400 Teilnehmern in der Stadt organisiert. 100 Studenten und Jugendliche kamen in das Collegium Academicum. Seitdem ist das Haus ständig besetzt.

Über 4000 Unterschriften wurden bisher gesammelt. Mit einem Aufgebot von 6 bis 7 Hundertschaften versuchte die Polizei am Samstag vergeblich, das Wohnheim zu räumen. Durch die Besetzung des Wohnheims und Agitationsumzüge durch die Stadt sind die Versuche der Polizei, das Wohnheim zu räumen, zurückgeschlagen worden.

Forschungsarbeiten von Studenten für die Kapitalisten, an denen sich die Professoren bereichern

Institut für Fabrikanlagen, Prof. Kettner, TU Hannover
Diplomarbeit: Fabrikplanung für MBB in Finkenwerder (Produktionsplanung Flugzeug- und Panzerteile)

Institut für Fertigungstechnik und spanende Werkzeugmaschinen, Prof. Tönhoff
Studienarbeit: Materialfluß bei Hanomag, Halle 32. Geplant ist, die Maschinen so umzustellen, daß das Material, was bearbeitet wird, schneller transportiert wird.

Institut für Elektrowärme, Prof. Rummel, TU Hannover
Studienarbeit: Entwurf und Entwicklung eines Notstromaggregats. Das Gerät wird voraussichtlich bei Siemens eingesetzt.

Fachrichtung Architektur Hochschule für Technik Bremen, Dipl. Ing. Müller-Menkens, Dozent und Eigentümer eines Architektenbüros
Für die Altstadtsanierung Vegesacker Hafen gibt er Entwurfsaufgaben in einem 6. Semester und nimmt die besten Entwürfe, um sich „Anregungen für den Wettbewerb" zu holen, an dem er sich als Architekt beteiligt. Gegenüber den Studenten wird das mit Praxisnähe begründet.

In einer Abschlußarbeit ließ er für den gleichen Wettbewerb das „Hotel Garni" zeichnen. Im Zuge der Sanierung fehlte nämlich ein geeignetes „Hotel mit Frühstück" für kleine Geschäftskonferenzen in idyllischer Umgebung.

„Das nächste Mal demonstrieren wir noch in ganz anderer Stärke und in anderer Formation!“

20 bis 25000 belgische Berufssoldaten demonstrieren für sofortige Lohnerhöhung

Nach der ersten Demonstration von 8000 belgischen Berufssoldaten am 21.1. in Lüttich, sind am Samstag, den 4. März, 20 bis 25000 Soldaten in die belgische Hauptstadt Brüssel gekommen, um mit einer kämpferischen und machtvollen Demonstration ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen: Anhebung des Solds auf das Niveau im öffentlichen Dienst, mindestens auf die Lohnhöhe in der Reichswache! 20 bis 25000 – das ist etwas mehr als ein Drittel der belgischen Berufsarmee, und das, obwohl die über 10000 in Westdeutschland stationierten belgischen Soldaten durch Manöver zum größten Teil an der Teilnehme gehindert wurden. Neben der „Allgemeinen Zentrale der Militärgewerkschaften“ und der Freien Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes haben auch die Sozialistische und die Christliche Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, die in Lüttich nicht teilgenommen hatten, zu dieser Demonstration aufgerufen – zweifellos ein Erfolg für die Bewegung der Soldaten und in ihrer Unterstützung durch die organisierte Arbeiterbewegung.

„Genug belogen und betrogen!“ „Gib uns das Geld jetzt, VDB!“ (Van de Boyenants, belgischer Kriegsminister, Red.) „Die Wurst von VDB ist fein, nur unser Ende ist zu klein!“ „Unsere Generäle kumulieren, die kleinen Leute krepieren!“ „Kanonenfutter im Krieg, Bürger zweiter Klasse im Frieden.“ In zahlreichen Transparenten drückten die Soldaten, zum allergrößten Teil einfache Zeit und Berufssoldaten und – vor allem – Unteroffiziere, ihre Empörung über die belgische Regierung aus, die auch nach der Lütticher Demonstration jede Verhandlung über die Erfüllung der Forderungen verweigert hat. Die Regierung hatte zwar, erschreckt über die Stärke der ersten Demonstration, im Februar ihre „Kompromißbereitschaft“ angekündigt: Ihre Absicht ist es, mit kleinen Almosen die oberen Dienstgrade der Unteroffiziere abzuspeisen und aus der Bewegung herauszubrechen. Die einfachen Berufssoldaten und Unteroffiziere haben ihr mit dieser zweiten Demonstration ihre Antwort erteilt. „Unsere Geduld ist zu Ende!“ Und: „Wenn die Regierung unsere Forderungen nicht erfüllt, dann demonstrieren wir das nächste Mal unsere Forderungen nicht erfüllt, dann demonstrieren wir das nächste Mal noch in ganz anderer Stärke und in anderer Formation!“, riefen die Kundgebungssprecher unter großem Beifall, immer wieder durch Sprechchöre „VDB, hau ab! Rücktritt!“ unterbrochen.

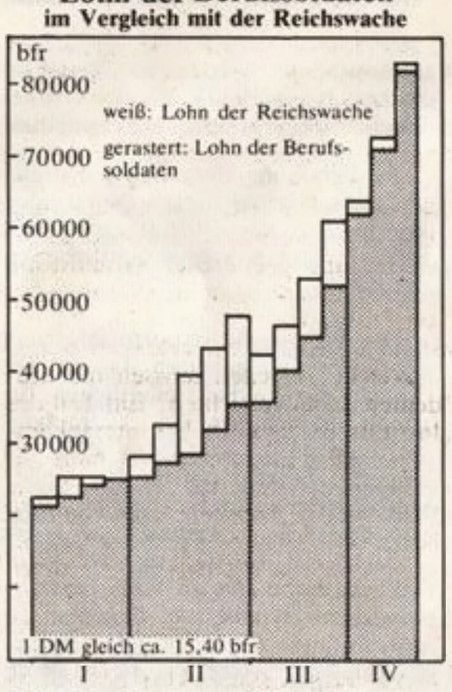
Seit Ende der 60er Jahre kämpfen die einfachen Berufssoldaten und die Unteroffiziere, von einem Teil der Offiziere zögernd unterstützt, von den hohen Offizieren heftig bekämpft, gegen die Lohnsenkung in der Armee. Ende der 60er Jahre wurde ihnen im Rahmen einer „allgemeinen Lohnerhöhung“ eine bis dato gezahlte Prämie gestrichen. Seit 1972 wurden ihre Löhne nur wenig, bedeutend weniger als bei der Reichswache, der Gendarmerie, erhöht. Zwischen 25 und 270 DM monatlich bekommen die einfachen Zeit- und Berufssoldaten, zwischen 90 und 900 DM die Unteroffiziere heute weniger als dieselben Dienstgrade der Reichswache. Noch wesentlich tiefer liegen sie unter den vergleichbaren Löhnen im öffentlichen Dienst. In Antwort auf die Streichung der Prämie gründeten die Unteroffiziere ihre „Berufsorganisation der belgischen Unteroffiziere“ (BUBOO),

was der Bourgeoisie einen heillosen Schrecken eingejagt haben muß, da sie heute noch vom „berüchtigten BUBOO“ spricht. 1972 ging diese Organisation, trotz Verbot gewerkschaftlicher Organisierung für die Soldaten, geschlossen zum „Freien Gewerkschaftsbund“ über. Andere Soldaten organisierten sich in der „Allgemeinen Zentrale“ oder in der Sozialistischen und der Christlichen Gewerkschaft. 1974 trotzten sie der Regierung dann das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung ab. Heute sind ca. 40 Prozent der einfachen Zeit- und Berufssoldaten, 90 Prozent der Unteroffiziere, 30 Prozent der unteren Offiziersdienstgrade in einer der vier Gewerkschaften im militärischen Bereich organisiert.

Der Kampf um den Lohn steht im Mittelpunkt. „In den Kasernen wird aggressiv über die Lohnfrage gesprochen“, sorgt sich die bürgerliche Presse über die Aussichten, die heftigen Auseinandersetzungen anders als durch die Erfüllung der Forderungen zu beenden, und sieht gleich neues „Unheil“ auf die Regierung zukommen: in immer mehr Garnisonen erheben die Soldaten die Forderung nach der 40 Stundenwoche.

Stundenwoche.

Lohn der Berufssoldaten
im Vergleich mit der Reichswache



I Einfache Berufs- und Zeitsoldaten
II Unteroffiziere
III Offiziere untere Dienstgrade
IV Offiziere ab Major

Die Zersetzung der belgischen Berufsarmee ist weit fortgeschritten. Was Wunder, wenn die Reaktionäre über die „Schande für die Armee“ und den „Schaden für die NATO“ jammern: Man kann sicher sein, daß die belgische Regierung nicht nur durch den Kampf der einfachen Berufssoldaten und Unteroffiziere in arge Bedrängnis gerät, sondern daß ihr auch die hohen NATO-Generäle im Nacken sitzen, für die die belgische Berufsarmee zum Unsicherheitsfaktor geworden ist und die die Ausbreitung des „Bazillus“ – zu Recht – fürchten müssen.

Die Demonstration der 20 – 25000 belgischen Berufssoldaten hat nicht nur ihren Kampf einen großen Schritt näher zum Erfolg gebracht – sie schafft auch eine ausgezeichnete Lage für die Lohnkämpfe im öffentlichen Dienst in Belgien: Für den 13. März haben 50000 Postarbeiter den Streik für ihre Lohnforderungen angekündigt; die Arbeiter und Angestellten der belgischen Fluggesellschaft Sabena und die Straßenbahnfahrer bereiten ebenfalls Streik für höhere Löhne vor.

– (Korrespondentenbericht Brüssel)

Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes '77:
Beschleunigte Rüstung der westdeutschen Bürgerkriegsarmee

Am 24.2.1978 legte das Innenministerium den Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes (BGS) für 1977 vor. Darin heißt es: „Die Gewährleistung der inneren Sicherheit für unseren Staat hat im vergangenen Jahr besonders hohe Anforderungen an den Bundesgrenzschutz gestellt.“ In der Tat. Der Bundesgrenzschutz war 1977 bei zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen eingesetzt, so in Bonn, Kalkar, Brokdorf, Krümmel, Gorleben, Ohu, Grohnde und Philippsburg. Er war abgestellt, die Baustelle des Kernkraftwerks Brokdorf zu bewachen. burg. Er war abgestellt, die Baustelle des Kernkraftwerks Brokdorf zu bewachen. 100000 Fahndungsfestnahmen gehen auf sein Konto (1974: 44000, 1975: 53000, 1976: 80000), 918,7 Mio. DM wurden dafür gebraucht. Die Personalstärke stieg von 16000 (1969) auf über 21000 (1977).

1951 gegründet zur „Sicherung der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland“, war der BGS der erste Schritt zum Wiederaufbau einer Armee. 1956 wurde er per Gesetz offiziell mit der Aufgabe der Bildung der Bundeswehr betraut. Nach Abschluß des Aufbaus der Bundeswehr übernahm er vor allem polizeiliche Aufgaben. 1972 wurde das im Bundesgrenzschutzgesetz festgelegt, lange zuvor aber schon praktiziert. Grundlage für seine Tätigkeit sind die Artikel 91 und 115f des Grundgesetzes, die seinen Einsatz zur „Abwehr von Gefahren für den Bestand des Bundes“ regeln. Der Einsatz von BGS-Truppen gegen die Kämpfe der Volksmassen ist damit festgelegt, denn um welcherlei Gefahren für den Bestand des Bundes soll es sich sonst handeln, daß man dafür eine 21000 Mann starke Armee braucht? Es handelt sich um die „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, wie der § 9 des BGS-Gesetzes besagt, der gleichzeitig seine Unterstützungstätigkeit für die Länderpolizeien festlegt. Gemäß dieser Aufgaben wurde der Bundesgrenzschutz seit 1973 verstärkt ausgebaut und umgerüstet.

1976 wurde registriert: „Der Ausbau des BGS zu einer leistungsfähigen, stets einsatzbereiten Vollzugspolizei des Bundes ist weitgehend abgeschlossen.“ 1977 geht es weniger um den Aufbau als vielmehr um die *Effektivierung* und den *Einsatz* der BGS-Truppen.

Der Ausbau des BGS zur Bürgerkriegsarmee ist durch folgende Punkte gekennzeichnet: 1973 wurde die GSG 9 gegründet, die Ausbildung im BGS der der Länderpolizeien angeglichen, Granatwerfer abgeschafft und stattdessen vorwiegend nicht geländegängige Fahrzeuge, Wasserwerfer, Lichtmastwagen (zum Beispiel zur Ausleuchtung von Plätzen), Sperrgerät, Schutzhelme, Knüppel, Schutzschilde angeschafft und eine EDV-Verbindung zum Bundeskriminalamt geschaffen. Ein Einstellungsstopp für Grenzschutzdienstleistende wurde verhängt, da aus den Volksmassen zwangsrekrutierte Polizisten für die vorgesehenen Aufgaben nicht tauglich sind. 1974 wurden Schutzwesten, Tränengaswurfkörper, Film- und Fotogerät, Sperr- und Sperrräumgerät sowie Hubschrauber beschafft. Darüberhinaus wurden Verwaltungsabkommen mit Hamburg getroffen zwecks Übernahme der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs im Hamburger Hafen durch die Länderpolizei. Außerdem wurden Grenzschutzaufgaben auf die Zollverwaltung übertragen.

Weniger „Grenzschutz“, mehr innere Sicherheit, ist das Leitmotiv. An der Grenze vor allem zur DDR und CSSR dient der BGS in erster Linie zur Feindbeobachtung und um den Zustand der gegnerischen Grenze zu überwachen. 1975 wurden vor allem die Funkverbindungen ausgebaut und vier reine Ausbildungsabteilungen eingerichtet. 1976 trat das Personalstrukturgesetz für den Bundesgrenzschutz in Kraft, das die Einstellung beim Bundesgrenzschutz als Beamte auf Lebenszeit festlegt und die Länderpolizeien verpflichtet, 20% ihres Bedarfs an Polizeibeamten aus den „überalterten“ Bundesgrenzschützern zu decken. Es wurde begonnen, neue Dienstkleidung zu beschaffen, die der der Polizisten der Länder entspricht. Neun weitere Hubschrauber wurden beschafft und der Bundesgrenzschutz auf den Olympiaden in Montreal und Innsbruck als Sicherheitstruppe eingesetzt sowie zum Schutz des Kernkraftwerks Brokdorf. Diese Art Einsätze nahm wie oben beschrieben 1977 zu. Bis 1981 sollen in Bonn als Sitz der Regierung, in Frankfurt als Sitz des Bankkapitals und in Karlsruhe als Sitz des obersten Verfassungsgerichts weitere Einheiten zu deren Schutz gegenüber den Volksmassen stationiert werden. 12 Hubschrauber zum „schnellen Transport seiner Kräfte von den Standorten der BGS-Verbände an weiter entfernte Einsatzorte“ und UKW-Sprechfunk zur „schnellen und unmittelbaren Verbindung zwischen Grenzschutzeinzeldienst und Polizei der Länder“ sind vorgesehen.

Ein besonderes Kapitel ist der Bekämpfung des „Terrorismus“ gewidmet: „Bei der Terroristenbekämpfung war der Bundesgrenzschutz noch stärker als sonst auf engste Zusammenarbeit mit den anderen Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder angewiesen. Die überaus nützlichen Erfahrungen werden für die Zukunft ausgewertet.“

Der BGS sichert nicht vor allem die Grenzen der BRD gegen äußere imperialistische Konkurrenten, sondern er sichert das Privateigentum an Produktionsmitteln *in den Grenzen* der Bundesrepublik. Dafür wurde er auf- und ausgebaut, dafür wird er eingesetzt. Die Länderpolizeien reichen dafür nicht aus, sie könnten im Notfall nicht genügend Distanz zu den Volksmassen haben. Das ganze wird zu dem Zweck unter einheitlichere Führung durch den Bund gebracht. Der Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes, 1976 auf der Innenministerkonferenz der Länder verabschiedet, gehört in dieses Programm. Als erstes Bundesland hat das Saarland ihn am 23.2.1978 angenommen. – (Z-Red.)

SRKs fordern Einstellung des Strafprozesses gegen fünf Mitglieder des SRK Munster

Am 17. März beginnt ein Strafprozeß vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Lüneburg, der für die ganze organisierte Soldatenbewegung Bedeutung hat. Fünf Reservisten sind wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt. Sie sind angeklagt, die „pflichtgemäße Bereitschaft der Soldaten zum Schutz der ... verfassungsmäßigen Ordnung“ untergraben zu haben, indem sie das Soldaten- und Reservistenkomitee Munster gründeten, ihm beitraten, Schulungen und öffentliche Versammlungen durchführten, die gegen die Bundeswehr gerichtet waren, eine Zeitung, den „Funken“ herausgaben und diese an die Soldaten verteilten. Man sieht an der Anklageschrift, daß es der Bourgeoisie darum geht, mit diesem Prozeß die Arbeit der SRKs und des KBW in der Armee zu zerschlagen. Alle wesentlichen Dokumente des KBW und des SRK Munster werden von der Bourgeoisie in diesem Verfahren herangezogen.

Der Standort Munster, an dem das SRK arbeitet, hat seit je eine strategisch wichtige Bedeutung für den deutschen Imperialismus. So wurde das ostasiatische Expeditionskorps, das unter Graf Waldersee den Boxeraufstand in China niedergezwungen hatte, großenteils in Munster aufgelöst. 1904 bis 1906 wurde in Munster die Verstärkung der Schutztruppe zusammengestellt, die den Aufstand in der damaligen Kolonie Südwest-Afrika bekämpfte. 1917 wurde in mehreren Betrieben um Munster ein Viertel der gesamten Gasmunition des deutschen Heeres aufgefüllt. Am 9. November 1918 zogen Männer und Frauen mit roten Fahnen durch die Straßen Munsters.

Heute ist in Munster fest stationiert die PzLehrBrig 9. Es ist die einzige PzLehrBrig der Bundeswehr. Die Kampftruppenschule/Fachschule des Heeres für Erziehung (KTS/FSHErz) gilt neben einer Panzertruppenschule als die beste PzTrpSchule der NATO.

Munster liegt genau zwischen den Industriezonen Hamburg/Elbe im Norden und Hannover/Braunschweig/Wolfsburg im Süden. Die norddeutsche Tiefebene ist ideales Panzeraufmarschgebiet. Die Tätigkeit des SRK Munster hat den westdeutschen Imperialismus in seinem strategischen Herzstück getroffen. Daher auch die wilde Unterdrückung, mit der das Verfahren gegen die Reservisten eingeleitet wurde durch Hausdurchsuchungen, Spinddurchsuchungen und Beschlagnahmungen und der frontale Angriff auf die SRKs als Organe der Soldatenbewegung.

Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung haben die SRKs in der Region Nord eine Erklärung gegen den Prozeß verabschiedet. Sie werden den Prozeß zu einer Auseinandersetzung gegen die imperialistische Armee machen.

Soldaten bauen Front gegen Hungersold auf

Lingen. Ein Soldat hat eine Untersuchung mit Fragebogen in der Kompanie gemacht. Er hat in einer Truppeninformation am 24.2. über die Ergebnisse ein Referat gehalten. Rausgekommen ist, daß sich fast alle, die sich beteiligt hatten (ca. 25 Soldaten) betrogen fühlen vom bürgerlichpn Staat. Auswertung: Die Soldaten, die noch nebenbei arbeiten, erhielten dadurch 50 bis 500 DM. Einer hat den ganzen Urlaub durchgearbeitet. „Der niedrige Sold soll dazu dienen, die Soldaten abhängig zu machen“, schrieb einer. Der BtlKdr Oberstleutnant Schleicher kam zufällig vorbei, während des Unterrichts seine Reaktion: „Sie sind schließlich zum Dienen hier.“ Er sagte, er könne auch nichts daran ändern. Die Soldaten forderten daraufhin Dienstausgleich für Zusatzdienste. Am Montag wurde der Soldat, der die Untersuchung gemacht hatte, vom KpChef aufgefordert, die Fragebogen zu vernichten und die Ergebnisse dem KpChef auszuhändigen. Der KpChef hat allen Soldaten mitgeteilt, daß die Untersuchungen wegen der 6 Leserbriefe für Lohnfortzahlung eingestellt worden sind. Die Schikane und Unterdrückung der Soldaten gehen aber weiter.

Anhörungsverfahren von streikenden Zivildienstpflichtigen

Karlsruhe. Im C-Haus (Lehrlingswohnheim) sollen von 7 streikenden Zivildienstpflichtigen 3 zum Anhörungsverfahren kommen. Diese 3 hätten am Streiktag Dienst gehabt. Die Anhörungskommission besteht aus: Vorsitz Dr. Kübler, ehemaliger Präsident des Amtsgerichts Karlsruhe, Heimleiter und Betriebsrat. Die Zivildienstpflichtigen wollen geschlossen alle sieben hingehen und eine Erklärung abgeben.

Hamburg. Am 27.2.78 hat ein Beamter des Amtes für Zivildienst an einer Zivildienststelle der Arbeiterwohlfahrt, wo Essen für alte Leute ausgefahren wird, Verhöre durchgeführt. Hier hatten von 11 Zivildienstpflichtigen am Aktionstag 9 gestreikt. Sieben davon wurden vernommen. Alle verweigerten die Aussage und gaben keine Unterschrift für das Vernehmungsprotokoll.

Polizisten leisten Widerstand gegen Überstundenschinderei

Westberlin. Gegen den Zwang zur Überstundenschinderei wächst vor allem bei den unteren Dienstgraden in der Polizei der Widerstand. Drei Polizisten, die nach 15 Stunden Arbeitszeit noch im Einsatz waren, berichteten folgendes: Wenn nach 15 Stunden Dienst noch ein Einsatzbefehl kommt, würden sie oft statt den Befehl auszuführen, einfach über Funk einen weiteren Streifenwagen zur Verstärkung anfordern, um sich von diesem dann nach Hause bringen zu lassen. Die Polizisten begrüßten die Forderung nach 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

IG Druck Jugend Westberlin gegen Energieprogramm

Westberlin. Am 25.2.1978 hat die Landesbezirksjugendkonferenz der IG Druck und Papier Westberlin folgende Forderungen beschlossen: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo! Einstellung aller Ermittlungsverfahren und Strafverfahren gegen Kernkraftwerksgegner! Aufhebung der Haftbefehle!

Fliegerhorst Penzing: Kürzung von Dienstausgleich

Landsberg/Lech: Für Bereitschaft gab es bisher in der ELO-Staffel 2,5 Tage Dienstausgleich. Jetzt gibt es nur noch 1,5 Tage. Zuvor konnte der Soldat wählen: entweder er hatte tagsüber dienstfrei und von 16 bis 8 Uhr morgens Dienst und bekam 2,5 Tage Dienstausgleich. Von der zweiten Möglichkeit machten besonders die Soldaten Gebrauch, die weit nach Hause haben. Dies fällt jedoch weg, d.h. man muß tagsüber frei nehmen und bekommt nur noch 1,5 Tage frei. In der ULS-Staffel (Wachstaffel) galt bisher: 1 Woche Dienst, 1 Woche frei. Jetzt sind es 2 Wochen Dienst für eine Woche frei.

Andenpaktländer versuchen Nahrungsversorgung sicherzustellen

Am 22. Februar haben die Andenpaktländer Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Pêru und Venezuela beschlossen, aus verschiedenen Produkten wie z.B. Bohnen, Kartoffeln, Getreide und Fisch halbverarbeitete Nahrungsmittel herzustellen „sowie Ersatzprodukte für Milch und Weizen für die von mangelhafter Ernährung betroffenen Bevölkerungsteile zu entwickeln".

Eine Zusammenarbeit der Andenpaktländer bietet sich an. Peru, das Weizen und Speiseöl importieren muß, produziert einen Überschuß an Fisch. Speiseöl fehlt in Bolivien, das aber Reis und Zucker exportieren kann. Kolumbien produziert große Mengen an Palmöl, Sojabohnen und Kaffee, Ecuador an Kakao, Bananen und Kaffee.

Der Export landwirtschaftlicher Produkte, vor allem von Kaffee aus Kolumbien und Ecuador, bildet eine Haupteinnahmequelle dieser Länder, gleichzeitig aber auch die Grundlage für die Abhängigkeit von den stark schwankenden Weltmarktpreisen. Die jetzt getroffenen Maßnahmen der Regierungen dieser Länder sind Versuche, sich in der Versorgung mit Nahrungsmitteln auf die eigenen Beine zu stellen und damit die Abhängigkeit von Weizenlieferungen aus den USA und Kanada zu verringern. Entscheidender Hemmschuh für die Entwicklung der Landwirtschaft aber sind die Besitzverhältnisse auf dem Land.

Als Ergebnis der Kolonisation durch Spanien existieren neben Großgrundbesitz an Plantagen, Haziendas oder Latifundien „Minifundien", die so klein sind, daß sie für die Ernährung einer Familie nicht ausreichen. Imperialistische Konzerne betreiben große Plantagen. Die Großgrundbesitzer sind wegen der billigen Arbeitskraft der Landarbeiter und der Bauern von den Minifundien an einer Mechanisierung der Landwirtschaft nicht interessiert, lassen große Ländereien brachliegen und leben als Rentiers in den großen Städten oder in Europa und den USA.

Nicaragua: Indianer schließen sich der bewaffneten Erhebung an

Unter dem Eindruck der anhaltenden Kämpfe in Nicaragua hat der US-Präsident Carter dem Clan der Somozas, die das Land als Statthalter der US-Imperialisten seit 44 Jahren unterdrückt halten, seine Unterstützung entzogen und sich für einen demokratischen Übergang unter seiner Vermittlung ausgesprochen. Somoza selbst hat daraufhin auf einer „Kundgebung" hinter schußsicherem Panzerglas für 1981 Wahlen und seinen Rücktritt angekündigt sowie allerhand „demokratische Reformen" und „Maßnahmen zugunsten der Bauern". Dafür dürfte es zu spät sein. Zum 44. Todestag des Indianergenerals Sandino, der den Widerstand gegen die amerikanischen Besatzungstruppen angeführt hatte, die damals Somoza in den Sattel gehoben hatten, riefen acht Gewerkschaften sowie mehrere patriotische und revolutionäre Organisationen zum Generalstreik und zu neuen Demonstrationen auf. Daraufhin ist es zu einer bewaffneten Erhebung in allen Städten und in den ländlichen Gebieten Nicaraguas gekommen. Eine wichtige neue Entwicklung ist, daß die Indianerstämme und -organisationen des Landes der Regierung förmlich den Krieg erklärt haben. Die Mehrheit der Ei .wohner Nicaraguas, als „Mestizen" be eichnet, sind Indianer. In Kriegsbemalung sind sie in den ersten Märztagen in zahlreichen Städten und Dörfern den Regierungstruppen mit Gewehren, Pistolen, Macheten und traditionellen Waffen hinter Barrikaden entgegengetreten und haben ihnen schwere Verluste zugefügt.

Algerien eröffnet neue Verflüssigungsanlage für Erdgas

Am 21. Februar hat der algerische Staatspräsident Boumedienne in Arzew den ersten fertiggestellten Bauabschnitt einer Verflüssigungsanlage für Erdgas eröffnet, die nach Abschluß der gesamten Bauarbeiten Anfang der achtziger Jahre die größte der Welt sein wird.

Mit der jetzt in Betrieb genommenen Anlage können jährlich 10,3 Mrd. Kubikmeter Erdgas bei minus 161,5 Grad verflüssigt werden, die Algerien so zur Entwicklung der Landes nutzen kann. Erdgas fällt als Nebenprodukt bei der Erdölproduktion an. Nach den USA, der UdSSR und Iran ist Algerien der viertgrößte Produzent. Noch 1976 mußte fast die Hälfte der Bruttoproduktion von 20,9 Mrd. Kubikmeter abgefackelt werden, weil die Verflüssigungskapazität nicht ausreichte.

Außer in flüssiger Form kann Erdgas nur durch Pipelines transportiert werden. Eine Pipeline über Tunesien nach Italien soll Anfang der achtziger Jahre eröffnet werden. Durch die neue Verflüssigungsanlage, aus der vor allem die USA beliefert werden sollen, verhindert Algerien, von einzelnen Abnehmern abhängig und erpreßt zu werden.

Voraussichtlich Ende dieses Jahrhunderts werden die jetzt bekannten algerischen Erdgasreserven erschöpft sein. Bei der Eröffungsfeier in Arzew hat Präsident Boumedienne betont, daß Algeriens Erdgasexporte dazu dienen, die eigene industrielle Basis des Landes zu verbreitern und seine Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu finanzieren.

Die Kernkraftwerke sollen der Erpressung der OPEC-Länder dienen

Energieprogramm der italienischen Imperialisten / Strompreiserhöhungen um 36% geplant

Vorletzte Woche hat der Planungsausschuß der italienischen Regierung das Energieprogramm für die nächsten Jahre beschlossen. Das Schwergewicht liegt auf dem raschen Ausbau der Kernenergie. Zusätzlich zu den vier bereits bestellten Kernkraftwerken sollen umgehend noch vier in Auftrag gegeben werden, für weitere vier ist noch die Zustimmung der Parlaments einzuholen, das aber die Grundzüge des Energieprogramms bereits im letzten September gebilligt hat. Im Betrieb ist bisher nur ein Kernkraftwerk in der Toscana, ein weiteres befindet sich nördlich von Rom im Bau.

An natürlichen Energiequellen ist Italien verhältnismäßig arm. Die Kohleproduktion liegt nahe Null, die Erdölförderung beträgt mit 1,1 Mio. Tonnen nur ein Fünftel der westdeutschen. Freilich wird seit der Entdeckung eines Ölfelds unter der Poebene vor einigen Jahren sowohl dort wie rund um Italien auf dem Meeresboden von italienischen und ausländischen Ölkonzernen wie wild nach Öl gesucht. Die gestiegenen Ölpreise haben den Abbau auch schwerer zugänglicher Ölfelder profitabel gemacht. In der Zahl der Ölsuchtrupps liegt Italien an erster Stelle in Europa, in der Zahl der Probebohrungen an zweiter. Gemeinsam mit dem US-Konzern entwickelt die AGIP, eine Tochtergesellschaft des staatlichen Mineralölkonzerns ENI gegenwärtig Bohrinseln für die Ölsuche auch in der Tiefsee über 200 Meter Wassertiefe.

Praktisch bedeutend ist von den einheimischen natürlichen Energiequellen bisher nur die Wasserkraft. Von den insgesamt 140,9 Mrd. kWh Strom wurden 1975 42,4 Mrd. kWh, also fast ein Drittel, damit erzeugt. Die Möglichkeiten, die Wasserkraft in dem gebirgigen Land kapitalistisch profitabel auszubeuten, scheinen gegenwärtig fast ausgeschöpft. Seit Ende der 60er Jahre ist die Stromproduktion damit nicht mehr gestiegen. Damals betrug ihr Anteil an der Gesamtstromerzeugung noch 40%. Fast der gesamte Zuwachs seitdem geht aufs Konto von Wärmekraftwerken auf Ölbasis, deren Anteil von 46,3 Mrd. kWh 1969 auf 78,7 Mrd. kWh 1975 gestiegen ist.

Bei der raschen Ausdehnung der Energieproduktion aus Öl konnten sich die italienischen Imperialisten darauf stützen, daß sie bereits in den 50er Jahren einen der größten Ölkonzerne Europas mit eigenen Förderstätten vor allem in Nordafrika aufgebaut haben, die staatliche ENI. Lange Jahre importierte die ENI zu Spottpreisen Öl nach Italien, raffinierte es dort und verkaufte es mit Profit im In- wie auch im Ausland. Nach den beiden Supermächten und Japan verfügt Italien heute mit 217,2 Millionen Tonnen über die viertgrößten Raffineriekapazitäten der Welt. Zum Vergleich: In Westdeutschland beträgt die Raffineriekapazität 153,9 Mio. Tonnen. Während die westdeutschen Imperialisten bei allen Mineralölprodukten außer Schmierstoffen Nettoimporteure sind, produziert die ENI weit über den italienischen Bedarf hinaus. Die Benzinproduktion z.B. lag 1975 mit 15 Mio. Tonnen nur leicht unter der westdeutschen (17,0 Mio. t). Netto wurden 3,5 Mio. Tonnen Benzin exportiert, während die westdeutschen Imperialisten 7,5 Mio. t einführen mußten.

Die Grundlage der italienischen Mineralölindustrie wie der Stromproduktion aus Öl war die schrankenlose Plünderung der Ölquellen der Länder der Dritten Welt. Mit der Verstaatlichung der Ölquellen in vielen Ländern und den durch die OPEC durchgesetzten Preiserhöhungen schmolz der Konkurrenzvorteil der ENI, die sich frühzeitig in einigen Ländern festgesetzt hatte, dahin. Nur auf Grundlage extremer Ausplünderung der Ölförderländer hatte sich ein relativ schwaches imperialistisches Land wie Italien überhaupt gegen seine Konkurrenten behaupten können. Die Einschränkung dieser Plünderung durch die OPEC mußte die italienischen Imperialisten nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich schwer treffen. Die Auslastung der Raffineriekapazität sank rasch ab und beträgt jetzt nur noch 62%, so daß sich die italienischen Imperialisten ernsthaft überlegen müssen, Raffinerien an die ölproduzierenden Staaten zu verkaufen oder zu verpachten. Auf Grund der Verteuerung des Rohöls macht die ebenfalls staatliche Elektrizitätsgesellschaft ENEL wachsende Verluste. 1977 betrug der Verlust allein 820 Mrd. Lire (ca. 2 Mrd. DM), die Verschuldung war auf 10600 Mrd. Lire (26,5 Mrd. DM) gestiegen.

Mit dem Energieprogramm will sich die italienische Finanzbourgeoisie billige Energie sichern, um in der Konkurrenz mit den anderen Imperialisten bestehen zu können. Billige Energie ist z.B. eine Voraussetzung dafür, um die Konkurrenzvorteile, die die italienischen Stahlkapitalisten in den letzten Jahren erringen und mit denen sie die französischen Imperialisten überflügeln konnten, zu halten.

Ausbau der Kernenergie ist eine Bedingung, damit das Staatsmonopol ENI wieder darauf spekulieren kann, mit seinen Erpressungsmanövern gegen die ölproduzierenden Länder durchzukommen. Daß es nicht etwa um *Ersetzung* von Öl durch Kernenergie, sondern um *Drückung* des Öl*preises* durch Anwendung von Kernenergie geht, haben die italienischen Imperialisten in ihrem Energieprogramm klargestellt, indem sie Maßnahmen zur Festigung des Monopols der ENI gleich mitbeschlossen haben. Mindestens 40% der Raffineriekapazitäten für den Inlandsbedarf sollen „so schnell wie möglich" in die Hand der ENI gebracht werden, gegenwärtig sind es 35%. Ebenfalls über 40% soll der ENI-Anteil am Vertriebsnetz getrieben werden, hauptsächlich durch Ruinierung kleinerer Mineralölhändler und Tankstellenbesitzer: die Zahl der Verkaufsstellen soll in den nächsten zwei Jahren um 10% gesenkt werden.

Im Ausbau der Kernenergie sind die italienischen Imperialisten in den letzten Jahren erheblich gegenüber ihren Konkurrenten in Rückstand geraten. Noch 1970 lag der Anteil der Kernenergie an der gesamten Stromproduktion mit 2,7% leicht über dem in Westdeutschland. Seitdem ist er in Italien auf 2,6% gesunken, in Westdeutschland dagegen auf 7.1% gestiegen. Rechnet man die langen Bauzeiten für die Kernkraftwerke ein, so liegen die italienischen Imperialisten inzwischen ein volles Jahrzehnt hinter den BRD-Imperialisten zurück, und um den Rückstand aufzuholen, sind sie auf Milliardenkredite ebendieser Konkurrenten angewiesen.

Umso wilder, so die Regierungspläne, sollen die Volksmassen geplündert werden, um das Energieprogramm zu finanzieren. Der Investitionsfonds der ENEL soll in den nächsten vier Jahren um 3000 Mrd. Lire erhöht werden, das sind 7,5 Mrd. DM. Zahlen sollen dafür die Volksmassen, durch Gebührenerhöhungen und Streichung bisher gültiger „sozialer" Ermäßigungen. In den nächsten drei Jahren sollen die Strompreise um 36% steigen, allein in diesem Jahr um 16%.

Hier kann sich die italienische Bourgeoisie leicht ebenso die Zähne ausbeißen wie bei ihren Versuchen, die OPEC zu erpressen. Ganze Stadtviertel haben in den letzten Jahren die Zahlung von Strompreiserhöhungen verweigert.

Die Bewegung gegen die Errichtung von Kernkraftwerken, von denen die Bourgeoisie nicht weiß, wie sie ihren sicheren Betrieb garantieren und erst recht nicht, wo sie die abgebrannten Brennelemente lassen soll, ist noch weit schwächer als zum Beispiel in Westdeutschland. Sie beginnt sich jedoch zu entwickeln. Vor einiger Zeit wurden in Civitavecchia Blockaden organisiert, um Baufahrzeuge an der Fahrt zur KKW-Baustelle in Montalto zu hindern. – (Z-Red.)

Der Weg der österreichischen Bourgeoisie in die Exportoffensive ist gepflastert mit gelegten Bauern

Ruinierung der Vollerwerbsbetriebe / Immer mehr Nebenerwerbsbauern

In der letzten Woche wurde im österreichischen Nationalrat (Parlament) die Debatte um die Einheitswertgrenze für Nebenerwerbsbauern (festgesetzter Wert entsprechend der Größe der landwirtschaftlichen Fläche, unabhängig vom Ertrag, z.B. 5 Hektar – 44000 Schilling) im Falle der Arbeitslosigkeit eröffnet. Gegenwärtig ist es so, daß ein Nebenerwerbsbauer, der einen Hof von über 5 Hektar hat, kein Recht auf Arbeitslosengeld hat.

„Die Einheitswertgrenze von 44000 Schilling entspricht der Geringfügigkeitsgrenze, die bei den übrigen Arbeitnehmern ebenfalls eine Auszahlung unterbindet", heißt es in der „Nebenerwerbsfibel" der SPÖ. Das durchschnittliche Monatseinkommen aus dem Nebenerwerbsbetrieb beläuft sich auf 1000 Schilling monatlich (140 DM). Man kann gut sehen, auf welches Lebensniveau die österreichische Bourgeoisie die Arbeiter und Bauern drücken will. Die SPÖ, die die absolute Mehrheit im Parlament hat, ist gegen jede Anhebung der Einheitswertgrenze.

Ein großer Teil der Nebenerwerbsbauern sind Milchbauern. Vor einigen Wochen wurde von der Bundesregierung zur „Reform des Milchmarktes" die Erhöhung des Milchkrisengroschens, eine Milchkontingentierung und die Einführung einer Milchsondersteuer beschlossen. Dadurch soll die Ruinierung der kleinen Bauern vorangetrieben und die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Bourgeoisie auf dem EG-Markt erhöht werden. Die Exportstützungen, die der österreichische Staat an die EG zahlen muß, um überhaupt Milch exportieren zu können, haben sich von 245 Mio. Schilling im Jahre 1969 auf etwa 1,2 Mrd. Schillling im Jahre 1977 erhöht.

Gezahlt werden müssen diese Kosten von den Arbeitern und Bauern. Der Milchkrisengroschen, den die Bauern pro produzierten Liter Milch zahlen müssen, stieg von 8,008 Groschen (1969) auf nunmehr 38 Groschen bei einem Preis von 3,66 Schilling pro Liter, den die Bauern von den Molkereien bekommen. Durch die Milchkontingentierung sollen die Erzeugerpreise weiter gedrückt werden. Gemessen an der Milchanlieferung von 1976 sollen die Bauern jetzt für 86% der damaligen Anlieferungen den vollen Preis erhalten, während für alle weiteren Lieferungen nur noch Preise je nach Qualität, die im Ermessen der Molkerei liegt, zwischen 33 Groschen und 1 Schilling gezahlt werden. Für die kleinen Bauern, deren Bestände höchstens zehn Kühe betragen und von denen 86% weniger als 25000 Liter Milch im Jahr anliefern, bedeutet das entweder weitere Verschuldung in der Hoffnung, den Hof doch noch halten zu können, oder den beschleunigten Ruin.

Die österreichische Bourgeoisie hat vor, den Rinderexport zu intensivieren und die heimische Produktion von pflanzlichen Fetten und Ölen auszubauen, um so ihre Importabhängigkeit zu verringern und selbst in die Exportoffensive zu kommen. Das Handelsbilanzdefizit Österreichs gegenüber der EG hatte sich von 2349 Mio. Schilling im Jahre 1973 auf 4753 Mio. Schilling für Januar bis November 1977 mehr als verdoppelt. Ein Grund hierfür ist die Rinderimportsperre, die 1974 von der EG verhängt wurde. Der österreichische Landwirtschaftsminister Haiden forderte im Januar 1977 die EG-Imperialisten auf, die Einfuhrsperre aufzuheben und die Abschöpfungsbeträge zu reduzieren, und hielt fest:

„Österreich ist ein traditionelles Agrarexportland, und zwar seit eh und je,

Was wir für unser Land wollen, ist, daß unsere bisherigen Handelsströme nicht unterbunden werden." (West-Ost-Journal Nr. 1/1977) Auf der Grünen Woche 1978 konnte er vermelden:

„Die Erhöhung der zollbegünstigten und abschöpfungsfreien Nutzrinderkontingente von 30000 auf 38000 Stück . . . ist eine sehr wesentliche Änderung."

Der Weg in die Exportoffensive ist gepflastert mit gelegten Bauern. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich von 338732 im Jahre 1973 auf 335627 im Jahre 1976 verringert. Dabei nahmen die Vollerwerbsbetriebe (ausschließlich landwirtschaftliche Produktion) von 153948 auf 130635 ab, die Zuerwerbsbetriebe (bis zu 90% landwirtschaftliche Produktion, daneben Zuerwerb durch Aushilfstätigkeiten u.ä.) sanken von 34612 auf 14161, während die Nebenerwerbsbetriebe (überwiegende Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft) von 145199 auf 185587 stiegen. Mit der schrittweisen Ruinierung der Bauern – vom Vollerwerb über den Zuerwerb zum Nebenerwerb, um dann endgültig als Lohnarbeiter in die kapitalistische Profitproduktion eingesogen zu werden – hat sich die österreichische Bourgeoisie ein wichtiges Mittel geschaffen zur Steigerung der Ausbeutung, Ausplünderung, Spaltung und Unterdrückung der Arbeiter und Bauern.

Mehr als 50% der landwirtschaftlichen Betriebe Österreichs sind Nebenerwerbsbetriebe, im Burgenland (an der ungarischen Grenze) sind es schon 70%. 42% der Nebenerwerbsbetriebe sind kleiner als 2 Hektar, 86% der Betriebe haben eine Fläche von unter 10 Hektar. Von den Erträgen dieser Betriebe können die Bauern nicht leben.

Sie sind gezwungen, ihre Arbeitskraft dem nächstbesten Kapitalisten zu niedrigsten Löhnen zu verkaufen. 35% der Nebenerwerbsbauern arbeiten als Hilfsarbeiter, 31% als Facharbeiter. In Oberösterreich, wo der Stahlkonzern VOEST-Alpine sein Hauptwerk in Linz hat, sind 71% der Nebenerwerbsbauern Pendler. Sie müssen täglich bis zu vier Stunden fahren, um überhaupt in die Fabrik zu gelangen. Die Kapitalisten nutzen die elende Lage der Arbeiterbauern, um die Löhne zu senken und die Auspressung der Arbeiter insgesamt zu steigern. Bundeskanzler Kreisky erklärte voller Stolz: *„Die Nachtschicht bei der VOEST-Alpine wäre kaum möglich, wenn nicht Tausende von Nebenerwerbsbauern dort ihre Arbeit verrichteten."* Man kann sich vorstellen, welche Lebenserwartung die Arbeiterbauern haben, die neben der Schichtarbeit noch durchschnittlich 50 Stunden in der Woche den Hof bestellen müssen und sich Urlaub schon gar nicht leisten können.

In einem Interview des ORF am 25. Februar sagte ein Arbeiterbauer:

„Man hat Maschinen gekauft, mit denen man was verdient, man hat bauliche Veränderungen durchgeführt und man hat sich in Schulden hineingestürzt, und das wirft schon Probleme auf."

Die Bewegung unter den Bauern erstarkt und die Verbindung mit den Arbeitern wird zunehmend gesucht. Auf einer Demonstration für die Erhöhung der Erzeugerpreise für Milch um 70 Groschen (statt um 20) führten die Arbeiterbauern ein Transparent mit:

„Arbeiter und Bauern haben die gleichen Probleme. Sie zu lösen sich keiner schäme!" Daß sie die Lösung dieser Probleme auch anpacken, zeigt sich z.B. an der aktiven Teilnahme der Bauern am Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm der österreichischen Bundesregierung. – (Korrespondentenbericht Wien)

Der bewaffnete Kampf des Volks von Zimbabwe und die Solidarität der Völker der Welt werden die Intrigen der Imperialisten zerschlagen

Die „innere Lösung" ist die Fortsetzung des Kolonialismus

Ian Smith hat die Unterschriften der drei Verräter Muzorewa, Sithole und Chirau jetzt unter seinem „Verfassungsvertrag". Ist also die „innere Lösung" perfekt? In den nächsten Tagen und Wochen werden wir eine heftige Kampagne der Imperialisten erleben, um die „innere Lösung" als Friedenslösung an den Mann zu bringen und die Patriotische Front, den Zusammenschluß der Befreiungsorganisationen des Volkes von Zimbabwe, die am Ziel der Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus wie am bewaffneten Kampf als einzigem Mittel der Befreiung festhalten, als terroristische Friedensstörer anzuprangern, die von außen in das Land eindringen und Massaker anrichten. Für diese imperialistische Hetzkampagne, die die direkte Intervention der Imperialisten gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe vorbereiten soll, brauchten die Imperialisten die Unterschriften der drei Verräter, die sich zu Handlangern der Imperialisten herabwürdigen ließen. Jetzt haben die Imperialisten die Unterschriften. Die Hetzkampagne kann losgehen. Schon wird im Hessischen Rundfunk der „inneren Lösung" „Respekt" bezeugt. Je weniger die drei Unterschriften beim Volk von Zimbabwe gelten, um so mehr müssen die Imperialisten daher machen, um mit der „inneren Lösung" die Welt zu verwirren.

Worin besteht die „innere Lösung"? Der Betrug beginnt schon mit dem Namen. Mit dem Namen innere Lösung wird behauptet, daß die Kolonialisten mit ihrem Häuptling Ian Smith an der Spitze Teil der Bevölkerung von Zimbabwe sind. Gleichzeitig wird behauptet, daß die Befreiungsorganisationen, da sie gewungenermaßen ihren Sitz in den benachbarten afrikanischen Frontstaaten haben, nicht zur Bevölkerung von Zimbabwe gehören. Das ist typische Kolonialistenlogik. Sie dringen in ein Land ein, setzen sich fest, vertreiben einen Teil des Volks aus dem Land und zwingen die Massen durch blutige Unterdrückung, ihren Befreiungskampf von außerhalb des Landes aus zu organisieren. Dann stellen sich die Kolonialisten hin und behaupten, im Inneren sei alles in Ordnung, der Friede würde von außen gestört.

Mit dieser Logik wollen sie dann den direkten Eingriff der imperialistischen Mächte rechtfertigen und ihre Greueltaten als gerechte Verteidigungsmaßnahmen hinstellen. Die Zionisten haben diese Logik bis zur Perfektion getrieben. Gegenwärtig vertreiben sie erneut Palästinenser von ihrem Land in den von den Zionisten besetzten Gebieten und beginnen, diese Gebiete mit zionistischen Kolonisten zu besiedeln. Die PLO, die Befreiungsorganisation des palästinensischen Volkes, versuchen sie als Terroristen zu diffamieren, die den Frieden Zions gefährden. Die Kolonialisten haben noch stets diese Logik angewandt, und noch jeden Kolonialkrieg haben sie so gerechtfertigt. Haben sich die unterdrückten Völker gewehrt, dann haben die Kolonialisten behauptet, die Völker störten den inneren Frieden, den sie mit ihrer Aggression beseitigt haben. Diese Logik kann die Völker natürlich niemals davon abhalten, sich gegen die Kolonialisten zu erheben. Um in den imperialistischen Ländern selber Verwirrung zu stiften, reicht sie immer wieder eine Zeitlang hin.

Die „innere Lösung" ist in Wirklichkeit ein dem Volk Zimbabwes von außen, durch die Imperialisten aufgezwungenes Diktat.

Was wird durch den Verfassungsvertrag garantiert? Die Imperialisten behaupten, es werde das allgemeine Wahlrecht garantiert entsprechend dem Prinzip „Jedem Mann eine Stimme". Die bürgerlichen Nationalisten wie Sithole, bevor er den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe verraten hat, haben dieses Prinzip zwar immer zum Hauptziel des Kampfes erhoben. Aber worauf zielt diese Forderung, wenn nicht zuvor die Kolonialistenherrschaft zerschlagen wird? Kie zielt auf die Gleichberechtigung des Kolonialvolkes mit den Kolonialisten, ohne am Kolonialstatus des Landes wirklich etwas zu ändern. In Wirklichkeit ist der Verfassungsvertrag, in dem jetzt die „innere Lösung" festgelegt wird, selbst noch eine Karikatur auf das Prinzip „Jedem Mann eine Stimme".

Zwar hat jeder Mann dann eine Stimme, aber die Stimme der Zimbabwer soll weniger zählen als die Stimme der Kolonialisten. Die weißen Kolonialisten machen 4% der dann Wahlberechtigten aus. Es werden ihnen aber durch die „innere Lösung" 28% der Sitze garantiert. Damit ist auch gesichert, daß die Stimme der Afrikaner nicht nur weniger zählt als die Kolonialisten, sondern daß sie weniger als nichts zählt. Die 28% der Kolonialisten bilden nämlich in Bezug auf alle wesentlichen Fragen eine Sperrminorität. Um das Maß voll zu machen, haben die Imperialisten auch noch gleich in den Verfassungsentwurf reinschreiben lassen, daß das Kolonialisteneigentum gesichert bleibt und das Volk von Zimbabwe die inzwischen in Pension gegangenen Kolonialisten via Steuergelder mästen soll, daß Polizei und Armee in der Hand der Kolonialisten bleiben und deren Staatsapparat garantiert wird.

Die „innere Lösung" löst keines der Probleme des Volkes von Zimbabwe. Ihr einziges Ziel ist, den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe völkerrechtlich in eine auswärtige Aggression umzulügen, um die imperialistischen Interventionstruppen ins Land zu holen.

Das Manöver ist plump. Es ist sofort auf die Ablehnung der Patriotischen Front wie auch der afrikanischen Frontstaaten und der OAU gestoßen. Man soll die Gefährlichkeit des Manövers dennoch nicht unterschätzen.

Es zielt gerade darauf, die Patriotische Front, die Fronstaaten und die OAU zu spalten. Sithole ist zu diesem Zweck schon losgeschickt worden, bei der OAU jedoch abgeblitzt. Die Spaltungsmanöver hätten keine Chance, wenn nicht die sozialimperialistische Supermacht ebenfalls versuchen würde, ihre Fäden zu ziehen. Die Sozialimperialisten wenden zwei Taktiken an: Auf der einen Seite drängen sie auf Beteiligung an den inneren Lösung, auf der anderen Seite versuchen sie verstärkt, über sogenannte Hilfeleistung in den Befreiungskampf zu infiltrieren. Der Sozialimperialismus ist nicht an einem Sieg des Befreiungskampfes, sondern an der Aufrechterhaltung eines Unruheherdes interessiert, um wie in Angola oder am Afrikanischen Horn intervenieren zu können und seine Kolonialmacht zu errichten. Schon werden von den Imperialisten Meldungen lanciert, Nkomo wolle sich die Beteiligung an der Regierung offenhalten. Schon liest man, daß ZIPRA-Kämpfer sich Gefechte mit ZANLA-Einheiten lieferten. Die ZIPRA ist der bewaffnete Arm der ZAPU. Die Meldungen mögen erfunden sein. Sicher ist jedoch, daß der Sozialimperialismus seinerseits seine Einmischung verstärkt. Die ZANU ist die Garantie für die Fortsetzung des Befreiungskampfes, ihr vor allem gilt der Angriff der Imperialisten.

Ausrüstung einer motorisierten Kompanie der ZANLA bis zum 1. Mai! Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung! Mit diesen direkten Kampfzielen hat die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung in Westdeutschland jetzt die dringende Aufgabe, sich an die Seite des kämpfenden Volkes von Zimbabwe zu stellen und ihren Beitrag zur einzigen wirklichen Lösung der Probleme des Volkes von Zimbabwe zu leisten, zum Sieg im Volkskrieg.

– (Z-Red.)

Die afrikanischen Volksmassen werden das Vermächtnis von Mangaliso R. Sobukwe, Präsident des Pan Africanist Congress, vollstrecken

Vom Londoner Büro des Pan Africanist Congress of Azania (PAC) erreichte uns die folgende Presseerklärung zum Tod des afrikanischen Revolutionärs M. R. Sobukwe:

„London, 28. Februar 1978

Das Londoner Büro des Pan Africanist Congress of Azania gibt als die legitime Stimme des Volkes von Azania im Vereinigten Königreich und Westeuropa seinen Anhängern und Freunden den viel zu frühen Tod des heldenhaften Führers und Gründers des PAC bekannt.

Die offizielle Erklärung der Todesursache wird ‚Tod durch Krebs' sein, Wir im PAC stellen fest: Es war nackter Mord! Das verräterische Vorster-Regime mit seinen schmarotzenden kapitalistischen Unterstützern kann sicher sein, daß wir Rache nehmen werden. Wir trauern nicht um Mangaliso Sobukwe. Vielmehr sind wir mehr denn je entschlossen, die heldenhafte Arbeit fortzusetzen, die er so beispielhaft schon in seinen frühen Studienjahren in Port Hare begonnen hat.

Die zeitweilige Unterdrückung und Ausplünderung, die das Vorster-Regime und der westliche Kapitalismus über die Politik und die Wirtschaft unseres Landes ausüben, wird letzten Endes durch das beendet werden, wofür unser geliebter Präsident sein ganzes Leben gearbeitet hat: die Errichtung und den Aufbau eines demokratischen sozialistischen Staates Azania.

Das geloben unsere jungen Revolutionäre."

M.R. Sobukwe war Gründer und Präsident des Pan Africanist Nationalist Congress. Er führte die Kampagne der azanischen Massen gegen die Paßgesetze, die das südafrikanische Kolonialregime 1960 mit dem Massaker von Sharpeville beantwortete.

Im Verlauf dieses Kampfes haben die Kolonialisten M. R. Sobukwe festgenommen und vor Gericht gestellt. Zuerst haben sie ihn neun Jahre im Gefängnis gehalten, darunter sechs Jahre auf Robben Island, wo die Kolonialisten seit Jahrhunderten aufständische Afrikaner zu Tode quälen. Dann haben sie ihn in Kimberley in Verbannung gehalten.

Während dieser ganzen Zeit ist der Genosse Sobukwe der revolutionären Sache des afrikanischen Volkes treu geblieben. Er war es, der die afrikanischen Revolutionäre lehrte, daß sie Unterstützung nicht bei den „weißen Liberalen" zu suchen haben, sondern daß die Sache der Befreiung nur durch die breiten Massen der afrikanischen Arbeiter und Bauern verwirklicht werden kann. Niemals hat er sich irgendwelche Illusionen über Reformen des Apartheidsystems gemacht, sondern auf die Notwendigkeit der vollständigen Zerschlagung des Kolonialregimes hingewiesen. Der PAC, den M.R. Sobukwe gegründet hat und dessen Präsident er war, hat die Konsequenz aus dem Massaker von Sharpeville gezogen, um die afrikanischen Massen zu lehren, daß das Kolonialregime nicht, wie damals versucht, durch einen gewaltlosen Widerstand, sondern nur durch den bewaffneten Befreiungskampf zerschlagen werden kann. Diese Lehre stimmt mit den Erfahrungen der Volksmassen überein, die in den letzten Jahren verstärkt den Kampf aufgenommen haben, um Azania zu befreien. Welle auf Welle führt das Volk von Azania seinen Befreiungskampf bis zum Sieg. In M.R. Sobukwe ehren wir einen der Führer dieses Kampfes.

Mangaliso R. Sobukwe, Präsident des Pan Africanist Congress of Azania, Begründer des PAC, hat seit zwei Jahrzehnten die revolutionären Kämpfe der azanischen Volksmassen angeführt

Mangaliso R. Sobukwe, Präsident des Pan Africanist Congress of Azania, Begründer des PAC, hat seit zwei Jahrzehnten die revolutionären Kämpfe der azanischen Volksmassen angeführt

Genscher heuchelt Interesse an „friedlichem Wandel" in Afrika

Zur Afrikareise des Bundesaußenministers

Nachdem am 13. Februar die Namibia-Konferenz in New York ohne Ergebnis zu Ende gegangen ist, haben die USA, Großbritannien, Frankreich, die BRD und Kanada erklärt: „Beide Seiten haben Konzessionen gemacht und die Bereitschaft zu Fortschritten gezeigt." Die bürgerliche Presse registrierte es verwundert, hatte doch der südafrikanische Außenminister Pik Botha gerade abrupt die Konferenz verlassen.

Mit tausend Fäden sind die Imperialisten mit dem südafrikanischen Rassistenregime und seiner Herrschaft über Namibia verknüpft. Gemeinsam ist ihnen die Absicht, die imperialistische Herrschaft und die Plünderung des Landes über Namibia zu erhalten. So wie bisher geht es aber nicht mehr. Der Befreiungskampf der SWAPO macht große Fortschritte. Mit allgemeinen Wahlen und parlamentarischer Demokratie wollen die Imperialisten ihn aufhalten. Dazu ist es notwendig, daß ihre Ziele vor den Völkern Afrikas verborgen bleiben. Bothas Abreise paßt ihnen dafür vollständig ins Konzept. Sie läßt die fünf Imperialisten als die neutralen Vermittler erscheinen, die sich mit ihren Bemühungen um die Demokratie nur Unannehmlichkeiten einhandeln, und sie lenkt ab von der Tatsache, daß Südafrika immer ihr ureigenstes Ausbeutungsinstrument gewesen ist und ohne ihre Unterstützung nichts wird erreichen können.

Zwei Wochen nach der Konferenz reiste Genscher nach Tansania, um die Wirkung des Manövers zu erproben. „Wir Deutschen", erklärte er in einer Tischrede, „setzen uns für die Lösung dieser Konflikte mit friedlichen Mitteln ein. Wir haben uns in Europa wie auch weltweit für den Verzicht auf Gewalt und für friedlichen Wandel ausgesprochen. Die Verantwortung, die die fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder mit ihrer Initiative in der Namibiafrage übernommen haben, zeigt, wie ernst wir es meinen."

Friedlicher Wandel: was den Frieden betrifft, muß er natürlich durch Truppen gesichert werden. Deshalb waren alle Anstrengungen der Imperialisten in New York darauf gerichtet, die SWAPO zu zwingen, daß sie die Anwesenheit südafrikanischer Truppen während der Wahlen akzeptiert. Und was den Wandel angeht, sieht Genscher die Mitgliedschaft der BRD im Sicherheitsrat als einen Weg, das südliche Afrika für westdeutsches Kapital offenzuhalten. In der Rolle des neutralen Vermittlers will er in Tansania Möglichkeiten zur Spaltung der afrikanischen Länder ausloten.

Tansania ist Mitglied der ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, EAC, der außerdem Uganda und Kenia angehören. Alle drei Länder haben große wirtschaftliche Fortschritte gemacht. Uganda, größter Stromerzeuger Ostafrikas, hat ein großes wirtschaftliches Aktionsprogramm angekündigt (siehe KVZ Nr. 9). Kenia hat seine Exporteinnahmen für den Zeitraum Januar bis August 1976 zum selben Zeitraum 1977 um zwei Drittel steigern und damit sein Handelsdefizit während dieser Monate von 87000 auf 33000 ostafrikanische Pfund senken können. Tansania, das 1975 noch ein Handelsdefizit von 33,8 Millionen ostafrikanischen Pfund hatte, konnte schon 1976 einen Überschuß von 1,15 Millionen erreichen, und Genscher mußte in seiner Rede verbittert feststellen: „Heute weist die Handelsbilanz (mit der BRD) einen deutlichen Überschuß zugunsten Tansanias aus."

Das ist nicht die Art von Wandel, die Genscher vorschwebt. Das Glas in der Hand, den Toast auf den Gastgeber schon auf den Lippen, entwickelt er die Vorstellungen der Imperialisten vom Wandel in Afrika: „Es liegt auch im ureigensten Interesse, daß die afrikanischen Staaten ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken. Nur so werden außerafrikanische Machtansprüche keinen Erfolg haben." Welche außerafrikanischen Machtansprüche gemeint sind, verdeutlicht er mit einem Hinweis auf das Horn von Afrika. Die Sozialimperialisten bereiten ihm Sorgen. Deshalb, und damit kommt er zum Kernpunkt seiner Absichten, müssen die Märkte Afrikas für die wohlmeinenden Freunde aus Europa geöffnet werden. „Es ist notwendig, private Investitionen zu ermöglichen, wobei es in der Souveränität der Eintwicklungsländer liegen muß, ob sie das als Beteiligungsgesellschaft wollen oder nicht." Darum vor allem geht es. Darauf einen Toast für die „deutsch-tansanische Freundschaft". Und während er anstößt, denkt Genscher daran, wie man der Souveränität durch imperialistischen Druck die richtige Richtung geben kann.

In der ostafrikanischen Gemeinschaft ist es im letzten Jahr zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Bei einigen gemeinsamen Unternehmungen, etwa bei der gemeinsamen Fluggesellschaft, hat es Rückschläge gegeben. Die Imperialisten erfüllt das mit Hoffnungen. Der Weltwährungsfonds, von dem die Gemeinschaft noch Kreditzusagen hat, hat Anfang des Jahres Verhandlungen in Dar es Salaam aufgenommen, um die zugesagten Kredite jetzt statt an die EAC an die einzelnen Länder zu vergeben und zu einer geeigneten Aufteilung zu gelangen. Mit dem Scheckbuch in der Hand wollen sie die Länder gegeneinander ausspielen. Die Imperialisten spekulieren auf die Sprengung der EAC. Deshalb entdeckt Genscher in Dar es Salaam jetzt sein Herz für die „Souveränität der Entwicklungsländer". Deshalb dankt er für „das Vertrauen, das Afrika unseren Bemühungen entgegenbringt" und sagt in der Pose des Biedermanns: „Ich bitte, unsere Initiative auch weiterhin zu unterstützen."

Genschers Rechnung hat einen Haken. Sie entspricht nicht dem Gang der Geschichte. Einheit gegen die Imperialisten statt Spaltung, Befreiungskampf statt „interner Lösungen" sind die Schritte der Dritten Welt. Tansania hat erklärt, bevor mit dem IWF über weitere Kredite verhandelt werden kann, müssen die Differenzen in der EAC beigelegt weden. Sam Nujoma, Vorsitzender der SWAPO, hat zu den vorgeschlagenen Wahlen in Namibia erklärt, die SWAPO betrachte sie als eine Gelegenheit, die unlösbare Verbindung ihres Kampfes mit den Massen unter Beweis zu stellen und den Befreiungskampf zu stärken: „Wir werden den bewaffneten Kampf fortsetzen, bis die Befreiung erreicht ist." –

(Korrespondentenbericht Liverpool)

Die Aktien der Aluminiummonopole fallen

Anfang Dezember 1977 hat die Konferenz der in der Internationalen Bauxitvereinigung IBA zusammengeschlossenen Staaten in Kingston auf Jamaika beschlossen, ab 1. Januar 1978 einen Mindestverkaufspreis für Bauxit auf dem nordamerikanischen Markt von 24 Dollar pro Tonne festzusetzen. Bauxit ist der Rohstoff zur Produktion von Aluminium.

1977 sei für die Aluminiumindustrie noch einmal ein Jahr der „Festigung" gewesen, meldet das „Metal Bulletin" am 3.2.78. Bis November seien die Verkäufe an die aluminiumverarbeitende Industrie um 11,7% gestiegen, auf dem Bausektor sogar um 18,5%. Gleichzeitig warnten aber US-amerikanische Wissenschaftler die Aluminiumkapitalisten davor, ihre Kapazitäten in den kommenden Jahren im gleichen Tempo wie bisher auszubauen. Der größte US-amerikanische Konzern, ALCOA, mußte zugeben, daß seine Verkäufe im ersten Quartal 1978 nicht höher sein würden als im ersten Quartal 1977. Die Aktienkurse der Aluminiumkonzerne haben Mitte Februar einen Tiefpunkt erreicht.

Die Aktienkurse, die Preise der Anteilscheine an einem bestimmten Kapital, die die Kapitalisten an der Börse handeln, drücken die Erwartungen auf künftige Profite aus. Mit über 58 Dollar erreichten die Aktien der ALCOA Anfang Mai den höchsten Preis des Jahres 1977. Seitdem sind die Aktienkurse dieses Konzerns wie auch der anderen US-amerikanischen und kanadischen Aluminiummonopole fast ununterbrochen in gerader Linie gefallen. Anfang Dezember erreichten sie mit weniger als 42 Dollar pro Aktie einen Tiefpunkt. Zu dieser Zeit faßte die IBA ihren Beschluß des Mindestpreises für Bauxit. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die unverkauften Vorräte an Aluminium rasch wachsen und bereits um 10% über denen des Vorjahres liegen. Zum Jahreswechsel stieg der Kurs der ALCOA-Aktien noch einmal auf über 45. Seitdem ist er unter 39 Dollar gefallen.

Seit ihrer Gründung 1974 kämpft die IBA um eine gemeinsame Preispolitik. In den ersten sieben Monaten 1977 verkaufte Jamaika 4,4 Millionen Tonnen Bauxit auf dem US-amerikanischen Markt zum Preis von 30,54 Dollar pro Tonne. Den Preis für das Bauxit aus Guinea, das mit 1,4 Millionen Tonnen der zweitgrößte Lieferant war, drückten die US-Imperialisten auf 27,77 Dollar pro Tonne. Von dem wichtigen Zwischenprodukt Aluminiumoxyd lieferte Jamaika 356000 Tonnen zum Preis von 155 Dollar pro Tonne und wurde dabei unterboten von Australien, das 1,6 Millionen Tonnen zum Preis von 116 Dollar pro Tonne ver-

von Australien, das 1,6 Millionen Tonnen zum Preis von 116 Dollar pro Tonne verkaufte.

Australien galt unter den Mitgliedsstaaten der IBA bisher als einer der schärfsten Gegner einer gemeinsamen Preispolitik. Die australische Bauxit- und Aluminiumoxydproduktion wird fast vollständig von den US-amerikanischen Konzernen ALCOA und Kaiser beherrscht, und mit dem Kapital, das diese Monopole sich zusammengeraubt haben, ist Australien auch zu dem einzigen Land in der IBA geworden, das über eine nennenswerte Aluminiumproduktion verfügt.

Nachdem die Imperialisten die IBA nicht spalten und den Beschluß über den Mindestpreis nicht verhindern konnten, suchen sie fieberhaft nach neuen Spaltungsmöglichkeiten. Der festgesetzte Preis liege beträchtlich unter den bisher bezahlten Preisen. Es bestehe die Möglichkeit, das Bauxit auch außerhalb Nordamerikas noch billiger aufzukaufen. Australien könne die anderen Staaten immer noch im Aluminiumoxyd unterbieten, das von der Absprache nicht betroffen sei, schreibt das „Mining Journal" in seiner ersten Stellungnahme.

Ein Sprecher der IBA-Konferenz hat dagegen erklärt, die Staaten der IBA wollten mit diesem ersten Schritt eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage für die künftigen Preisbewegungen schaffen. Die Aluminiumpreise haben begonnen sich zu bewegen. Auf dem westeuropäischen Markt ist der Preis für Rohaluminium von 1100 Dollar im Januar auf 1040 Dollar Mitte Februar gefallen, nachdem der Preisverfall für Rohaluminium durch den Preisverfall des Dollars lange verdeckt war. Die Aluminiummonopole werden alles versuchen, um die Rohstoffpreise zu senken und so diesen Preisverfall auszugleichen. Das Mindestpreisabkommen ist eine Waffe gegen diese Angriffe. Es richtet sich direkt gegen die US-Imperialisten, die den Weltaluminiummarkt noch beherrschen und die die Hauptplünderer der in der IBA zusammengeschlossenen Staaten sind. Daß Australien sich mit den anderen Bauxitproduzenten gegen die US-amerikanischen Räuber zusammengeschlossen hat, ist ein wichtiger Schritt zur Isolierung dieser imperialistischen Supermacht. – (Z-Red.)

Die neuen Zaren warnen Japan

„Wenn Japan eine von China vorgeschlagene Antihegemonismusklausel akzeptiert, dann wandelt sich Japan in einen Feind einer dritten Nation, gegen die sich diese Klausel richtet." Diese unverhohlene Drohung richteten die sowjetischen Sozialimperialisten am 24.11.1977 über Radio Moskau an die japanische Regierung (nach „Japan Times" vom 24.12.77). Diese Antihegemonismusklausel, die die neuen Zaren so in Rage bringt, soll Bestandteil des Friedensvertrages zwischen China und Japan sein. Bereits 1972, als der damalige japanische Ministerpräsident Tanaka mit Tschou En-lai in Peking die Beendigung des Kriegszustandes mit China und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten vereinbarte, unterzeichneten beide ein Kommuniqué, in dem es unter Punkt 7 heißt: „Die Normalisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen ist nicht gegen dritte Länder gerichtet. Keines der beiden Länder soll eine Vormachtstellung im asiatisch-pazifischen Raum anstreben, beide sind gegen solche Hegemoniebestrebungen von Drittländern oder Gruppen von Ländern." Damals wurde von beiden Seiten die Absicht bekräftigt, einen Friedensvertrag zu schließen. Die Volksrepublik China besteht darauf, daß die Antihegemonieklausel Bestandteil dieses Vertrages wird.

Was zeigt deutlicher den imperialistischen Charakter und das Weltherrschaftsstreben der Sowjetunion als der Aufschrei der neuen Zaren über diese Klausel? Sie wissen genau, daß eine Übereinkunft zwischen China und Japan gegen jedes Vormachtstreben im ostasiatischen Raum eine Barriere für ihre Bestrebungen ist, diesen Teil der Welt zu ihrem Einflußbereich zu machen und ihn sich dann vollständig einzuverleiben. Ferner wäre solch ein Vertrag ein Schlag gegen die sowjetische Kampagne zur Errichtung eines „kollektiven Sicherheitssystems in Asien", mit dessen Hilfe sie einen Rauchvorhang (ähnlich der KSZE) über ihre Weltherrschaftsambitionen legen wollen.

Bei den sowjetisch-japanischen Gesprächen über den Abschluß eines Friedensvertrages im Januar 1978 wies der japanische Außenminister Sonoda die Angriffe der neuen Zaren auf die Antihegemonieklausel als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Japans zurück und vertrat, daß Japan sich weigern wird, einen solchen Vertrag mit der Sowjetunion abzuschließen, bevor nicht die Rückgabe von vier Inseln an der Nordspitze von Japan geregelt ist, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetunion besetzt sind. Mit der damals noch sozialistischen Sowjetunion bestand die Vereinbarung, die Inseln nach Abschluß

eines Friedensvertrages an Japan zurückzugeben.

Diese Inseln, deren südlichste in Sichtweite von der zweiten Hauptinsel Hokkaido liegt, werden zu Recht von Japan beansprucht. Sie sind historisches japanisches Territorium. Als Japan zum ersten Mal 1855 Beziehungen zum zaristischen Rußland aufnahm, waren die beiden südlichsten Inseln der Kurilenkette, Etoforu und Kunashiri, von japanischen Siedlern bewohnt. Die beiden Inseln galten als japanisches Territorium, was 1875 in einem Vertrag zwischen beiden Ländern festgehalten worden war. Die beiden anderen kleineren Inseln (Habomai und Shikotan), die nicht zur Kurilenkette gehören, waren immer unangefochtenes japanisches Territorium. Sonoda berief sich bei seiner Forderung nach Rückgabe der Inseln auf die japanisch-sowjetische Erklärung zwischen dem früheren Ministerpräsidenten Tanaka und Breschnew von 1973, in der die Frage des nördlichen Territoriums als eine ungelöste Nachkriegsfrage zwischen den beiden Ländern bezeichnet worden war. Daß diese Erklärung Breschnews als Lockmittel für die japanische Finanzbourgeoisie gedacht war, mit riesigen Kapitalsummen den Sozialimperialisten bei der Erschließung Sibiriens unter die Arme zu greifen und außerdem nationale Positionen aufzugeben, zeigte dann das vage Angebot der Sowjetunion an Japan, nur die beiden kleineren Inseln zurückzugeben. Die japanische Regierung bestand weiter auf der Rückgabe aller vier Inseln. Daß das Angebot der Sozialimperialisten nicht ernst gemeint war, zeigt ihre jetzige Haltung. Kossygin erklärte Sonoda frech, daß „kein territoriales Problem zwischen Japan und der Sowjetunion existiert".

Die neuen Zaren denken nicht im entferntesten daran, die Inseln zurückzugeben. Dafür sind sie ihnen zu wichtig zur Durchsetzung ihrer Weltherrschaftspläne. Die Inseln sind ausgebaut als Horch- und Militärposten. Es sind vorgeschobene Bastionen gegen Japan und die übrigen südostasiatischen Staaten sowie, mit den übrigen Kurileninseln, militärische Wellenbrecher gegenüber der anderen imperialistischen Supermacht.

180 provokative Bewegungen von Kampfflugzeugen und -schiffen wurden in bzw. über dem Territorium Japans allein im Vorjahr registriert. Die profitträchtigen Fischgründe sind ein weiterer Grund für die Sozialimperialisten, die Inseln nicht rauszurücken. Am 1.3.77 hat die Sowjetunion ihre 200-Seemeilen-Zone errichtet. Mit diesen Fischgründen will die Sowjetunion Japan zum Verzicht auf die Inseln zwingen. Es gelang ihr jedoch „nur", Japan ein neues Interimsabkommen zur Regelung des Fischfangs abzupressen, das den japanischen Fischern nur noch an fünf Stellen innerhalb der 200-Seemeilen-Zone das Fischen erlaubt. Das Fangen von Hering und Seelachs wurde verboten. In den gemeinsam befischten Gewässern außerhalb der Zone wurden für sie die Fangquoten für Seelachs und Flundern um 70%, für Makrelen und Krebse um 50% gesenkt. Insgesamt senkten die Sozialimperialisten den Japanern die Fischfangquote um 45,3%. Dies ist nicht nur ein Schlag für die japanische Finanzbourgeoisie, die ihrer Profite in der Hochseefischerei im Ochotskischen Meer und im Nordpazifik verlustig geht, sondern auch für einige Zigtausende von kleinen Küstenfischern, die dem Ruin ins Auge blicken.

Derart von den Sozialimperialisten unter Druck gesetzt, ließen die japanischen Imperialisten Ministerpräsident Fukuda auf einer Wahlreise im Sommer verkünden: „Die Zeit ist jetzt endgültig reif, um den Friedensvertrag mit Peking abzuschließen." Das ist aber nur die eine Seite. Etwa zum gleichen Zeitpunkt hat die japanische Regierung die Ratifizierung des japanisch-südkoreanischen Vertrages „über die gemeinsame Erschließung des Kontinalschelfs" im Parlament durchgepeitscht. Dieser Vertrag ist ein direkter Angriff auf die Souveränität Chinas, da der Kontinentalschelf im Ostchinesischen Meer, der zum größten Teil China gehört, hinter dem Rükken des chinesischen Volkes aufgeteilt wird. Die japanischen Imperialisten versuchen dem Druck der einen Supermacht auszuweichen, indem sie ihre eigenen Räubereien gegenüber den anderen Ländern der Region verstärken. Doch nicht nur China und andere Anliegerstaaten haben Japan unmißverständlich klargemacht, daß sie solchen Raub nicht dulden werden. In Japan selbst ist dieses Abkommen auf heftigen Widerstand gestoßen und es ist gar nicht sicher, daß die Regierung es aufrechterhalten wird. Im Gegenteil. In riesigen Demonstrationen auf der Insel Hokkaido forderten Hunderttausende von Menschen die Rückgabe der vier Inseln durch die Sowjetunion. Die Forderung nach Unterzeichnung des Friedensabkommens mit China wird immer lauter erhoben. – (Bezirk Westberlin)

Entwicklungsstopp für den B 1-Bomber

Die US-Imperialisten haben Größeres im Auge

Am 30. Juni 1977 gab der US-amerikanische Präsident seine Entscheidung bekannt, die Produktion des strategischen Langstreckenbombers B 1 nicht mehr zu betreiben. Stattdessen wolle er beim Kongreß beantragen, die 1,4 Mrd. Dollar, die 1977 im Rüstungs- und Kriegshaushalt der USA für die Entwicklung dieser Waffe vorgesehen waren, für die Beschaffung der Raketenwaffe Cruise Missile zu verwenden.

Die „Washington Post" schrieb in einem begeisterten Kommentar über diesen Schritt:

„Wir begrüßen Mr. Carters Entscheidung, mit der Produktion des B-1-Bombers nicht zu beginnen. (...) Wir finden diese Entscheidung sehr vernünftig. Die alten grauen B 52 können weit weg vom Territorium des Feindes dahinfliegen und Cruise Missile abfeuern, diese unbemannten Drohnen, die noch nicht auf der Bildfläche waren, als die Arbeit am B 1 begann. Das macht es überflüssig, mit den B 1, die 100 Mio. Dollar pro Exemplar kosten, in die Verteidigungslinien des Feindes einzudringen. Die vertraute strategische ‚Triade' (Dreigespann, Anm. d. Red.) – Raketen, die auf dem Land stationiert sind, Raketen, die auf dem Boden stationiert sind, und Bomber – ist unübertroffen."

Die russischen Sozialimperialisten haben auf die Entscheidung Carters, die alsbald vom Kongreß bestätigt wurde, wütend reagiert: „Die Vereinigten Staaten haben eine neue Runde im gefährlichen Wettrüsten begonnen", schrieb die Nachrichtenagentur TASS.

Der B 1 ist ein Langstreckenbomber, der sowohl für den Abwurf von strategischen Atombomben wie für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld geeignet ist. Im Rüstungsprogramm der US-Imperialisten soll er den B 52 ersetzen, der seit den fünfziger Jahren im Dienst ist. Der B 1 ist um ein Drittel kleiner als der B 52 und kann sowohl in großer Höhe wie in Bodennähe mit doppelter Bombenlast fast doppelt so schnell fliegen. Die Cruise Missiles sind unbemannte Flugkörper, die annähernd mit Schallgeschwindigkeit in unmittelbarer Nähe des Bodens auf ein Ziel mit einer Treffsicherheit von 12 Metern gelenkt werden können. Ihnen wird ein Abbild des Bodenreliefs einprogrammiert, wonach sie mit einem internen Radarsystem gesteuert werden. Bisherige Typen sind kürzer als 5 Meter. Bei niedriger Flugweise und geringer Größe sind sie nach Behauptung der US-Imperialisten weder für Radarsysteme noch für Raketenabwehrsysteme erfaßbar. Obwohl der B 1 eine höhere Wirksamkeit hat, sind seine Aussichten, durch die feindliche Flugabwehr zu gelangen, schlechter.

Das „strategische Dreigespann" von Langstreckenraketen vom Boden und Land und Langstreckenbombern haben die US-Imperialisten in den fünfziger und sechziger Jahren aufgebaut als Mittel der atomaren Erpressungspolitik, um Aggressionen gegen die Befreiungskriege der Völker der Welt an jedem Punkt der Erde wirksam zu unterstützen und einen Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten.

Um der atomaren Erpressung durch die US-Imperialisten zu entgehen, hat die sozialistische Sowjetunion Ende der vierziger Jahre begonnen, selbst eine Atomwaffe aufzubauen. Heute hat sich die Sowjetunion selbst zu einer aggressiven imperialistischen Macht entwickelt, die mit ihren weitreichenden Waffen selbst erpreßt, die jeden Gegner an jedem Punkt der Erde treffen können will, der sich ihren Expansions- und Angriffsplänen und dem Vormarsch ihrer Truppen im Kriegsfall widersetzt. Sie verfügt über eine große Anzahl von Interkontinental- und Mittelstreckenraketen, die sie wie die US-Imperialisten mit Mehrfachsprengköpfen ausrüsten kann. Sie baut ihre Bomberflotte weiter aus. Die Sozialimperialisten haben ein Luftabwehrsystem, das die Wirkung der strategischen Angriffswaffen der US-Imperialisten weitgehend neutralisieren soll und das vor allem ihren eigenen vorrückenden Truppen im Falle eines Krieges einen wirksamen Schutz vor den Gegenschlägen des Gegners bieten soll.

Bei den Verhandlungen über einen „Vertrag zur Begrenzung der strategischen Aufrüstung" (SALT) versuchen die beiden Supermächte die Völker der Welt über ihre aggressiven und kriegerischen Absichten zu täuschen. Gleichzeitig versuchen sie sich gegenseitig Bedingungen im weiteren Wettrüsten aufzuzwingen, die das Angriffspotential des Gegners und seine Verteidigungsmaßnahmen unterlaufen.

Im ersten SALT-Abkommen von 1972 einigten sich die beiden Supermächte auf eine Beschränkung der Zahl der schweren Atomsprengköpfe und der interkontinentalen Raketen. Von beidem haben die Supermächte genug, um das Gleichgewicht der Erpressung und die Bedrohung gegen die Völker der Welt aufrechtzuerhalten.

In den Verhandlungen zu SALT II, die bisher erfolglos geführt werden, geht es um *mehr*. Sie wollen sich bei ihrem Betrug Knüppel zwischen die Beine werfen bei der Entwicklung bestimmter Waffen, die sie im Krieg um Europa einsetzen wollen und die dafür bedeutend sind, also die „leichten" Atombomben und Bombenträger, deren Einsatz den Vorstoß der Panzer- und Infanteriearmeen vorbereiten oder absichern soll.

Daneben eignen sich solche Verhandlungen dazu, viel Lärm um die gegenseitige atomare Bewaffnung zu machen und „atomaren Abrüstungswillen" zu zeigen, während beide Supermächte die Infanterie-, Artillerie- und Panzerbewaffnung schwungvoll ausbauen, die Teile der Bewaffnung also, mit denen tatsächlich nach vorne marschiert werden soll.

In den Verhandlungen konnte bisher weder die rasche Vermehrung der Raketen mit Mehrfachsprengköpfen und die Verbesserung der Trägerraketen durch die US-Imperialisten noch die Drohung mit der Neutronenbombe oder mit dem Bau mehrerer hundert B-1-Bomber die Sozialimperialisten dazu bewegen, über eine Beschränkung der Beschaffung ihres „Backfire" genannten Kampfbombers oder auch nur die Beschränkung bei „Killer"-Satelliten zur Zerstörung von US-imperialistischen Spitzelsystemen zu verhandeln.

Mit der Entwicklung der Cruise Missile glauben die US-Imperialisten eine Waffe gefunden zu haben, die das sowjetische elektronische Abwehrsystem und die SAM-Raketen durchbrechen kann. Ende letzten Jahres hat Carter den Sozialimperialisten dann folgenden Kuhhandel angeboten: Das nächste SALT-Abkommen soll für acht Jahre gültig sein. Für drei Jahre wollen die US-Imperialisten darauf verzichten, die Cruise Missile mit einer Reichweite von über 2600 Kilometern, also im interkontinentalen Bereich, zu entwickeln. In dieser Zeit sollen aber auch alle Versuche mit Waffen verboten werden, die zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung noch nie getestet wurden oder die bis dahin nicht kriegsmäßig in Stellung waren.

Die Cruise Missile ist getestet und braucht keine festen Stellungen. Sie sollen ab 1979 einsatzbereit sein. Die B 52 soll als Träger dienen. Eine neue Version des B 1 für den Einsatz von Cruise Missiles soll entwickelt werden, weil die bis jetzt erprobte B 1 dafür nicht geeignet ist. – (Z-Red.)

Die Bourgeoisie will das Transportwesen umwälzen

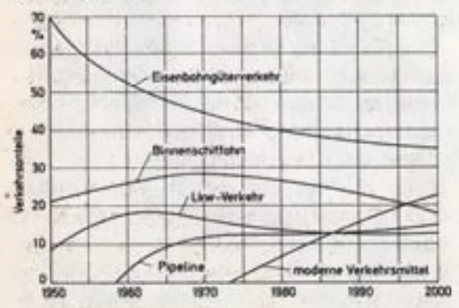
Viele Termine hat der Bundeskanzler Schmidt während der „hektischen Tage" der Regierungsumbildung ausfallen lassen. Den Termin der Betriebsbesichtigung von Krauss-Maffei hat er wahrgenommen.

Bei Krauss-Maffei wird eine Magnetschwebebahn entwickelt, von der sich die westdeutschen Imperialisten eine bedeutende Verbesserung ihres Transport- und Verkehrssystems erhoffen.

Für jedes kapitalistische Wirtschaftssystem hat die vorhandene Transportkapazität sowie die Elastizität und Geschwindigkeit der Transportsysteme einschneidende Wirkung auf den Profit. Seit Jahren beschäftigen die Kapitalisten ein Heer von Professoren, um geeignete Pläne ausarbeiten zu lassen. Es existieren jetzt eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Umwandlung der einzelnen Verkehrssysteme, vor allem zur Rationalisierung an den Umschlagplätzen wie Seehäfen, Flughäfen, Güterbahnhöfen usw. Allesamt schließen diese Pläne eine umfassende Rationalisierung, d.h. u.a. Verringerung der Zahl der beschäftigten Transportarbeiter ein. Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hoppe drohte jüngst den Bahnarbeitern damit und „empfahl" der ÖTV, sich bei den Lohnforderungen besser zurückzuhalten.

Der Eisenbahngüterverkehr wird sich vor allem zugunsten der immer stärkeren Anwendung von Rohrleitungssystemen (Pipelines) verringern.

Quelle: Prognos AG



Darüberhinaus geht es den westdeutschen Imperialisten um die „Rationalisierung der interkontinentalen Transportkette". Dies soll erreicht werden durch genormte Ladeeinheiten. In den letzten Jahren hat der Container gegenüber der Palette als Ladeeinheit erheblich an Boden gewonnen. Die Weltschiffahrt operiert heute mit 2 Millionen Containern. 1980 sollen es 3 Millionen sein. 1968 noch wurden lediglich 13% des Stückguts in Contai-

Millionen sein. 1968 noch wurden lediglich 13% des Stückguts in Contai-

nern transportiert, 1972 waren es dann schon 70%, 1979 sollen es über 90% sein. Die großen Containerverleihfirmen machen riesige Gewinne, die Kapitalisten beklagen, daß die Seehäfen dem Containeransturm überhaupt nicht gewachsen sind, weil sie noch nicht umgerüstet sind.

Die BRD-Imperialisten mokieren sich darüber, daß die von der International Organization for Standardisation (ISO) festgelegte Norm für die Abmaße der Container den in den USA geltenden Straßenverkehrsbedingungen angepaßt sind und den „europäischen Erfordernissen nicht voll Rechnung tragen". Die Deutsche Bundesbahn hat dann vorderhand erstmal für den kontinentalen Transport abweichend von der Norm den sogenannten DB-Binnencontainer entwickelt.

Für den Seeverkehr sollen die für die Zukunft projektierten Schiffe eine Länge von 300 Metern und eine Breite von 32 Metern aufweisen. Darüberhinaus soll die Weiterentwicklung des „Katamaran" einen schnelleren Containertransport ermöglichen. Dieser Schiffstyp besteht aus 2 torpedoförmigen Unterwasserschwimmkörpern, die über Stelzen mit einem oberhalb der Wasserfläche befindlichen Transportaufbau verbunden sind. Dieses Schiff erreicht eine Geschwindigkeit von 60 Knoten. Blohm und Voß entwickelt das European-Barge-Carrier-System (EBCS), das aus einem Trägerschiff und einer Anzahl nicht selbst angetriebener schwimmfähiger Behälter (Bargen) besteht. Das Schwergewicht der Forschung liegt auf Möglichkeiten der Verringerung der Hafenanliegezeiten und Verringerung des Schiffspersonals. Das Schiffspersonal soll weitgehend überflüssig gemacht werden durch einen Prozeßrechner, der Aufgaben der Navigation, z.B. Satelliten-Navigation, Kursrechnung, Lade- und Löschvorgänge sowie die Optimierung der Ladungsverteilung übernimmt.

Einige Forscher sprechen bereits von unbemannten, durch Funk gesteuerten „Sklavenschiffen". Deutsch-japanische Forschungskommissionen arbeiten an der Entwicklung von Kernenergieantriebsanlagen für Containerschiffe.

Die Luftfracht spielt im Hinblick auf die Gesamttonnage, die transportiert wird, eine untergeordnete Rolle. Der Anteil der Luftfracht beträgt gerade 0,05%. Allerdings werden mit der Luftfracht wertmäßig betrachtet erhebliche Anteile umgeschlagen (elektronische Rechenanlagen und optisch hochwertige Geräte usw.). Die Entwicklung konzentriert sich jetzt auf „Großraumfluggeräte der dritten Generation", also größeres Ladevolumen und höhere Nutzlast wird angestrebt. Die Lookheed L 500 ist bereits ein solches Flugzeug, eine vergrößerte Version des Militärtransporters C-5 Galaxy.

Die Luftfrachtumschlagsysteme sollen in Zukunft von den Passagierflughäfen abgetrennt werden, obgleich das nicht mehr als ein räumliches Nebeneinander bedeuten kann, da die Ballungsräume nach wie vor das Ziel bleiben.

Vor allem aber sollen großvolumige Ladeeinheiten entwickelt und angewandt werden, um den Umschlag rationeller zu gestalten.

In bezug auf den Straßenverkehr ist die kapitalistische Forschung bescheiden. Sie muß es, denn die Kapazität der der Straßen ist nahezu ausgeschöpft. Jeder Autobahnbenutzer weiß das. Die Forschungsunternehmen handeln deshalb auch lediglich von der Entwicklung der Gasturbine als neues kostengünstigeres Antriebsverfahren und der Möglichkeit der Kombination und Auswechselbarkeit von verschiedenen Aufbauten für Lastkraftwagen.

Der Schienenverkehr hat in den letzten Jahren bedeutende Einbußen erlitten. Die kapitalistische Forschung konzentriert sich zunächst auf die „Automatisierung der Betriebsführung". Beabsichtigt ist, die im Rangierbetrieb anfallenden Arbeiten der Zugzerlegung und Zugbildung, die sehr zeitraubend ist, durch eine zentrale Prozeßsteuerung wesentlich zu beschleunigen. Eine geringe Zahl zentraler Rangierbahnhöfe wird angestrebt, solch eines Typus wie der in Hamburg-Maschen bereits eingerichtete. Anfang der achtziger Jahre soll die automatische Kupplung eingeführt werden. Damit kann dann das Trennen und Verbinden der Waggons selbsttätig erfolgen. Dann soll der Containertransport per Bahn forciert werden. Dazu sollen sogenannte Ganzzüge Anwendung finden. Ganzzüge bestehen aus einer Anzahl permanent gekoppelter Flachwagen, die alle möglichen Kombinationen von Containern, Wechselaufbauten bzw. Kraftwagen-Sattelauflieger aufnehmen können.

Eine wesentliche Beschleunigung der Güterzüge bei Beibehaltung des Rad/Schienensystems erscheint nicht möglich. Spätestens ab 300 Stundenkilometer steigen die Reibungskräfte derart an, daß eine weitere Steigerung der Geschwindigkeit nicht mehr vertretbar ist.

Hier legen die westdeutschen Imperialisten alle Hoffnungen auf „fahrwegzwangsgeführte Hochleistungstransportsysteme". Eine Reihe von Versuchsfahrzeugen sind in Erprobung. Darunter die Magnetschwebebahn von Krauss-Maffei, die der Kanzler kürzlich besuchte.

Ferner gehören zu diesem Forschungszweig außer der „magnetischen Unterstützung" die „Luftkissenunterstützung".

Die Magnetbahnen scheinen sich indessen besser zu bewähren. Es gibt im wesentlichen 2 Systeme, das elektrodynamische und das elektromagnetische. Beim elektrodynamischen System werden mit Hilfe starker Fahrzeugmagnete mit Supraleitererregung in entsprechenden, im Fahrweg verlegten Spulenreihen Reaktionsströme erzeugt, deren abstoßende Magnetfelder das Fahrzeug während der Fahrbewegung in Schwebestellung halten. Die Supraleitung ist notwendig, um die erforderlichen Stromstärken bis zu 100 Kiloampere zu bewältigen. Dazu müssen allerdings die Magnete bis auf 3 Grad Kelvin (Null Grad Kelvin gleich minus 273 Grad Celsius) abgekühlt werden. Weniger aufwendig ist das elektromagnetische System, welches auch Krauss-Maffei verfolgt.

Die Magnetschwebebahn läßt leicht Geschwindigkeiten von mehr als 500 km/h zu. Das bedeutet in der Tat eine Revolutionierung des kapitalistischen Transportwesens, welches den westdeutschen Imperialisten einen bedeutenden Konkurrenzvorteil sichern würde.

Überaus interessant ist das Strekkennetz, welches Westdeutschland aufzubauen beabsichtigt.

Mit dem geplanten „intereuropäischen Streckennetz" bereiten die westdeutschen Imperialisten vor allem den Brückenschlag nach Italien vor.

Dieses Streckennetz geht zurück auf eine Studie der Hochleistungs-Schnellbahn (HSB) Studiengesellschaft GmbH. Danach würden vor allem die Verkehrsverhältnisse zwischen dem nord- und süddeutschen Raum verbessert und könnte dies der Ausgangspunkt eines wie es heißt „intereuropäischen Verkehrsnetzes" werden. Passend zu den Plänen der westdeutschen Imperialisten erscheint das Vorhaben, durch Österreich hindurch eine Brücke nach Italien zu schlagen.

Weniger äußern sich die Imperialisten zu den Kosten bzw. überhaupt zu den Möglichkeiten des Baus dieses gigantischen Streckennetzes. Es müßte ja fast das gesamte herkömmliche Streckennetz ersetzt werden durch ein völlig neuartiges, in bezug auf den Bau ungleich arbeitsintensiveres. Wer soll dieses Projekt aus dem Boden stampfen? Hitlers Autobahnbau ist geradezu ein Sandkasten dagegen. Schon der war ohne Zwangsarbeit nicht machbar. Das ist hier nicht anders. Fast die gesamte wehrfähige westdeutsche Jugend müßte mit dem „Spaten" ausgerüstet ins Feld geschickt werden. Die regierenden Sozialdemokraten wollen die Vollstrecker dieses Programms des westdeutschen Finanzkapitals werden. Es paßt zur Propaganda und Ideologie der Regierungssozialdemokratie wie die Faust aufs Auge. – (Z-Red.)

Autobahnbau 1939–45, ein Programm der Zwangsarbeit

Am 1. Mai 1933 kündigte das deutsche Finanzkapital durch Adolf Hitler das Zwangsarbeitsprojekt Reichsautobahn an. Folgenden Widerspruch mußte die Finanzbourgeoisie lösen: Die Transport- und Kommunikationsmittel widersprachen der Produktionsweise der großen Industrie mit ihrer fieberhaften Geschwindigkeit der Produktion, ihrer höheren Stufenleiter, ihrem beständigen Werfen von Kapital und Arbeitermassen aus einer Produktionssphäre in die andere. Mit der Eisenbahn konnten zwar die Rohstoffe, Halbfabrikate und Waren im Fern- und Nahverkehr transportiert werden, die Eisenbahn bedurfte jedoch der Ergänzung durch Zubringerdienste. Der Pferdewagen war für diese Dienste gänzlich untauglich, wurde doch der Zeitgewinn im Umschlag der Waren, den die Eisenbahn erreichte, durch den Pferdewagen wieder verloren.

Die Fortentwicklung und Nutzung der Kraftfahrzeugindustrie war für das Finanzkapital unentbehrlich. Das zeigt diese Tabelle:

Transportleistungen der deutschen Eisenbahnen, der Binnenschiffahrt und des Kraftverkehrs 1912 und 1925

Verkehrsträger	Transportleistung (in Mrd. tkm)	
	1912	1925
Eisenbahnen	66,2	60,2
Binnenschiffahrt	17,1	13,3
Kraftverkehr	0,01	1,6

Mit dem deutschen Straßennetz, das wegen seiner Beschaffenheit von schnellen Lastkraftwagen nicht befahrbar war, waren die Expansionspläne der deutschen Bourgeoisie nicht zu verwirklichen.

Die Industrie- und Handelskammer regte in einer vom 25.4.1934 datierten Denkschrift die „Weiterführung der Autobahn Berlin–Königsberg über Kaunas–Vilnius nach Moskau und auf weite Sicht nach Wladiwostok" an. Der 1933 erarbeitete Plan eines Grundnetzes sah den Bau von 6000 bis 6500 km Autobahn vor. Die Expansionspläne des deutschen Finanzkapitals entwickelte die nationalsozialistische Propaganda: „In der West-Ost-Richtung folgen die Autobahnen traditionsreichen Verbindungen. Es sind die gleichen Wege, auf denen die politische und kulturelle Eroberung des deutschen Ostens erfolgte ... Die beiden Hauptlinien der Reichsautobahn sind zugleich die Achse der Verbindung zwischen Abendland und Morgenland, sie stellen die Beziehung her zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer, ja sie führen zu sinngemäßer Verlängerung weiter bis Indien und in den fernen Osten. Immer hat ja der nordische Mensch in der Geschichte den Weg nach Indien beschritten."

1938 wurde die „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" erlassen. „Deutsche Staatsangehörige können vom Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für eine begrenzte Zeit verpflichtet werden, auf einem ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz Dienste zu leisten." (§ 1) Auf der Grundlage der großen Arbeitslosigkeit konnten die Kapitalisten den Lohn unter die Reproduktionskosten drücken. Hitler erklärte 1934: „Arbeitslosenunterstützung ohne Gegenleistung ist Wahnsinn." Die Löhne der Bauarbeiter betrugen 45 Pfennig in der Stunde. Sie lagen bei der Höhe des vorher bezogenen Arbeitslosengeldes und teilweise unter der sogenannten „Wohlfahrtsunterstützung". Diese Löhne waren die Grundlage für maßlose Ausdehnung des Arbeitstages und Intensivierung der Arbeit. Die „Normalarbeitszeit" betrug 48 Stunden in der Woche, tatsächlich war 60stündige Arbeit in der Woche die Regel. Tausende von Arbeitern verunglückten auf der Baustelle, nach der offiziellen Statistik der Faschisten wurden 500 Arbeiter in fünf Jahren auf der Baustelle getötet. Aufrechterhalten konnte die deutsche Finanzbourgeoisie das Militärzuchthaus nur durch schärfste Unterdrückung. Die Autobahnarbeiter waren in Lagern untergebracht, die durch Lagerführer militärisch geführt wurden.

„Loren, Loren, Loren!" Unter diesem Schlachtruf verordneten die deutschen Imperialisten Zwangsarbeit für die deutsche Arbeiterklasse

1936 waren die ersten 1000 km Reichsautobahn durch Zwangsarbeit der deutschen Arbeiterklasse abgepreßt worden. Auf der Grundlage dieser verschärften Ausbeutung und der Errichtung des Militärzuchthauses überflügelten die deutschen Imperialisten 1935 zum ersten Mal Frankreich und Großbritannien in der Produktion von Kraftfahrzeugen. – (Z-Red.)

Kapitalistisches Transportwesen und Welthandel

Jeder Kapitalist ist bestrebt, die Umschlagszeit seines Kapitals beständig zu verkürzen. Die Umschlagszeit umfaßt sowohl die Periode der Produktion als auch die Periode der Zirkulation. In der Periode der Zirkulation muß der Kapitalist seine Waren losssschlagen, den von den Arbeitern abgepreßten Mehrwert als Profit realisieren, um erneut investieren, also den Produktionsprozeß durch Ankauf von Arbeitern und Produktionsmitteln in Gang bringen zu können.

Verschiedene Länge der Umlaufzeit, also der Zeit, in der die Waren des Kapitalisten zwar produziert, aber noch nicht verkauft sind, z.B. eine Verlängerung der Umlaufzeit, haben unbedingt eine Verlängerung der Gesamtumschlagszeit, somit eine geringere Anzahl von Kapitalumläufen pro Jahr und somit eine geringere Masse des Profits zur Folge. Folglich ist der Kapitalist an immer schnelleren Transportmitteln brennend interessiert. Es kommt hinzu, daß ihm produzierte, aber noch nicht verkaufte Waren nicht nur nichts einbringen, sondern darüberhinaus noch Kosten durch Lagerhaltung und Wertverlust einbringen. Diese Lage versucht der Kapitalist unter allen Umständen zu verhindern.

Mannigfaltige Umstände im Schwanken der allgemeinen Marktverhältnisse können zu einer Verlängerung der „Verkaufsperiode" führen.

Eine entscheidende und stetig wirkende Ursache in der Differenzierung der Verkaufszeit und daher der Umschlagszeit überhaupt ist die Entfernung des Marktes, wo die Ware verkauft wird, von ihrem Produktionsplatz. Verbesserung der Kommunikations- und Transportmittel kürzt die Wanderungsperiode der Waren absolut ab. Die relative Differenz der Umlaufzeit hingegen, die verschiedene Stücke eines Warenkapitals zueinander haben, weil sie auf *nähere* oder *fernere* Märkte gelangen, bleibt erhalten. Die neue Magneteisenbahn verkürzt die ursprünglich notwendige Transportzeit zwischen Hamburg und München gerade in demselben Verhältnis, wie sie die ursprünglich notwendige Transportzeit zwischen Hamburg und Rom verkürzt. Diese relativen Differenzen können jedoch durch die Entwicklung moderner Kommunikations- und Transportmittel verschoben werden, die den natürlichen Entfernungen vollkommen widerspricht. So kann durch die Magneteisenbahn der Transport von Waren von Hamburg nach Rom wesentlich schneller und billiger werden als zum Beispiel der Transport von Hamburg nach Frankfurt. Die Geschichte des Kapitalismus ist voll von Beispielen, wie entwickelte Produktionszentren urplötzlich infolge neuentwickelter Transporttechnologien verfallen und neue, an den Schnittpunkten des neuen Verkehrssystems gelegene Produktionszentren „über Nacht" aufkommen.

Die Entwicklung der Transportmittel bewirkt die zeitliche Verkürzung großer räumlicher Entfernungen. Es entwickelt sich die Masse der Kommunikationsmittel, so daß z.B. viele Schiffe gleichzeitig nach demselben Hafen abgehen. Es bewirkt aber auch, daß zu verschiedenen Tagesstunden Züge zu einem bestimmten Ort abgehen. Der letzte Umstand bewirkt, daß nacheinanderfolgende Waren in kürzer aufeinanderfolgenden Zeiträumen die Reise antreten und auf den Markt gelangen können. Das bedeutet, daß auch der „Rückfluß" über kürzere aufeinanderfolgende Zeitperioden erfolgen kann, somit also beständig ein Teil in Geldkapital verwandelt ist, während der andere als Warenkapital zirkuliert. Die Gesamtumlaufzeit wird verkürzt, damit auch die Gesamtumschlagszeit des Kapitals.

Zunächst entwickelt sich die Zugdichte in dem Grade, wie am dazugehörigen Produktionsplatz *mehr* produziert wird, also das Produktionszentrum sich vergrößert, sowie nach der Richtung auf den bereits vorhandenen Absatzmarkt hin, also in die Ballungszentren, zu den Exporthäfen usw. Auf der anderen Seite bewirkt umgekehrt diese „besondere Verkehrsleichtigkeit" und der dadurch beschleunigte Umsatz des Kapitals eine *beschleunigte* Konzentration des Produktionszentrums auch als Handelszentrum. Es findet statt eine beschleunigte Konzentration von Menschen und Kapitalmassen, weil die Arbeiter, um ihre Arbeitskraft verkaufen zu können, dem Kapital folgen müssen, und es findet ein Fortschreiten der Konzentration dieser Kapitalmassen in immer weniger Händen statt.

Wenn einerseits die Entwicklung der Transport- und Kommunikationsmittel die Umlaufzeit für ein bestimmtes Quantum Waren verkürzt, so bedeutet das auf der anderen Seite für die Kapitalisten die Notwendigkeit, für immer entferntere Märkte, d.h. für den Weltmarkt produzieren zu lassen. Die Masse der auf Reise befindlichen und nach entfernten Punkten reisenden Waren wächst enorm. Der Teil des gesellschaftlichen Reichtums, der in Transport- und Kommunikationsmitteln ausgelegt werden muß, wird dadurch beständig größer. Das kapitalistische Transportwesen bringt schnell auflebende, kurzzeitig blühende Industrien geradeso zustande wie Zusammenbruch ehemals hochentwickelter Produktionszentren und Verödung ganzer Regionen. Es herrscht Anarchie, weil das Transportsystem einzig und allein aufgrund der Profitinteressen der Kapitalisten aufgebaut ist. – (Z-Red.)

Ehrenberg als oberster Dienstherr der BAG – Rechtsprechung in „guter" Tradition

Wenig bekannt ist noch, daß das Ehrenberg-Ministerium auch zwei höchstrichterliche Instanzen, das BAG und das Bundessozialgericht unter seinem Kommando hat.

Die Richter des BAG beruft Ehrenberg im Zusammenwirken mit den Landesarbeitsministern und ein paar vom Parlament bestellten Vertretern. Drei Berufsrichter gehören zu jedem der sechs Senate des BAG, dazu kommen zur Herstellung der „Sozialpartnerschaft" und des „sozialen Interessenausgleichs" je ein Arbeitgeber- und ein Arbeitnehmervertreter. An der Zusammensetzung dieser Gerichte hat sich seit den Zeiten des Deutschen Reiches (1926 wurden die Arbeitsgerichte geschaffen) nichts geändert. Bezahlt werden die Richter des BAG vom kapitalistischen Staat, genauer gesagt, vom Haushalt Ehrenbergs. An den Ausgaben für dieses Kind des Ministeriums wird nicht gespart, die Richter des BAG werden mit einem Gehalt zwischen R 6 und R 10, d.h. bis zu 10 000 DM im Monat liebevoll gehätschelt.

Von der Rechtsprechung her hat das BAG bereits eine „gute" Tradition in der Fortsetzung der Arbeit des Reichsarbeitsgerichts (RAG). Das RAG ging gleich nach seiner Einrichtung (1926) scharf daran, die von der Arbeiterklasse in der revolutionären Erhebung von 1918 erkämpften Rechte zurückzuschlagen.

1928 leitet das RAG aus dem Grundsatz der Betriebsverbundenheit eine Mehrarbeitsverpflichtung ab, da es dem Arbeiter obliege, zur Förderung des Wirtschaftsbetriebes beizutragen.

1929 verpflichtet das RAG Betriebsvertretungsmitglieder dazu, das Einvernehmen innerhalb der Belegschaft zu fördern.

1930 fällt das RAG ein Urteil zur Friedenspflicht der Tarifvertragsparteien, wonach eine Störung des Wirtschaftsfriedens zu unterlassen sei.

Auch im Faschismus leistete das RAG der herrschenden Klasse gute Dienste:

1934 nahm das RAG den Gewerkschaften jegliche Rechte und schuf neue faschistische Arbeiterverbände, die „Deutsche Arbeitsfront".

1942 wird dem Kapitalisten per RAG-Urteil erlaubt, nach seinem Ermessen festgesetzte Bußen zu verhängen.

Die „gute" Tradition läßt sich auch personell feststellen: Nipperdey wurde – nachdem 1946 die Alliierten schon per Kontrollratsgesetz die Arbeits- und Landesarbeitsgerichte wieder eingerichtet hatten – zum ersten Präsidenten des 1954 errichteten BAG. Er hatte sich, wie auch einige seiner Kollegen im BAG, schon im Faschismus als führender Arbeitsrechtler verdient gemacht. Als Präsident des BAG ist er verantwortlich für Urteile wie:

1955 wurden Arbeitskämpfe vom BAG als allgemein unerwünscht beurteilt, da sie volkswirtschaftliche Schäden mit sich bringen und den sozialen Frieden beeinträchtigen.

1957 fällt das BAG ein Urteil, daß der Arbeitgeber grundsätzlich das Betriebsrisiko trägt, er aber den Lohn nicht weiter zu zahlen braucht, wenn aufgrund des Verhaltens der Arbeitnehmer eine Beschäftigungsgrundlage nicht besteht.

1957 ergeht ein Urteil zur Friedenspflicht, das jeder Tarifvertragspartei untersagt, Arbeitskämpfe gegen den Tarifvertrag zu führen.

Nipperdeys Nachfolger, Gerhard Müller, arbeitete seit 1963 eifrig in diesem Sinne weiter:

1963 faßt das BAG ein Urteil zum „wilden Streik", das diesen für rechtswidrig erklärt.

1971 faßt der Große Senat des BAG einen Beschluß zu Streik und Aussperrung. Nach dem BAG dürfen Arbeitskampfmaßnahmen – Streik oder Aussperrung – nur nach Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten ergriffen werden.

Die Arbeitsgerichte dienen der Bourgeoisie dazu, der Arbeiterklasse zunächst ihre Kampforgane und Kampfmittel zu nehmen, um dann die Arbeiterschutzgesetze Schritt für Schritt zurückzuschlagen mit dem Ziel, die völlige Eliminierung dieser Gesetze, die Streichung bzw. das Verbot per Parlamentsbeschluß durchzusetzen.

1977 wurde ein „Gesetz zur Beschleunigung der arbeitsgerichtlichen Verfahren" verabschiedet. 1977 wurde auch von der Arbeitsgesetzbuchkommission des Minister Ehrenberg der Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches Allgemeines Arbeitsvertragsrecht herausgegeben. „Die Bundesregierung bemüht sich um einen personellen Ausbau der Arbeitsgerichte. Für den Haushalt 1978 hat die Bundesregierung daher eine weitere Vermehrung der Richterstellen beim BAG vorgeschlagen", heißt es in den Sozialpolitischen Informationen, herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Das Bundesarbeitsgericht reißt die von der Arbeiterklasse erkämpften Schranken gegen die Ausbeutung ein

2. Artikel aus der Serie: „Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales"

Gegenüber allen anderen Waren weist die Ware Arbeitskraft eine Besonderheit auf, nämlich die, daß ihr Wert und das Ausmaß und die Dauer ihres Gebrauchs nicht von der Natur der Sache her bestimmt werden, sondern durch Kampf.

Im Verlauf dieser Kämpfe hat sich die Arbeiterklasse die Gewerkschaften als ihre elementaren Organisationen geschaffen zu dem Zweck, den Kampf um den Lohn und die Arbeiterschutzrechte zu führen und die Eroberung der politischen Macht vorzubereiten. Für die Bourgeoisie stellt sich in diesen Kämpfen heraus, daß sie bestimmte Zugeständnisse machen muß, um ihre politische und ökonomische Herrschaft zu sichern.

Wo die Arbeiterklasse eine gesetzliche Verankerung von Arbeiterschutzrechten erzwingen kann, versucht die Bourgeoisie, diese Gesetze für sich zurechtzubiegen. Die Juristerei ist ein wichtiges Mittel der Bourgeoisie im Klassenkampf. So hat sie sich auch ein eigenes Arbeitsrecht und „Sondergerichte" für Arbeitsstreitigkeiten geschaffen, um der „Eigenart des Arbeitsverhältnisses Rechnung zu tragen" (Handwörterbuch der Rechtswissenschaften).

Im folgenden soll anhand der Rechtsprechung in den letzten Jahren untersucht werden, wie das BAG (Bundesarbeitsgericht) mit seinen Urteilen diesem Interesse der Kapitalistenklasse dient.

Angriff auf das Tarifrecht am Beispiel der Rechtsprechung zur Teilzeitbeschäftigung

Teilzeitarbeit heißt ein Schlager der sozialliberalen Koalition: Teilzeitarbeit als Schritt zur Vollbeschäftigung, als Weg zum Wohlstand der Arbeiterfamilie, Emanzipation der Frau bei wohltuend maßvoller Beteiligung am Produktionsprozeß.

Für die Kapitalisten erweist sich die Ausbeutung der Teilzeitarbeiter als besonders profitabel. G. Schaub, Vorsitzender Richter eines Landesarbeitsgerichts (LAG), stellt dazu in seinem maßgeblichen „Arbeitsrechtshandbuch" fest: „Bei gleichförmigen Arbeiten mit hohem Ermüdungskoeffizienten kann durch mehrere Teilzeitbeschäftigte gegenüber vollschichtig Tätigen eine Leistungssteigerung erreicht werden." Dies kann aber kein Grund sein, den Teilzeitarbeitern den höheren Verschleiß auch zu bezahlen, sagt das BAG zur Befriedigung seiner bourgeoisen Auftraggeber. Deshalb stehen ihm laut BAG-Urteil auch Urlaubsgeld, Lohnfortzahlungsansprüche, Anspruch auf Sozialleistungen im Öffentlichen Dienst nur zu nach dem Verhältnis seiner Arbeitszeit zur tariflichen Arbeitszeit.

Die Aufgabe der Rechtsprechung ist, die Teilzeitarbeiter zu einem besonders entrechteten, zersplitterten und zur Spaltung geeigneten Teil der Arbeiterklasse zu machen, insbesondere aber über diesen Hebel die von der Arbeiterklasse tariflich erkämpften Rechte zu zerstören. Dies Unternehmen ist vom BAG bereits mutig angepackt worden. Mit einem Grundsatzurteil hat es den Anspruch der Teilzeitarbeiter auf Überstundenzuschlag beseitigt. Die Arbeiterklasse hat für Überstunden einen Lohnzuschlag erkämpft, weil gerade durch Mehrarbeit ihr einziges Gut, ihre Arbeitskraft, in gesteigertem Maße vernutzt wird, die Kosten für ihre Wiederherstellung daher auch höher (bzw. gar nicht ersetzbar) sind. Der gesteigerte Verschleiß der Arbeitskraft durch Überstunden trifft auch den Teilzeitarbeiter, der seine geringere Arbeitskraft ebenfalls voll einsetzt. Das BAG jedoch „erkennt", Teilzeitarbeitern stehe ein Überstundenzuschlag nicht zu, es sei denn, ihre Arbeitszeit überschreite die tarifliche Vollarbeitszeit.

Ist erst das Recht der Teilzeitarbeiter auf Überstundenzuschlag angegriffen, wirkt sich dies auf den Überstundenzuschlag der Vollzeitbeschäftigten auf dem Wege konkurrierenden Einsatzes von Teilzeitbeschäftigten aus. Hier weist die Entscheidung des BAG den Weg.

Beseitigung des Kündigungsschutzes – Instrument, um den Kapitalisten die Intensivierung der Ausbeutung zu erleichtern und die Arbeiterklasse vollständig zu entrechten und zu isolieren.

Das heutige Kündigungsschutzgesetz, in seinen wesentlichen Teilen 1951 verabschiedet, erklärt fristgemäße Kündigungen von Arbeitsverhältnissen, die länger als sechs Monate bestanden haben, dann für unwirksam, wenn sie „sozial ungerechtfertigt" sind (Paragraph 1 Kündigungsschutzgesetz). Fristlose Kündigungen sind zulässig, wenn (§ 626 BGB) ein „wichtiger Grund" vorliegt, der die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses unzumutbar mache.

Die von der Arbeiterklasse erkämpften Schranken gegen die völlige Kündigungswillkür sind der Bourgeoisie selbst in dieser alle Türen öffnenden Formulierung noch zuviel. So trauert einer der führenden bürgerlichen Arbeitsrechtler, Prof. Hueck, mit folgenden Worten alten Zeiten nach: „Der verständige Arbeitgeber hat auch in der Zeit vor 1914 seine Arbeitnehmer nicht willkürlich entlassen. Aber er wollte die Entscheidung darüber behalten, mit wem er in seinem Betrieb zusammenarbeitete, er wollte die Möglichkeit haben, Leute, die ihm nicht paßten, zu entfernen, und er wollte vor allem bei rückläufiger Konjunktur oder im Interesse der Rationalisierung der Arbeit ... überflüssige Arbeitskräfte entlassen können." Gleichzeitig weist er aber darauf hin, daß sich das Arbeitsrecht „erfreulicherweise immer noch im Stadium einer fortschreitenden Weiterentwicklung" befinde.

„Es gibt kein bundesdeutsches Gesetz, daß den gewerkschaftlich organisierten Streik als legal bezeichnet. Unser Arbeitskampfrecht ist in weitestem Umfang Richterrecht und kann durch Richterspruch geändert werden ... Die Gerichte haben zwar die Möglichkeit, Streikandrohungen und Streiks zwecks Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter entgegen der überkommenen antiquierten Praxis für rechtswidrig zu erklären, und es ist an der Zeit, daß sie sich hierzu durchringen." Diese Auffassung läßt die Bourgeoisie anläßlich der Streiks der Drucker im Jahre 1976 von ihren hochdotierten Professoren begründen. Mit dem Urteil zum Fluglotsenstreik wird dem Bedürfnis der Bourgeoisie Rechnung getragen. Uneingeschränktes Streikrecht – das ist die Forderung, für die die Arbeiterklasse kämpft.

Welches war der Beitrag des BAG in den letzten Jahren zu dieser „Weiterentwicklung"?

1. Betriebsbedingte Kündigung

Bei der Kündigung aus „dringenden betrieblichen Erfordernissen" bedurfte es bisher besonderen Anstrengungen des BAG. Es ist langjährige Rechtsprechung des BAG, daß die Behauptung des Kapitalisten, es bestünde für bestimmte Arbeiter betriebswirtschaftlich kein Bedarf mehr, von den Gerichten nicht nachgeprüft werden darf.

2. Krankheit

Seit langem ist vom BAG auch anerkannt, daß es „sozial gerechtfertigt" ist, einen Arbeiter auf die Straße zu werfen, wenn er sich im Produktionsprozeß so zerschlissen hat, daß er als lohnendes Ausbeutungsobjekt auf längere Sicht nicht mehr in Betracht kommt. Die Verpflichtung zum Nachweis dieser Tatsache ist den Kapitalisten in den letzten Jahren zunehmend lästig geworden. Gerade in Zeiten großer Arbeitslosigkeit wollen sie das Instrument der Kündigung ungehemmt dazu benutzen, auch auf kleinere krankheitsbedingte Ausfälle zu reagieren. Mit Urteil vom 10.3.1977 hat daher das BAG diese Ermittlungspflichten des Kapitalisten gestrichen und erklärt, die „Wiederholungsgefahr" könne sich bereits aus den bisherigen krankheitsbedingten Fehlzeiten ergeben.

3. Politische und gewerkschaftliche Betätigung

Es ist weitgehend bekannt, daß sich die Rechtsprechung des BAG in Bezug auf Kündigungen wegen politischer und gewerkschaftlicher Betätigung geradezu hektisch entwickelt. Zwei Beispiele sollen genügen.

In seinem Urteil vom 26.5.1977 erklärt das BAG, daß jede Veröffentlichung von Behauptungen über den Kapitalisten, die dessen Ansehen schädigen und den sogenannten Betriebsfrieden stören könnten, ein Grund zur fristlosen Kündigung sei. Bezüglich der Entlassung von BAT-Angestellten aus dem öffentlichen Dienst legte das BAG in mehreren Urteilen die Fessel des besonderen Dienstrechts immer enger.

Das BAG wendet das KPD-Verbotsurteil an und hilft, das KPD-Verbot erneut durchzusetzen. So wurde 1977 die Kündigung eines angestellten Lehrers für rechtmäßig erklärt, weil er eine „materialistisch-kommunistische Weltanschauung" hat und von einem „entsprechenden Geschichtsbild, entsprechenden ideologischen Vorstellungen und einem hieran orientierten Erziehungsziel ausgeht".

4. Anspruch auf Weiterbeschäftigung

Mit seinem Urteil vom 26.5.1977 ist das BAG in der Beseitigung jedes effektiven Kündigungsschutzes noch einen entscheidenden Schritt weitergegangen. Dieses Urteil betrifft den sogenannten Weiterbeschäftigungsanspruch. In den letzten Jahren konnte durchgesetzt werden, daß – sobald das Arbeitsgericht feststellte, daß die Kündigung unwirksam war – der Kapitalist verpflichtet war, den Arbeiter bis zur endgültigen rechtskräftigen Entscheidung in der höheren Instanz erst einmal weiter zu beschäftigen. Damit war es dem Arbeiter möglich, mit den Kollegen den Kampf gegen die Kündigung aufzunehmen.

Mit seinem Urteil vom 26.5.1977 hat das BAG versucht, der Möglichkeit, Kündigungsschutz auch tatsächlich durchzusetzen, einen endgültigen Riegel vorzuschieben. Man sieht, der Gedanke, die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte politisch nicht vollkommen im Griff zu haben, ist der Bourgeoisie zuwider, ebenso der Gedanke, in bestimmten Fällen einen Kündigungsschutz hinnehmen zu müssen.

Wo die Gesetzgebung nicht eingreifen kann, füllt das BAG die „Lücken": Rechtsprechung zur betrieblichen Altersversorgung

Die gesetzlichen Renten reichen nicht, um den Lebensunterhalt zu sichern. Aus diesem Grunde erkämpfte sich die Arbeiterklasse in vielen Betrieben zusätzlich zur gesetzlichen eine betriebliche Altersversorgung, die mit den Kapitalisten ausgehandelt wurde. Diese Altersversorgung wird von den Kapitalisten aus den Profiten bezahlt, die die Arbeiterklasse erarbeitet hat. Es ist bekannt, daß die Bourgeoisie in der Lage, in der sie die Macht hat, durch die Arbeiterklasse zu Zugeständnissen gezwungen werden kann, sie schafft sich jedoch durch den Staatsapparat immer wieder die Möglichkeit, diese Zugeständnisse für sich benutzen und darüber die Arbeiterklasse zu spalten, auszuplündern und zu unterdrücken.

Zu Zugeständnissen wird die Arbeiterklasse gezwungen durch die Staffelung der betrieblichen Altersversorgung nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit. Ein übriges erledigen das BAG und die LAGs: Sie sollen die Kapitalisten vor „überhöhten" Forderungen der Arbeiterklasse schützen und neue Geldquellen schaffen. Am 9.10.1975 bezeichnete das Landesarbeitsgericht Hamm die Entscheidung einer Kapitalistin, die Pensionszusage für Betriebsmitglieder, die weniger als 10 Jahre im Betrieb arbeiteten, zurückzunehmen, als ihr Recht auf eine „mitbestimmungsfreie Grundentscheidung". Die Kapitalistin zahlte die Pensionen durch eine eigens dafür gegründete Unterstützungskasse aus, die das LAG Hamm nicht als „Sozialeinrichtung" ansah.

Die Kapitalistin konnte also die Pensionszusage widerrufen, Zahlungen einstellen, ohne daß die Arbeiter nach Ansicht des BAG auch nur eine Möglichkeit des Einspruchs hatten.

Nun müssen die Kapitalisten auch noch vor einer Anpassung der betrieblichen Renten an die Lohnerhöhungen geschützt werden. Im Dezember 1976 bestimmte das BAG den Preisindex einer vierköpfigen Arbeiterfamilie mit mittlerem Einkommen als Berechnungsgrundlage, das Basisjahr soll 1970 sein. Eine Verteuerung, wie sie sich aus der Veränderung des Preisindexes ergibt, soll nicht berechnet werden, „da der Betriebsrentner mit einer gewissen Geldentwertung rechnen müsse".

Dieser Schutz der Kapitalisten vor „überhöhten" Forderungen der Arbeiterklasse wird mit dem BAG-Urteil vom 1.7.1976 weitergetrieben. Sämtliche Betriebe sollen auf die Rentenformel festgelegt werden. Alle Kapitalisten müssen die Anpassung laufender Leistungen der betrieblichen Altersversorgung überprüfen, die am 1.1.1975 drei Jahre und länger liefen. Hat ein Kapitalist die Erhöhung der Beitragsbemessung versäumt, so braucht er nichts nachzuzahlen, „da der Rentner ja nun höhere Anpassungsleistungen bekommt".

Eine weitere Aufgabe von BAG und LAGs ist es, den Kapitalisten die betrieblichen Altersversorgungskassen als Geldquellen zu erhalten. Am deutlichsten zeigt sich dies in einem Urteil des LAG Frankfurt a.M. vom April 1976, das auf einem BAG-Urteil von 1956 beruht. Dort wird dem Kapitalisten Recht gegeben, wenn er ein Ruhegeldversprechen widerruft, sogar bei Rentnern eines Betriebes kann das vorgenommen werden. Die Voraussetzung ist, daß dadurch der völlige Vermögensverfall vermieden werden kann.

Das LAG geht im Schutz des Eigentums der Kapitalisten noch weiter: Werden die Ruhegeldzusagen bei Arbeitern gestrichen, die noch im Erwerb stehen, so muß der Kapitalist nur von einem „unparteiischen Sachverständigen" glaubhaft machen lassen, daß die Kürzung der erfolgreichen Sanierung des Betriebes dient und auf alle Beteiligten gerecht verteilt wird. Der Kapitalist soll allerdings auch aus seinem Vermögen „angemessen" zur Sanierung beizutragen haben.

Die einzige Antwort auf die Versuche der Bourgeoisie, Gesetzeslücken wie z.B. zur betrieblichen Altersversorgung durch das BAG zu schließen, ist die Forderung der Arbeiterklasse nach Zahlung der Renten durch die Kapitalisten und Selbstverwaltung der Rentenkassen. – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bremen-Unterweser)

In der nächsten KVZ: **Das Bundessozialgericht** – Instanz zur Betreibung flankierender Maßnahmen zur Plünderung der Kassen der Sozialversicherungen.

Die Wurzeln des US-Imperialismus liegen in der Vertreibung der Indianer

„Roots" im Fernsehen: Versuch einer imperialistischen Geschichtsschreibung

Daß die Sklaven ihr Joch ohnmächtig getragen haben und nicht zu Erhebungen mit starker Unterstützung in der Lage waren, ist eine Lüge. Es sind rund 250 größere Erhebungen vom Beginn der Sklaverei bis zum Ende des Bürgerkriegs aufgezeichnet.

1791 ergreifen mehr als 100000 Sklaven auf Haiti unter Führung Toussaint L'Ouvertures gegen die französischen Kolonialisten die Macht. Die Nachricht davon entfacht eine Welle von Aufständen, insbesondere in der Gegend von New Orleans. Die Sklavenhalter schlafen nur noch bewaffnet.

1822 bereitet Denmark Vesey monatelang in Charleston, Süd-Carolina, einen bewaffneten Aufstand vor. Schätzungsweise 9000 Sklaven sind geheim organisiert. Die Aktion scheitert wegen Verrats.
Die Schwarze Harriet Tubman organisiert die „Untergrund-Eisenbahn", ein organisatorisches Netz, über das unzählige Sklaven von den Plantagen des Südens in den Norden fliehen. Die Sklavenhalter setzen 40000 Dollar auf den Kopf Harriet Tubmans aus. Ganz im Gegensatz zur Darstellung Haleys haben Frauen eine große Rolle im Kampf gegen die Sklaverei gespielt.

1831 leitet der schwarze Prediger Nat Turner einen Aufstand gegen die Sklavenhalter, dem sich in 24 Stunden 70 Sklaven anschließen. Nach der Niederschlagung ihrer Aktion folgt eine Welle von Rebellionen in der ganzen Region.

1839 töten die Sklaven an Bord des Sklavenschiffs „Amistad" unter Führung des Sklaven Cinque den Kapitän und die Schiffsbesatzung und übernehmen selber das Schiff. Sie laufen den Hafen von Long Island an, wo sie nach einem erbitterten Kampf die Freiheit erringen.

Das westdeutsche Fernsehen hat die ersten Folgen von „Wurzeln", „Roots", ausgestrahlt. Das gleichnamige Buch Alex Haleys ist im Verkauf. Die Bourgeoispresse ist voll des Lobes. Die US-Bourgeoisie hat schon im letzten Jahr Film und Buch zum „Sofortklassiker" (Los Angeles Times) oder zur „Bibel für schwarze Amerikaner" (Cosmopolitain) gekürt.

Warum schiebt die Bourgeoisie „Roots" dermaßen in den Vordergrund? Alex Haley behauptet, daß er die Geschichte seiner Vorfahren niedergeschrieben hat, angefangen bei Kunta Kinte vom Mandingo-Stamm im westafrikanischen Gambia. Es soll zugleich die Geschichte der unterdrückten Schwarzen in Amerika sein und die „Wurzeln" der Geschichte der USA selber offenlegen. Den Schmöker hat Haley der 200-Jahr-Feier der USA gewidmet.

Kunta Kinte wird 1750 von englischen Sklavenräubern gefangengenommen, als er im Wald nahe bei seinem Dorf Holz für eine Trommel sucht. Er wird zu einem Sklavenschiff gebracht und zusammen mit 140 anderen Schwarzen an Bord geschafft. Unter den barbarischen Bedingungen der Überfahrt stirbt ein Drittel der Gefangenen; ein Versuch der Schwarzen, das Schiff in die Hand zu bekommen, schlägt fehl.

In Annapolis werden die Sklaven auf einer Auktion verkauft. In der Zuschauermenge stehen auch gleichgültig dreinblickende Neger und ein Indianer. Es ist der einzige Indianer, der vorkommt, und eine beträchtliche historische Fälschung ist im Gange. Wer von der Negersklaverei spricht, der muß auch über die Vertreibung der Indianer sprechen. Die Vertreibung der Indianer war die erste und grundlegende Bedingung für die Eroberung der amerikanischen Kolonien und ist bekanntlich auch mit den grausamsten Mitteln geschehen. Aber das eroberte Land mußte bewirtschaftet und ausgedehnt werden. Die anfangs wenigen Siedler waren dazu nicht in der Lage. Auch ganze Schiffsladungen von Sträflingen aus England reichten nicht aus. Die indianische Nation in Zwangsarbeit zu pressen, war nicht möglich. Ein unterdrücktes Volk kann nicht auf seinem eigenen Land zum Sklaven gemacht werden. Was blieb, war die Negersklaverei, und Hunderttausende Schwarzer sind infolgedessen von Afrika nach Amerika geschafft worden. Auf die Auspressung der Sklaven gestützt, haben die Eroberer dann die Westgrenze der Kolonien immer weiter gegen die indianischen Stämme vorgeschoben. Ein Ausrottungsfeldzug gegen die Indianer folgte dem anderen. Niemals aber haben sich die Indianer den Eroberern gebeugt, und zu keinem Zeitpunkt haben sie den Kampf gegen ihre Ausrottung und für ihr Land und ihre Rechte eingestellt. Haley, dem es um die „Wurzeln" der US-Geschichte geht, verliert darüber kein einziges Wort. Das ist die Methode aller bürgerlichen Geschichtsschreibung über die koloniale Landnahme.

Kunta Kinte unternimmt zu Beginn seiner Sklavenarbeit einen Fluchtversuch nach dem anderen. Sie dauern nur kurz, er wird jedesmal schnell wieder gefangengenommen und fürchterlich geprügelt. Beim vierten Mal wird ihm von Sklavenjägern die Hälfte eines Fußes abgehackt. Der Bruder des Sklavenhalters, selbst ein Sklavenhalter und dazu Arzt, kauft ihn ab, weil er mit der brutalen Behandlung nicht einverstanden ist. Kunta wird gesundgepflegt. Er wird bald Gärtner und schließlich Kutscher des Sklavenhalters, den er überallhin begleitet. Die Nachkommen des Kunta, weitere Vorfahren des Alex Haley, steigen durchweg ebenfalls auf. Einer wird Züchter von Kampfhähnen und reist mit seinem Herrn zu den großen Turnieren. Ein anderer wird Schmied mit einer dreijährigen Ausbildung und faßt bald den Gedanken, die ganze Familie freizukaufen.

Bei Sklavenarbeit denkt man aber an bis zum äußerten angespannte Arbeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang auf Plantagen mit Baumwolle oder Tabak. Und in der Tat ist das die Wirklichkeit für die Riesenmasse der Sklaven gewesen.

Portugiesische Eroberer hatten die ersten schwarzen Sklaven auf westindische Inseln gebracht und sie im Zukkerrohr arbeiten lassen. Die englischen Kolonialisten hatten 1619 die ersten Sklaven auf die Tabakfelder in ihre Kolonie Virginia geholt. Um 1700 war die wesentliche Form der Arbeit im Süden die Negersklaverei. 100 Jahre später bestand ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus Sklaven, im Staat Süd-Carolina gab es mehr Schwarze als Weiße.

Die englischen Kolonialisten hatten sich bald das Monopol auf den Sklavenhandel verschafft. In der Mitte des 17. Jahrhunderts legten sie fest, daß die amerikanischen Kolonien Tabak, Zucker und Baumwolle nur an das englische Mutterland liefern durften. Andererseits mußten alle nach Nordamerika eingeführten Waren über England gehen.

Zunächst war Amerika das englische Tabakfeld. Immer größere Mengen wurden nach England verschifft. Waren es im Jahr 1640 1,25 Mio. Pfund, so waren es 1770 bereits 100 Mio. Pfund. An Tabakzoll kassierten die englischen Kolonialisten dabei runde 100000 englische Pfund jährlich.

Ab 1820 wurde dann schlagartig die Produktion von Baumwolle ausgedehnt, und unter der Losung „Cotton King" (König Baumwolle) wurden Alabama, Mississippi, Arkansas, Louisiana und Texas mit Sklaven gefüllt.

Die englische Kolonialmacht verlangte Rohstoffe und strich aus der Negersklaverei Profite ein. Gleichzeitig wurde in den Kolonien selber das Kapital aufgehäuft, das für eine rasche kapitalistische Entwicklung des Landes Voraussetzung war. Haley, der über die „Wurzeln" redet, verliert auch dazu nicht ein Wort.

Kunta ist also von einem humanen Sklavenhalter gekauft, ordentlich versorgt und bringt es zu etwas. Der Gärtner des Sklavenhalters erzählt, daß sein Herr nichts von Aufsehern halte, daß er nicht wolle, daß seine Sklaven geprügelt werden, daß er niemanden unglücklich sehen könne, daß er sich selber bei der Behandlung seiner Patienten fast zu Tode arbeite. Von anderen Sklavenhaltern wird ähnlich berichtet.

Haley will den Eindruck schaffen, daß die Sklavenhalter so übel nicht waren, teilweise direkt besorgt und bald selber gegen die Sklaverei. Für die brutale Ausbeutung und Unterdrückung hat er auch schon einen Schuldigen gefunden: die armen Weißen:

„Doch wie groß auch ihr (der armen Weißen) Vergnügen an Brutalitäten untereinander sein mochte, Kunta wußte aus eigener Erfahrung, daß das noch gar nichts war, verglichen mit ihrem Vergnügen an Brutalitäten gegen Schwarze. Der Pöbelhaufen, der johlend und spottend mit Stöcken auf ihn und seine Kettengenossen eingeschlagen hatte, als sie aus dem großen Kahn geladen wurden, hatte aus armen Weißen, Männern wie Frauen bestanden. Der Aufseher auf Masser Johns Pflanzung, der seinen Rücken so ausgiebig mit der Peitsche traktiert hatte, war ein armer Weißer gewesen. Die Sklavenfänger, denen es soviel Spaß gemacht hatte, ihm den halben Fuß abzuhakken, hatten zum ‚miesen weißen Kroppzeug' gehört."

Die armen Weißen also sind es, die für die Unterdrückung der Schwarzen verantwortlich sind und gegen die sich die Schwarzen zuallererst wenden müssen, wenn sie die Unterdrückung bekämpfen wollen. Diesen Eindruck will Haley wecken. Die armen Weißen, das waren besitzlose Einwanderer, die keinen Grund und Boden besaßen und keine Arbeit hatten und auch nicht mit Arbeit rechnen konnten, weil sie nicht gegen die brutal gesteigerte Intensität der Arbeit der Sklaven ankonkurrieren konnten; die ihre Empörung gegen die Sklaven richteten statt gegen die Sklavenhalter und Kapitalisten. Zusammen mit den „vernünftigen" Sklavenhaltern gegen die armen Weißen, bzw. heute zusammen mit der „einsichtigen" Monopolbourgeoisie gegen die weißen Arbeiter, das ist Haleys reaktionäre Konsequenz. Nach solcher Spaltung schleckt sich die amerikanische Bourgeoisie gerade angesichts der erbitterten Kämpfe der amerikanischen Arbeiter, der Schwarzen und der nationalen Minderheiten und ihrer Verbindung miteinander die Finger.

Bei seiner Gefangennahme durch die Sklavenhändler und zu Beginn seiner Sklavenzeit kannte Kunta nur einen Gedanken: die Weißen töten, die Unterdrückung loswerden. Diesen Gedanken gibt er im Laufe der Jahre vollständig auf: „Er wußte, daß er keine Lust mehr hatte, zu kämpfen und wegzulaufen, und daß er in Ruhe gelassen sein wollte." Er hat sich den Rat eines alten Sklaven aus Ghana zu eigen gemacht: „Was du am meisten brauchst, um hier leben zu können, das ist Geduld – mit einem harten Panzer." Das soll heißen: Die Sklaven haben es alle irgendwann aufgegeben, sich aufzulehnen; Kunta ist schließlich Symbol. Da ist es auch kein Wunder, daß über die zahlreichen großartigen Erhebungen der Sklaven verächtlich hergezogen wird. Einfach totgeschwiegen können sie ja nicht werden, also wird den Schwarzen in den Mund gelegt, daß sie die Rebellionen für lächerliche, hoffnungslose Unterfangen halten: „... glaubte Kunta nicht, daß eine Rebellion gegen eine so gewaltige Übermacht je Erfolg haben könne. Vielleicht würden die Schwarzen, wie Masser Waller gesagt hatte, den Weißen bald zahlenmäßig überlegen sein, aber niemals würden sie sie überwältigen können – nicht mit Mistgabeln, Küchenmessern und gestohlenen Musketen gegen die Soldaten und die Kanonen der weißen Nation." Als der schwarze Zimmermann Denmark Vesey jahrelang Sklaven organisiert und Waffen zusammenträgt, kurz vor der Erhebung aber verraten wird, heißt es: „Aber die Nigger werden nie alle zusammen etwas machen. Das Totschießen, von dem du redest, hört auch wieder auf.Das ist immer so." Den Aufstand, den Nat Turner anführt, machen die Sklaven im Film lächerlich.

Das Ergebnis: Die Sklaven sind ohnmächtig und nicht in der Lage, sich zu befreien. Wenn sie sich erheben, sind Niederlagen und schwere Bestrafung durch die Sklavenhalter die Folge. Besserung der Lage kann nur von einsichtigen Vertretern der weißen herrschenden Klasse kommen. Als es 1861 zum Bürgerkrieg zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten kommt, setzen die Sklaven in Haleys Buch ihre ganze Hoffnung daher auf Lincoln, den Präsidenten, der für die Sklavenbefreiung eintritt. Sie selber beteiligen sich nicht an dem Kampf.

Die historischen Tatsachen sind anders. Der Bürgerkrieg war seinem Wesen nach ein Kampf zwischen zwei sozialen Systemen: dem System der Sklaverei in den Südstaaten und dem in den Nordstaaten entwickelten System der freien Lohnarbeit. Die Sklaverei war zur Fessel der Entwicklung der Produktion geworden. Die Sklavenhalter hauten den aus den Sklaven gepreßten Profit zu einem Großteil auf den Kopf, während das Kapital nach Vergrößerung verlangte. Die Sklaven waren mit Leib und Leben Eigentum ihres Herrn, während das Kapital den rechtlich freien Lohnarbeiter verlangte. Die Arbeiter des Nordens, die die Forderung nach Beseitigung der Sklaverei am entschiedensten unterstützten, konnten daher einen Teil der Bourgeoisie zur Unterstützung der Forderung und zur Ergreifung von revolutionären Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung veranlassen. Marx schrieb nach dem Bürgerkrieg, der mit der Niederlage der Südstaaten und der formellen Befreiung der Sklaven endete: „Die Arbeiter des Nordens haben endlich sehr gut begriffen: Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwärzer Haut gebrandmarkt wird." Die Sklaven selber hatten keineswegs tatenlos zugesehen. Sie waren in großer Zahl von den Plantagen des Südens geflohen und hatten sich den Truppen der Nordstaaten angeschlossen. Ganze schwarze Bataillone standen im Kampf.

Erhebung auf einem Sklavenschiff

Haleys Vorfahren ziehen nach dem Ende des Bürgerkriegs mit einem Planwagentreck nach Tennessee und lassen sich dort nieder. Der weitere Aufstieg der Haley-Vorfahren vollzieht sich Zug um Zug: Einer wird Besitzer eines Holzgeschäfts, der nächste Professor für Agrarwissenschaft. Dessen Sohn schließlich dient 20 Jahre bei der amerikanischen Küstenwacht, schreibt als Marinejournalist, dann als Redakteur von „Reader's Digest" und „Playboy" und als Mitverfasser der Autobiographie des Führers der Black Muslim, Malcolm X, und wird schließlich mit „Roots" millionenschwer.

Das also ist die „Geschichte aus der Sicht der Schwarzen", das sind die „Wurzeln". Die Bourgeoisie applaudiert und honoriert. Sie hat in Buch und Film, was sie wünscht: die tatsächliche Geschichte der Supermacht USA im Dunkeln, eine Geschichte der ewigen Ohnmacht der Schwarzen und wüste Spaltungsversuche gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen.

Die Revisionisten der KP der USA applaudieren auch: „Roots" sei ein „Meilenstein auf dem Weg zur Freiheit". Was sie schon immer über den Kampf der Schwarzen verbreitet haben wie, daß es mit gewaltsamen Aktionen nicht ginge, hier kriegt es die höhere Weihe der historischen Bestätigung.

Die ganze Sache hat noch eine andere Seite. Wenn heute auf dem afrikanischen Kontinent die Völker Zimbabwes, Azanias und Namibias unterdrückt werden, so sollen die Schwarzen in Amerika denken, warum sollen da nicht wiederum die armen Weißen schuld sein? Soll man ihnen nicht zu Hilfe kommen? Soll man sich dabei nicht auf Carter stützen, der für Menschenrechte schwärmt; der sogar einen Schwarzen zum UNO-Botschafter gemacht hat?

Zwischen diesen „Wurzeln" schauen jedenfalls die imperialistischen Interessen der US-Finanzbourgeoisie durch. – (Z-Red.)

Kommunismus und Klassenkampf

Aus dem Inhalt Nr. 3
März 1978, Jg. 6

Treibsatz für die Exportoffensive – Das Investitionsprogramm der Bundesregierung

Neue Unterdrückungs- und Ausplünderungsgesetze im Parlament in Vorbereitung (Eine Übersicht)

Die „brüderliche Hilfe" der DDR – imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung der Dritten Welt

Maßnahmen des BRD-Imperialismus zur wirtschaftlichen und politischen Expansion im südlichen Afrika

USA als Kolonialmacht: Die Eroberung der Vormacht in der Karibik, entscheidender Schritt der US-Bourgeoisie für den Kampf um die Weltherrschaft

Rationalisierung und verschärfte Ausbeutung in der Sowjetunion – Die Methoden des imperialistischen Hauptrivalen dienen als Vorbild

Volksrepublik China:
„Wir müssen die Lohnunterschiede einschränken und die niedrigen Löhne erhöhen. Wir müssen aber auch Unterschiede anerkennen. Nur so können wir den Elan der Arbeiter erhöhen"

Die Verwandlung der Pariser Kommune in eine bürgerliche Tragödie – durchgeführt von Herrn Bertolt Brecht

Kritische Theorie und was davon bei näherem Zusehen übrigbleibt

Buchvertrieb Hager
Postfach 119151, 6000 Frankfurt/Main

„Wer betreibt die Reaktion und wem dient sie? Wie dagegen kämpfen?"

Protokoll der Diskussionsveranstaltung am 10.2.78 in Frankfurt

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Kühl, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main
(30 Seiten / Best.Nr. 0114 / 1,00 DM)

Buchvertrieb Hager
Postfach 119151, 6000 Frankfurt/Main

Neuerscheinung

China im Aufbau

Zweimonatsschrift, erscheint seit Januar 1978 in deutscher Sprache
Einzelheft 0,80 DM
Jahresabonnement 4,00 DM

Die Zeitschrift ist eine umfassende illustrierte Zweimonatsschrift. Sie enthält Artikel, Berichte, Interviews über Politik, Wirtschaft, Erziehungswesen, Medizin, die Beziehungen zwischen China und anderen Ländern. Es gibt regelmäßige Rubriken wie „Sprachkurs", „Kultur", „Sport", „Kinder" und „Briefmarken". Die deutschsprachige Ausgabe ist eine Zusammenstellung aus der Monatszeitschrift China Reconstructs.

Aus dem Inhalt

Kampagne zur Modernisierung von Wissenschaft und Technik

Li Si-guang und die Geomechanik

Neues aus der Zytogenetik

Erinnerungen an Tschou En-lai

„Habenichtse" schaffen gemeinsam Wohlstand

Das Recht auf Gleichberechtigung und Autonomie für die nationalen Minderheiten Chinas

Buchvertrieb Hager
Postfach 119151 6000 Frankfurt/Main

Kommunistische Volkszeitung

Seite 2
Für die Imperialisten ist die druckvolle Beschleunigung der Energieprogramme unumgänglich
Seite 3
US-Monopole richten die Dollar-Waffe gegen die OPEC
Seite 4
Preissteigerungsrate und Tariflaufzeit – Der kapitalistische Arbeitsmarkt enthält tausenderlei Betrugsmöglichkeiten
Seiten 5 bis 9
Das Mysterium der Preissteigerungsrate
Kampf der Automobilarbeiter gefährdet imperialistische Expansionsprogramme
Seite 12
Kernkraftwerke sollen der Erpressung der OPEC-Länder dienen
Seite 13
Der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe und die Solidarität der Völker der Welt werden die Intrigen der Imperialisten zerschlagen